



DEUTSCHLAND IST BRANDSTIFTER

*BROSCHÜRE GEGEN DEN BRD-IMPERIALISMUS
UND DEN MYTHOS FRIEDLICHE REVOLUTION*



DEUTSCHLAND IST BRANDSTIFTER

***BROSCHÜRE GEGEN DEN BRD-IMPERIALISMUS
UND DEN MYTHOS FRIEDLICHE REVOLUTION***

**[HRSG.]:
NORTH EAST ANTIFASCISTS [NEA]
ANTIFA WESTBERLIN (AWB)**

IMPRESSUM

Erschienen
Berlin | 2019 (1. Auflage)

V.i.S.d.P.
Ina Konnopke
Friedrichstraße 208
10969 Berlin

Coverartwork von
„Anni“

MEDIEN- UND VERTRIEBSPARTNERSCHAFTEN



re:volt magazine | www.revoltmag.org



Fire & Flames | www.fireandflames.com

Spenden

Wir hoffen, die Broschüre gefällt euch. Bitte spendet für antifaschistische Arbeit in Berlin. Wir können freundlicherweise das Konto der Antifa-Nordost bei der Berliner VVN-BdA nutzen.

Berliner VVN-BdA e.V.

IBAN: DE90100500000013302663

BIC: BELADEBE

Verwendungszweck: deutschland halts maul

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Name“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nicht-Aushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nicht-Aushändigung zurückzusenden.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT.....	S. 1
DIE DDR UND DER NEUE FASCHISMUS (I).....	S. 5
DER AUSVERKAUF DER DDR DURCH DIE TREUHANDANSTALT.....	S. 15
MYTHOS „FRIEDLICHE REVOLUTION“	S. 25
HEGEMONIALSTREBEN UND OSTPOLITIK DER BRD 1949-1990.....	S. 31
DIE „DEUTSCHE FRAGE“: BRD-IMPERIALISMUS IN EUROPA.....	S. 38
DEUTSCH-TÜRKISCHE UNTIEFEN.....	S. 43
DAS GESCHÄFT MIT DER FLUCHT.....	S. 52
ANTIKOMMUNISTISCHE KONTINUITÄTEN IN DER BRD.....	S. 65
NIE WIEDER DEUTSCHLAND!.....	S. 72
DIE DEUTSCHE NATION UND DAS POGROM.....	S. 79
DIE DDR UND DER NEUE FASCHISMUS (II).....	S. 86

VORWORT

Der Kollaps der realsozialistischen DDR 1990 traf die damalige antikapitalistische Linke, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, völlig unvorbereitet. Die daraus folgende Ohnmacht hält bis heute an. Eine offene und solidarisch-kritische Auseinandersetzung zum Thema DDR und Sowjetkommunismus findet abseits von häufig unsachlichen Polemiken kaum statt. Zu verhärtet scheinen die Fronten, zu schmerzhaft die Erinnerungen, vor allem bei denjenigen, die sowohl das Leben in der DDR, wie auch die Umbruchszeit 1989/90 miterlebten. Sowohl die antikapitalistische, linke Opposition innerhalb der DDR, wie auch parteitreue Kommunist*innen standen am Ende auf der Verlierer*innenseite, ebenso wie weite Teile der DDR-Bevölkerung.

unvermittelter Bruch mit ihrem gesamten bisherigen Leben, der ihnen statt Anarchie und Befreiung Arbeitslosigkeit, westchauvinistische Diffamierungen und Perspektivlosigkeit brachte.

In dieser polarisierten Debatte scheint es kaum ein Interesse an Differenzierung zu geben. So fällt eine Kritik an der sozialistischen DDR oft in antikomunistische Ressentiments zurück, die teilweise sogar noch die historische und aktuelle Propaganda der BRD-Eliten unterbietet. Die Folge ist, dass eine selbsterklärte antikapitalistische, kritische Linke in diesem Diskurs allzuhäufig in den Abgesang auf den Sozialismus einstimmt, und damit den heutigen gesamtdeutschen Herrschenden in die Hände spielt. Währenddessen wird in traditi-



Bis heute spalten sich die Lager zwischen (Post-)Autonomen, Punks und Anarchist*innen auf der einen Seite und traditionslinken, marxistischen Organisationen in kaum einem Punkt so sehr, wie in der Rückbetrachtung auf 1989/90 und die Realität des Sozialismus in der DDR. Genau diesen, wenig solidarischen Debatte-stand zeigten die in den vergangenen Jahren veröffentlichten, sich inhaltlich aber diametral gegenüber stehenden Rote Hilfe Zeitungs-Ausgaben „Siegerjustiz“ (RHZ 04/2016) und „Wenn wir brüderlich uns einen...“ (RHZ 01/2019) auf. Was für die einen zum Mythos eines „Sommers der Anarchie“ wurde, war für die anderen der

onskommunistischen Strömungen jede Form von Kritik an der DDR allzu oft als per se anti-kommunistisch diffamiert, um sich nicht mit dem historischen Scheitern auseinanderzusetzen zu müssen.

Wir fordern mit dieser Broschüre eine Debatte innerhalb der bundesweiten antikapitalistischen Linken ein, die es schafft, den historischen Sozialismus, und das heißt auch die DDR, innerhalb ihres historischen Kontextes zu thematisieren und auch zu kritisieren. Es kann uns dabei aber nicht darum gehen, das antikomunistische Narrativ der BRD zu über-

nehmen oder gar noch zu unterbieten, sondern darum eine eigene, linke Geschichtsschreibung und damit progressive Perspektiven insgesamt zu stärken. Diese kritische und solidarische Auseinandersetzung mit unserer Bewegungsgeschichte als antikapitalistische Linke halten wir für unerlässlich, um aus begangenen Fehlern, und den komplexen historischen Situationen, in denen sie begangen wurden, zu lernen. Nur so können wir zu einer Analyse der heutigen Verhältnisse kommen, die die gemachten Erfahrungen in politische Praxis einfließen lässt. Heute muss die im Gewand der Europäischen Union wieder auferstandene Großmacht Deutschland, anknüpfend an Karl Liebknecht (KPD), der Hauptfeind revolutionärer, antikapitalistischer Politik sein. Eine Analyse des Sozialismus der DDR und des historischen Verlaufs ihrer Annexion und Unterwerfung muss deshalb stets von einer Kritik an der kapitalistischen und antikommunistischen BRD und dem auch nach zwei verlorenen Weltkriegen ungebrochenen Streben nach der Weltmacht begleitet werden.

In der vorliegenden Broschüre findet sich der Versuch der Eröffnung einer Debatte. Die Artikel sind dabei jedoch als Zwischenstand der Diskussionen unserer politischen Zusammenhänge zu begreifen. Eine weitergehende Auseinandersetzung und gesamtlinke Debatte in puncto historischem Sozialismus und einer möglichen heutigen Umsetzbarkeit kann die Broschüre in keinem Fall ersetzen. Wir hoffen, dass wir einige Ansätze für eine konstruktive innerlinke Debatte zur Sache beitragen konnten und damit eine Annäherung zwischen den polarisierten Lagern auf gemeinsamer Diskussionsgrundlage bieten können. Wir freuen uns daher über weitere Debattenbeiträge und auch kritische Rückmeldungen.

*Um von den Narrativen der Geschichtsschreiber*innen der BRD Abstand zu nehmen, haben wir versucht, einige Begriffe nicht oder nur mit sehr viel Vorsicht zu verwenden (zum Beispiel „Wiedervereinigung“). Unseren Autor*innen haben wir freigestellt, ob sie mit Sternchen oder Unterstrich gendern wollen.*

Im Einstiegstext *Die DDR und der neue Faschismus I* kritisiert Geronimo Marulanda vom *re:volt magazine* die Geschichtslosigkeit der deutschen radikalen Linken. Er plädiert für eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung um die DDR, die ihre historische Realität eben auch in ihrem historischen Kontext diskutiert. Es gehe dabei nicht nur darum, politische Fehler und Versäumnisse der Kommunist*innen herauszuarbeiten, sondern auch darum die Errungenschaften anzuerkennen, die unter ungünstigen gesellschaftlichen Bedingungen erreicht werden konnten. Eine kritisch-solidarische Haltung zur DDR-Geschichte, und damit die Anerkennung der Lebensleistung der ostdeutschen Bevölkerung, sei Grundlage dafür, einen wirkungsvollen Antifaschismus in Ostdeutschland entfalten zu können.

»HEUTE MUSS DIE IM GEWAND DER EUROPÄISCHEN UNION WIEDER AUFERSTANDENE GROßMACHT DEUTSCHLAND (...) DER HAUPTFEIND REVOLUTIONÄRER, ANTIKAPITALISTISCHER POLITIK SEIN.«

In *Mythos friedliche Revolution* greift die Antifa Westberlin das herrschende, geschichtspolitische Narrativ der BRD-Eliten zu den Montagsdemonstrationen und den folgenden Ereignissen 1989/90 an und beschreibt, wieso gerade dieser Staatsgründungsmythos der BRD-Eliten so wichtig für die Legitimierung eines gesamtdeutschen, bürgerlichen Nationalstaats ist. Die Delegitimierung des Sozialismus in der DDR sei dabei ein weiteres zentrales Moment dieser Erzählung.

Die Treuhand sollte in der Abwicklung der DDR-Gesellschaft und Wirtschaft eines der wichtigsten Werkzeuge des westdeutschen Großkapitals werden. Den Verlauf der kapitalistischen Transformation behandelt der Artikel *Der Ausverkauf der DDR durch die Treuhandanstalt*. Erwähnung findet dabei auch der fast in Verges-

senheit geratene Widerstand der ostdeutschen Bevölkerung gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch das westdeutsche Großkapital.

Die westdeutschen Eliten zeigten ihre imperialistischen Großmachtsambitionen und rücksichtslose Enthemmungen in Form von zerstörerischen Landnahmepolitiken aber nicht erst auf dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR der 1990er Jahre, sondern schon weit davor. In *Hegemonialstreben und Ostpolitik der BRD von 1949-1990* wird ein historischer Überblick über die außenpolitischen Konzeptionen zur Wiederherstellung einer verloren geglaubten deutschen Hegemonie gegeben. Im Zentrum steht dabei die Phase von der Staatsgründung der BRD bis zu Annexion der DDR.

Heute entfaltet der wiederauferstandene BRD-Imperialismus sein ganzes destruktives Potential. Einerseits gegenüber den europäischen Nachbarländern, insbesondere den südeuropäischen, die seit dem Einsetzen der globalen Krise des Kapitalismus in der Europäischen Union 2008 in ein de facto Abhängigkeitsverhältnis versetzt und partiell ihrer Souveränität beraubt wurden. Aber auch gegenüber dem zwischen-imperialistischen Rivalen Frankreich, wie Jörg Kronauer in dem Artikel „Die deutsche Frage“: *BRD-Imperialismus in Europa* beschreibt. Andererseits zeigt sich die deutsche Hegemonialstrategie in keinem Land deutlicher und auch widersprüchlicher als in der Türkei, wie Alp Kayserilioğlu vom *re:volt magazine* in *Deutsch-türkische Untiefen* aufzeigt. So unterschiedlich die genannten Beispiele und ihre Folgen sind, zeigen sie deutlich, wie stark die Außenpolitik der BRD durch ihr Hegemonialstreben geleitet ist.

Eine besondere Rolle in der Beziehung zwischen der Türkei und Deutschland spielt der Umgang mit Geflüchteten. Johanna Bröse vom *re:volt magazine* beschreibt, wie mörderisch und gleichzeitig profitgetrieben *Das Geschäft mit der Flucht* funktioniert, und welche Rolle die außen- und migrationspolitische Haltung der Bundesrepublik dabei einnimmt.



Treffend wird herauspointiert, wie heuchlerisch die BRD-Eliten einerseits Flucht, Fluchthelfer*innen und den Mauerbau zur anti-kommunistischen Mobilisierung instrumentalisieren, während andererseits Fluchtrouten mit Abkommen zur Rückführung und Grenzschie-

Bungen verunmöglicht werden und kalkuliert die unsichtbare Mauer des Mittelmeers bleibt, an der die Menschen zu Zehntausenden ertrinken.

Dass diese Form des Antikommunismus kein neues Phänomen in der Geschichte und Realität der BRD-Politik ist, wird im Beitrag *Antikommunistische Kontinuitäten in der BRD: Von der Staatsgründung, über die Annektion der DDR, bis heute* beschrieben. Der Autor spannt dabei den Bogen von der Hallstein-Doktrin eines Konrad Adenauer (CDU), über die antikommunistische Geschichtspolitik eines Hubertus Knabe, bis hin zur Frage, wie tief der Antikommunismus eigentlich auch in der heutigen radikalen Linken verhaftet ist. In „*Nie wieder Deutschland!*“ - *Die Annexion der DDR, der II. Golfkrieg und die Geburtsstunde der sogenannten Antideutschen* wird daran anschließend der Versuch unternommen, die Geschichte einer mittlerweile ohne Zweifel als antikommunistisch zu bezeichnenden, neoliberalen und im politischen Establishment angekommenen Strömung der deutschen radikalen Linken nachzuvollziehen.

Der Text *Die Nation und das Pogrom*, der erstmals in der ZAG 62/2012 von der Kampagne „Rassismus tötet!“ herausgegeben und nun von der Antifa Westberlin gekürzt und überarbeitet wurde, soll in dieser Broschüre erneut seinen Platz finden. Er stellt die These auf, dass die Gründung aller deutschen Staaten, außer der DDR, durch antisemitische oder rassistische Pogrome begleitet wurde: von der März-Revolution 1848, die mit den so genannten Hepp-Hepp-Pogromen einher ging, bis zur Annexion der DDR und den Pogromen von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992), die das Bild des vermeintlich „rechten Ostdeutschen“ bis heute prägen. Dass die heute starke Präsenz neo-faschistischer Gruppen und Personen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR jedoch kein historischer Zufall ist, noch einer vermeintlichen sozialpsychologischen DDR-Prägung oder einer vermeintlich *völkischen Konservierung* entspringt beschreibt Geronimo Marulanda abschließend in *Die DDR und der neue Faschismus II* und schließt damit an sein an den Anfang gestelltes Plädoyer für eine Geschichtsschreibung von links und

für eine heutige offensive und revolutionäre antifaschistische Handlungsfähigkeit an. Vielmehr sei das Problem der neo-faschistischen Hegemonie Resultat eines erfolgreich verlaufenen braunen Aufbaus, der durch die reaktionärsten Teile der BRD-Eliten gezielt durch V-Männer begleitet wurde, wie die NSU-Aktenbestände heute nachweisen.

Deutschland ist Brandstifter-Kampagne
North East Antifascists [NEA]
Antifa Westberlin (AWB)

Berlin / Oktober 2019



**DEUTSCHLAND
IST BRANDSTIFTER**

DIE DDR UND DER NEUE FASCHISMUS (I)

EIN PLÄDOYER FÜR EINE KRITISCH-SOLIDARISCHE DEBATTE

VON GERONIMO MARULANDA (RE:VOLT MAGAZINE)

Warum kommt ein zumeist westdeutscher Antifa-Diskurs in der Auseinandersetzung um den Rechtsruck in Ostdeutschland weder positiv bei Ostlinken, noch bei weiteren Teilen der Bevölkerung an? Das könnte auch daran liegen, dass die Linke konsequent eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung zum Realsozialismus in der ehemaligen DDR verweigert. Einher damit geht ein Unsichtbarmachen, oder sogar eine Abwertung der Biografien eines Großteils der ostdeutschen Bevölkerung. Über die Notwendigkeit der gemeinsamen Diskussion von Antifaschismus, kritischer Geschichtspolitik und Antiimperialismus gegen das Projekt Großdeutschland der westdeutschen Eliten.

Geht es um die DDR, scheiden sich in der deutschen Linken die Geister. Auch 30 Jahre nach dem Kollaps des Sozialismus werden Diskussionen um die Frage des Charakters des ostdeutschen Staates unsachlich und feindselig geführt, wie die Debatte um die Ausgaben der RoteHilfeZeitung „Siegerjustiz“ (RHZ4/2016)[1]

einerseits und „Wenn wir brüderlich uns einen...“ (RHZ 1/2019) [2] andererseits zeigt. Sei es nun im Bezug zur konkreten historischen Situation, in der der ostdeutsche, sozialistische Staat entstand, und in dessen weltpolitischen Konstellation er sich bewegen musste. Sei es zu den fortschrittlichen, wie defizitären und repressiven Formen, die er historisch annahm und auch zwangsläufig annehmen musste.

Selten kommt eine Debatte zu diesen Fragen ohne den Vorwurf des Antikommunismus durch Traditionskommunist*innen einerseits oder die komplette Delegitimierung als von vornerein zum Scheitern verurteiltes Projekt – oder gar als linker *Totalitarismus* – seitens undogmatischer Linker andererseits aus. Dieser feindselig geführte Debattenstand zieht sich bis weit hinein in andere Kampffelder der Linken. So auch bis in die Debatte um den *Rechtsruck*, der in den so genannten *neuen Bundesländern* seit Jahren immer schärfere Formen annimmt.



DER MODERNE ANTIKOMMUNISMUS IM LINKSLIBERALEN GEWAND

Die Erklärungsmuster für die Wahlerfolge der AfD, die in Brandenburg eine Kampagne mit dem Namen „Wende 2.0 – Vollende die Wende“ mit Slogans wie „Freiheit statt Sozialismus“ lanciert hat, bleiben oftmals dürftig. So sollen beispielsweise laut dem linksliberalen Historiker Harry Waibel der Autoritarismus der DDR-Gesellschaft und die Politik der SED [3] die psychosoziale Disposition für faschistisches Gedankengut hervorgebracht haben. Besonders radikalisiert bringt diesen Standpunkt der *Jungle World*-Autor Mario Möller auf den Punkt, der den NSU als originäres Erbe der DDR bezeichnet [4].

Jochen Hippler wiederum identifiziert in der linken Online-Zeitschrift *trend* im Jahre 2005 eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen Faschismus und DDR-Sozialismus, da „(...) die kommunistische Kaderpartei (...) nicht die Entwicklung demokratischer Tugenden, sondern (...) ein System neuer Privilegien zur Belohnung von Maulheldentum, Untertanengeist und und Parteidisziplin“ geschaffen habe. „Das Führerprinzip, das sich für die Deutschen als verhängnisvoll erwiesen hatte, erlebte unter anderem Vorzeichen eine Renaissance“, meint der Autor. [5]

Diese exemplarischen Argumentationen von Links zeigen, wie eine begründete kritische Haltung und Einforderung der Auseinandersetzung gegenüber Aspekten des Sozialismus in der DDR häufig der Denunzierung der DDR als Ganzes dient und damit in der Kontinuität des westdeutschen Antikommunismus [6] steht. Die heutige neofaschistische Bewegung wird von den genannten Autoren* schlussendlich in direkte Kontinuität zum Sozialismus der DDR gestellt, wie auch die DDR als Konservatorium des NS-Faschismus gilt. Eine solidarische Diskussion zu ihrem Erbe ist mit derlei zugespitzten Thesen

verunmöglicht. In diesen kritischen, aber häufig eindimensionalen Erzählungen zeigen sich regelmäßig die Probleme einer Bewegung, die historisch zu Recht eine im Traditionskommunismus oftmals ökonomistisch verkürzte Faschismusdefinition kritisierte. Allerdings mündete die Aufnahme weiterer (sozialpsychologischer, ideologiekritischer und anderer) Perspektiven nicht in der Schärfung des (materialistischen) Analysewerkzeugs, sondern endet heute oftmals in der Entsorgung jeglichen kritischen Gehalts. [7]

Die Folge ist eine de facto Deckungsgleichheit mit bürgerlichen Extremismustheorien, die den Sozialismus in der DDR als *zweite deutsche Diktatur*, beziehungsweise in Abstraktion ihres Inhalts, als *wesensgleich* zum NS-Faschismus konstruiert.

Dazu rächt sich die unsolidarische Ausklammerung der DDR-Geschichte als reale historische Erfahrung und Bezugspunkt einer kommunistischen Linken. Damit wird nicht nur die Perspektive der hiesigen kommunistischen

**»IM LINKEN GEWAND KIPPT EIN
KRITISCHER DISKURS ZUR DDR IN
HERRSCHAFTSIDEOLOGIE, WENN ER
DECKUNGSGLEICH MIT DEN (...) ELITEN
DES NEUEN GROßDEUTSCHEN PROJEKTS
ARGUMENTIERT.«**

Bewegung, sondern darüber hinaus der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung, die nicht im Dauerkonflikt mit dem sozialistischen Staat stand, im Diskurs unsichtbar. Im linken Gewand kippt ein kritischer Diskurs zur DDR in Herrschaftsideologie, wenn er deckungsgleich mit den westdeutschen Eliten des neuen großdeutschen Projekts argumentiert, nur unter linkem Label. Dass dieser, im Grunde sehr westdeutsch geprägte, *antifaschistische* Diskurs



auf taube Ohren stößt, bei einer Bevölkerung, die dem Sozialismus nicht mehrheitlich ablehnend gegenübersteht, da er die Biografien und auch positive Erfahrungen und Errungenschaften in der DDR einfach negiert, ist kaum verwunderlich. [8] Trotz des offensichtlichen Scheiterns des linksliberalen, *weltoffenen* Diskurses, weigert sich eine Linke in ihrer Breite weiterhin, eine kritisch-solidarische und damit vorwärtsweisende Diskussion zum real existierenden sozialistischen Projekt und auch zur *ost-deutschen Frage* anzugehen.

KEINE VERGANGENHEIT KEINE ZUKUNFT

Tatsächlich sind viele der heute von Kritiker*innen des realsozialistischen Projekts hervorgebrachten Argumente nicht von der Hand zu weisen und wären in eine kritische Reflexion mit einzubeziehen.

- 1) Dass beispielsweise auch die DDR auf die Mitarbeit postfaschistischer *Genoss*innen* beim Aufbau des Sozialismus angewiesen war, ist dokumentiert. Aber auch, Dass dies (insbesondere auf Führungsebene) in geringerem Umfang geschah und aus historischer Kontinuität heraus zwangsläufig so sein musste. [9]
- 2) Dass es daher auch in der DDR, wenn auch abseits der Chefetagen, zur Konservierung chauvinistischer Einstellungen kam, wie zum Beispiel in der Blockpartei NDPD - aber auch in der SED -, ist ein gesamtdeutsches, geteiltes Problem. In Westdeutschland fand sich dieses Klientel in der FDP oder CDU und besonders in der CSU wieder. [10]
- 3) Dass es daher auch in der DDR zu pogromartigen Ausfällen und rassistisch motivierten Übergriffen kam, die allzu häufig mit unzureichender öffentlicher Thematisierung einhergingen, ist dokumentiert. [11]

4) Dass es, bedingt durch die weltpolitische Situation des Kalten Kriegs, wie auch aus Skepsis gegenüber der eigenen post-faschistischen Bevölkerung, massive Defizite im Bereich der politischen und kulturellen Freiheiten gab, aus denen nur eine stark reglementierte sozialistisch-demokratische Kultur entspringen konnte, ist dokumentiert. [12]

5) Dass sich spätestens Ende der 70er in der DDR unter den Augen der Führung des MfS, der FDJ und der SED eine neofaschistische Subkultur ausbildete, die insbesondere von der FDJ-Basis erkannt, aber lange Zeit für schlicht inexistent erklärt wurde. [13]

6) Die überzogene Repression gegenüber anderen linken Strömungen, seien es dissidente Marxist*innen, unangepasste Subkulturen und Andere, die eine Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen äußerten. Dies führte bis zum Ruin ganzer Biografien durch öffentliche Demütigung (*Zersetzung*), anhaltende Bespitzelung und schärferen Formen der Repression durch den MfS. [14]

7) Und schließlich die Tatsache, dass im Bevölkerungsschnitt im Vergleich kleine Demonstrationen (zu Hochzeiten: 500.000, bei 16 Millionen Einwohnern) de facto in der Lage waren, das System zu erschüttern. Eine Tatsache, die auf eine grassierende Fragilität des politischen Systems hinweist, welches Widersprüche nicht mehr integrieren konnte. [15]

All diese kritischen Erkenntnisse könnten heute fruchtbar sein in einer innerlinken Diskussion um Erfolge, Fehler und historisch bedingte Notwendigkeiten beim ersten sozialistischen Aufbauversuch in Deutschland.

Dies wäre um so wichtiger, da der historische Gegner der DDR, der antikomunistische Westblock, nicht verschwunden ist.

Seine Kontinuität wird auch zukünftig der Feind jedes sozialistischen Versuchs sein.

DIE ABWEHRHALTUNG DES TRADITIONSKOMMUNISMUS

Die problematischen und kritikwürdigen Aspekte des ostdeutschen Sozialismus dürfen in einer Debatte um kritische Aufarbeitung, wie auch um historische Kontextualisierung, nicht verschwiegen werden. Sie verweisen auf aufgebrochene Widersprüche im sozialistischen Aufbauprozess, die für uns Kommunist*innen Ausgangspunkt einer kritischen Überprüfung - und nicht der projektiven Abwehr - sein sollten. Es handelt sich um Widersprüche, mit denen sich in Abwesenheit eines gleichzeitigen, weltweiten Ausbruchs der *Weltrevolution* auch der kommende sozialistische Aufbau-Versuch herumschlagen wird müssen.

Eine sinnvoll geführte, sachliche und historisch-materialistische Aufarbeitung und das Herausarbeiten zentraler Problem- und Fragestellungen wird also integral sein, soll unser nächster Anlauf souveräner verlaufen. Hier sind insbesondere jene Traditionskommunist*innen [16] in unseren Reihen zu kritisieren, die angesichts des oben skizzierten Antikomunismus in der Linken, in projektive Abwehrhaltungen verfallen.

Allerdings, jede kritische Erkenntnis zur DDR-Geschichte, und sei diese am Ende tatsächlich durch den politischen Gegner, das heißt antikomunistische Intellektuelle, hervorgebracht, unter dem Vorwurf des Antikomunismus und innerkommunistische Kritik unter dem Kampfbegriff des *Revisionismus* allumfassend abzukanzeln, wird der Komplexität des Themas einfach nicht gerecht und offenbart nur die eigene organisatorische, wie auch ideologische Schwäche als vermeintliche Gralshüter*innen der *reinen Lehre*.

Abzulehnen sind daher Ansätze der Mobilisierung einer *Agententheorie*, nach der das Übel alleine von außen kam, aber auch eine idealistisch argumentierende Ideologiekritik und Scholastik, die den *Revisionismus* der SED [17]

zum alleinig schuldigen Moment erklärt. Es sollten die Klassenwidersprüche und damit die Ökonomie der DDR, sowie die demokratischen, kulturellen und nationalen Widersprüche, die eben auch im Sozialismus als *niederer Form des Kommunismus* weiterexistieren mussten, im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

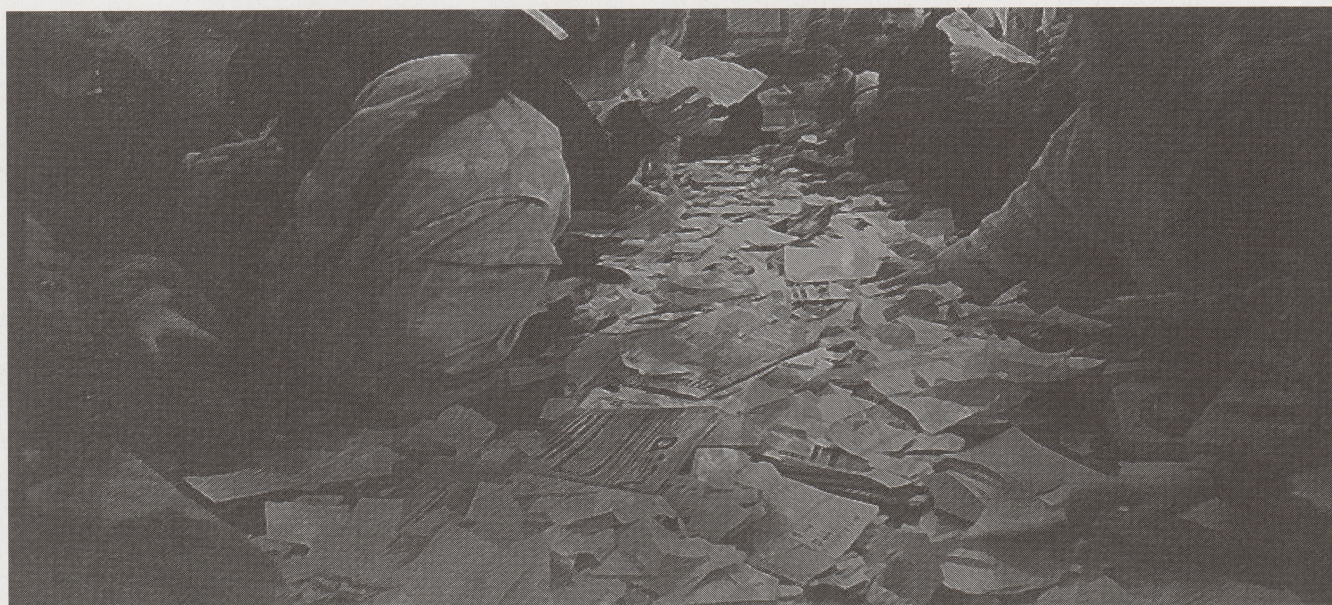
Nicht zuletzt aufgrund dieser in der kommunistischen Bewegung selbst nur sehr mangelhaft geführten Aufarbeitungsdebatte resultiert, dass die in Kontinuität des westdeutschen Antikommunismus argumentierenden Linksliberalen als einziger kritischer Pol in der linken Debatte wahrgenommen werden, ein Monopol für DDR-Kritik für sich reklamieren können und schließlich notwendige Selbstkritik in totalitarismustheoretisch argumentierenden Antikommunismus überführen.

»ES SOLLTEN DIE KLASSENWIDERSPRÜCHE (...) DIE DEMOKRATISCHEN, KULTURELLEN UND NATIONALEN WIDERSPRÜCHE (...), IM MITTELPUNKT DER BETRACHTUNG STEHEN.«

EINE SOLIDARISCHE DEBATTE MUSS HER

So ärgerlich also das Fehlen einer historisch-materialistischen Auseinandersetzung mit den Fehlern der DDR durch Traditionskommunist*innen ist: Hegemonial sind diese Positionen in der Linken nicht. 30 Jahre nach dem Niedergang des Sozialismus kann konstatiert werden, dass ein antikommunistisches Narrativ innerhalb der deutschen Linken hegemonial geworden ist, was sich unter anderem in *umfassender* Entsorgung und Delegitimierung der DDR als historisch irgendwie geartetem Bezugspunkt äußert.

Genau in dieser umfassenden Ablehnung der Existenz der DDR als antifaschistischer Konsequenz aus dem faschistischen Raub- und Vernichtungskrieg, dem zweiten Versuch der deutschen Eliten die Weltherrschaft zu erringen, liegt der Antikommunismus des weitergefassten linken Diskurses. Hier geht es nämlich nicht mehr um aus ihrem historischen Kontext und den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen heraus zu erklärende Fehler, mit dem Ziel einer solidarisch-kritischen Aufarbeitung, bei der Verteidigung des sozialistischen Staats aus seinem historischen Kontext heraus. Es geht vielmehr um dessen geschichtliche Entsorgung. Der moderne Antikommunismus liegt daher in der Markierung der DDR als *innerlinken Feind*,



der so schnell es geht vergessen gemacht werden muss, anstatt deren historische Legitimität angesichts von wiederkehrendem faschistischem Terror, Imperialismus und Krieg zu verteidigen und ihre Fehler aufzuarbeiten.

Diese Form des linken Antikommunismus bedient im Prinzip das Narrativ des „rotlackierten Faschisten“ (Kurt Schumacher, SPD) [18]. Er begründet sich stets mit Argumentationsmustern unterschiedlicher Couleur, die der *Totalitarismus*- und *Extremismustheorie* ähneln, bis hin zu teils offener Gleichsetzung mit dem NS-Faschismus. Aus einer historisch materialistischen Perspektive, die zu Recht von Kritiker*innen [19] der jüngsten *Rote Hilfe*-Ausgabe eingefordert wird, würden dahingegen folgende Feststellungen und Fragestellungen eine marxistische, und damit revolutionär linke Debatte zur DDR voranbringen, die nicht ins Fahrwasser des Antikommunismus oder der unkritischen DDR-Jubelei gerät:

1) Die Anerkennung der Grenzen des historisch Möglichen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR zum einen durch die weltpolitische Konstellation der andauernden Aggression durch den Westblock, aber auch der Abhängigkeit von Moskau als deutsche Kommunist*innen. Zum anderen durch die Kontinuität des NS-Faschismus in der Bevölkerung, mit der der sozialistische Aufbau vollzogen werden musste. An dieser Bewertung hängt auch die uralte Fragestellung vom „Sozialismus in einem Land“ (Stalin), d.h. das Eingeständnis, dass keine gleichzeitig überall auftauchende Weltrevolution kommen wird, oder des konsequenten Internationalismus (Trotzki) [20] und Verzicht auf diese Perspektive.

2) Die Anerkennung des aus diesem denkbar schlechten Kontext heraus Erreichten, das heißt der historischen Errungenschaften. Sei es allein die Existenz eines sozialistischen Staates, der die Wiederaufrichtung eines deutschen Imperiums durch die postfaschistischen westdeutschen Eliten im dritten Anlauf nahezu 40 Jahre verhinderte.

Sei es die komplette Enteignung ranghoher NSDAP-Unterstützer*innen. Sei es der hohe Stand an sozialer Sicherheit, des Erziehungs- und Bildungssystems, der Emanzipation der Frau oder der Legalisierung der männlichen Homosexualität, wenn sie auch wegen gesellschaftlichen Stigmata verborgen gelebt werden musste. Oder sei es eben auch die Tatsache, dass diese 40 Jahre einer der wenigen Abschnitte deutscher Geschichte darstellen, in denen kein Krieg von deutschem Boden ausging.

3) Die Fragestellung um die objektiven ökonomischen Möglichkeiten einer Planwirtschaft zum damaligen Stand der Technik, wie auch Verfehlungen in der Wirtschaftspolitik des Ostblocks im Allgemeinen. Da wären zum Beispiel bereits die Anreizsysteme, oder die Fortsetzung der fordistischen Produktionsweise in ihrem historischen Kontext zu betrachten.

Die Frage ist zu stellen, warum die DDR solch massive Probleme hatte, Fachkräfte zu halten – eine der Hauptursachen für den Mauerbau. Aus den historischen Bedingungen verständlich oder Anfang vom Ende des Sozialismus? Wie kann ein sozialistischer Aufbau funktionieren, der nicht an diese ökonomischen Grenzen stoßen soll?

»WIE IST EIN SOZIALISTISCHER AUFBAU DENKBAR, DER ANGESICHTS EINER ALLZEIT DROHENDEN AGGRESSION (...) NICHT IN EINEN RESTRIKTIVEN POLIZEI-STAAT UMSCHLÄGT, SONDERN FORMEN SOZIALISTISCHER DEMOKRATIE STÄRKT (...)?»

4) Die aus den Eigendynamiken einer faschistischen Kontinuität, der Frontstellung gegen den Westen und dessen nachgewiesener

Agent*innen- und Sabotagetätigkeit [21], wie auch historisch problematisch gewordener ideologischer Annahmen eines Stalinschen Marxismus-Leninismus [22] folgende Repression durch den MfS und die Polizeiorgane. Die Dialektik aus notwendiger Selbstverteidigung gegen westliche Destabilisierungsagitation, aber auch massive Wühlarbeit gegen nicht DDR-feindliche linke Dissident*innen mit berechtigtem Reformanliegen. Ergo das Verhältnis von notwendiger Selbstverteidigung und Einschränkung beziehungsweise Behinderung einer sozialistischen Demokratie. Wie ist der Aufbau eines Sozialismus denkbar, der angesichts einer allzeit drohenden Aggression gegen eine Revolution nicht in einen restriktiven Polizeistaat umschlägt, sondern Formen der sozialistischen Demokratie stärkt und gleichzeitig selbstverteidigungsfähig ist?

5) Die Stellung und Verfasstheit einer revolutionären Organisation in der Gesellschaft, die die Revolution organisiert, den Aufbau des Sozialismus begleitet und vorantreibt, wäre vor diesem Hintergrund eine Up-To-Date Diskussion. Diese Debatte dreht sich heute um die Fragestellung nach der Rolle revolutionärer Organisationsprozesse in sozialen Bewegungen, den Stadtteilen und den Betrieben. Warf die Identität von Partei und proletarischem Staat in der DDR zentrale Problemstellungen auf? Wie wäre dieses Verhältnis anders zu denken gewesen? Wie hätte ein „Absterben des Staates“ (Lenin) durch Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen (Sowjets) in Gang gesetzt werden können? Welche Organisationsstruktur braucht eine revolutionäre Organisation?

6) Was sagt uns das Wiederaufkommen neofaschistischer Tendenzen zu Anfang der 80er Jahre über die materiellen Voraussetzungen in der DDR? Wie war das Verhältnis der gesellschaftlichen Klassen dort geartet? Handelte es sich gar um eine neue (nicht-kapitalistische) Klassengesellschaft? Welche Form der Herrschaft nahm die Diktatur des Proletariats also real an und warum?



An diesen Fragestellungen hängt schlussendlich die Frage nach einer möglichen Herrschaft der Bürokratie (Leo Trotzki) oder einer Restauration des Kapitalismus (Mao Tse-Tung) bereits vor 1989. Ebenso wie die Frage der Fortsetzung des Klassenkampfes im Sozialismus und dessen Gestalt.

Hier wären dann aus meiner Sicht einige, wenn auch nicht alle Fragen und Feststellungen aufgeworfen. Nicht abstrakte Ideologiekritik am historischen Gegenstand vorbei wird uns bei der Beantwortung einer so gearteten Diskussion weiter voran bringen. Sondern die Entwicklung zentraler Fragestellungen anhand des historischen Kontexts, die für eine kommunistische Bewegung auch heute nach wie vor Gültigkeit besitzen. Wir sollten uns dabei vorbehaltlos des Werkzeugkastens, den uns die historische kommunistische Bewegung hinterlassen hat, bedienen, um folgende für uns heute aktuelle Fragen zu beantworten:

Wie sind die objektiven Bedingungen für einen sozialistischen Aufbau heute? Brauchen wir eine revolutionäre Organisation oder Partei und welchen Anforderungen muss sie genügen? Wie steht sie zu den neuen sozialen Bewegungen, wie zu den Möglichkeiten des Internets? Wie gestalten wir eine sozialistische Ökonomie? Brauchen wir Repression gegen rechtsradikale innere Gegner*innen und Angriffe von außen? Wenn ja, wie soll diese organisiert sein? Wie ist das Verhältnis zwischen revolutionärer Organisation und Gesellschaft geartet? Wie kann eine bürokratische Entkopplung von den Massen verhindert werden?

**»NICHT ABSTRAKTE IDEOLOGIEKRITIK
AM HISTORISCHEN GEGENSTAND VORBEI
WIRD UNS BEI DER BEANTWORTUNG EINER
SO GEARTETEN DISKUSSION WEITER
VORAN BRINGEN (...)**«****

OHNE SOLIDARISCHE DDR- AUFARBEITUNG KEIN ANTIFASCHISMUS

Eine offene und solidarische Debatte um diese Fragen und die Überwindung der unsolidarischen Polemik wäre ein ganz gewaltiger Schritt nach vorne für die deutsche Debatte. Eine solche auf einen kritisch solidarischen Bezug zielende Debatte fehlt der deutschen Linken derzeit jedoch im Ganzen. Dass sie dringend Not täte, zeigt das Abgleiten des Antifa-Diskurses in Totalitarismus- und Extremismustheorie. Immerhin: Im Zuge der Debatte um *Neue Klassenpolitik* und auch die durch die Initiative Aufbau Ost vorangebrachte ostdeutsche Klassenfrage werden die Anfänge für ein klassentheoretisches Verständnis des Rechtsrucks im Osten Deutschlands abseits von bürgerlichen Demokratieideologien gelegt. Jedoch bleiben beide Ansätze zum einen unvollständig, wenn eine solidarisch-kritische Geschichtsdebatte unterbleibt, die den Verlust einer historischen Realität thematisiert, die jene vieler Menschen im Osten Deutschlands ist und an die eine Linke anknüpfen kann. Zum anderen aber auch, wenn der Prozess der Deindustrialisierung und Faschisierung Ostdeutschlands nicht im Kontext des Wiederaufstehens gesamtdeutscher Größenideen 1989 und deren realpolitischer Umsetzung durch sämtliche Bundesregierungen danach gesehen wird.

Kurzum: Der *Rechtsruck* ist nicht auf ein *ideologisches* Phänomen der vermeintlichen Kontinuität im Autoritarismus zu verkürzen. In den Erzählungen der AfD-Wähler*innen im Osten geht es häufig um Verlust, um die Angst, noch mehr zu verlieren, um den Stolz etwas aufgebaut zu haben, was durch die *Wende* verloren ging oder um eine historische Demütigung durch den Westen. Dieses Narrativ nicht adäquat aufzunehmen, sondern stattdessen westdeutsch chauvinistische Erklärungsmuster zu bedienen, rächt sich für die Linke zur Zeit sträflich. Die Analyse bleibt

auf der Diskriminierungsebene verhaftet und mündet folglich in falsche Erklärungen. Seien es Erklärungsmuster, wie eine angebliche *völkische Konservierung* des NS-Staats in der DDR, *demokratische Rückständigkeit*, vermeintliche *Bildungsdefizite abgehängter Ostdeutscher* und/oder Anschluss an vermeintliche *totalitäre* Denkmuster des DDR-Staats. Diese Erklärungen markieren eine gesamte Bevölkerung zur rückständigen Gegnerin, ethnisieren die Ostdeutschen zu rückständigen Staatssubjekten.

QUELLEN & ANMERKUNGEN

[1] Rote Hilfe ev. [Hrsg.]: Siegerjustiz – Verfolgung und Delegitimierung eines sozialistischen Versuchs seit 1990. Rote Hilfe Zeitung 42. Jg., 04/2016.

[2] Rote Hilfe ev. [Hrsg.]: „Wenn wir brüderlich uns einen...“: Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR. Rote Hilfe Zeitung 45. Jg., 01/2019.

[3] Waibel, Harry: Die braune Saat – Antisemitismus und Neonazismus in der DDR. Schmetterling Verlag 2017

[4] Möller, Mario, 01.03.2012: Gemeinschaft über alles. Zugriff am 16.09.2019 unter <https://jungle.world/artikel/2012/09/gemeinschaft-ueber-alles>.

[5] Hippler, Jochen, In: trend Onlinezeitung 02/05: Die rechtsradikale Szene in der DDR. Zugriff am 16.09.2019 unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd0205/t410205.html>.

[6] Vgl. Hallstein-Doktrin, in der die BRD den Alleinvertretungsanspruch proklamierte. Die DDR galt als grundsätzlich illegitimer Staat. Die Hallstein-Doktrin ist das Kernstück des westdeutschen Antikommunismus – bis heute.

[7] Sommer, Michael / Witt-Stahl, Susann, In: trend Onlinezeitung 11/2012: Antifa ohne Antikapitalismus? Die Einsicht, daß Antifaschismus und Antikapitalismus zusammengehören, droht verlorenzugehen. Zugriff am 16.09.2019 unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd1112/t321112.html>. zusammengehören, droht verlorenzugehen.

[8] Schmidt, Matthias, 24.02.2016: Der Sozialismus hat einen besseren Ruf als der Kapitalismus. Zugriff am 16.09.2019 unter <https://yougov.de/news/2016/02/24/der-sozialismus-hat-deutschland-einen-besseren-ruf/>.

[9] Warum das antikommunistische *Braunbuch* DDR in diesem Zusammenhang wichtig ist, auch wenn es sei-

Ein Großteil der Linken – insbesondere der Hauptstadtlinken – beteiligt sich unreflektiert mit Vernichtungs- und Maueraufbaufantasien oder #Säxit-Scherzen an diesem liberalen herrschenden Diskurs. Wen wundert es da noch, dass diese zumeist im Geleit westdeutscher Medien auch und vor allem von links kommenden Stigmatisierungen zu beinahe schon ostdeutsch-nationalistischen Abwehrhaltungen gegen links und damit zur Hinwendung nach rechts führen?

nerzeit zur Delegitimierung der DDR konzipiert wurde, zeigen auszugsweise Biografien. Schubert, Karl-Heinz, In: trend Onlinezeitung 07/08/2009. Braunbuch DDR. Fakten, an denen man als Linker nicht vorbeikommt. Zugriff am 16.09.2019 unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd7809/t157809.html>.

[10] „Deutschland muß leben! Deswegen fordern wir nationalen Demokraten: Die Amerikaner nach Amerika! Deutschland den Deutschen! Die Bundesrepublik ist ein Kind des nationalen Verrats.“ – Wahlprogramm der NDPD 1951. In: Lausberg, Michael, 27.10.2016: Entnazifizierung in der DDR. Zugriff am 16.09.2019 unter [http://www.scharf-links.de/46.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=58071&tx_ttnews\[cat\]=27&cHash=9709de4cd](http://www.scharf-links.de/46.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=58071&tx_ttnews[cat]=27&cHash=9709de4cd) d.

[11] Vgl. die Auswertung der MfS-Aktenbestände zur Sache durch den Journalisten Rainer Erices. Hier hält das MfS die Sprechchöre fest: „Schlagt die Algerier tot, jagt sie heim, sie sollen sich wieder in den Busch scheren“. Erices, Rainer, 15.11.2017: Pogromstimmung in Erfurt. „Gebt sie uns heraus, wir wollen sie hängen“. Zugriff am 16.09.2019 unter <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/alltagsrassismus-in-der-ddr-100.html>.

[12] Der Kulturkonservatismus der DDR-Führung und die Feindseligkeit gegenüber Entwicklungen, die man nicht kontrollieren konnte, sind sprichwörtlich in deren Reden enthalten. Beispielhaft Walter Ulbricht zur Beat-Musik. Ähnlich seine Nachfolger, die die entstehenden Jugendkulturen, anstatt deren Entstehen als Aufbrechen von Widersprüchen zu begreifen, vollkommen undialektisch als *Degeneration* ansahen. Siehe auch die Vorfälle um die Jugendunruhen von 1977, ein frühes Anzeichen der Unzufriedenheit mit der Politik der SED.

[13] Schumann, Frank, 17.06.2007: Extreme Rechte in der DDR. Zugriff am 16.09.2019 unter <https://www.anti-fainfoblatt.de/artikel/extreme-rechte-der-ddr>.

[14] Dass es sogar die Hoxhaist*innen der KPD/ML traf, die der DDR eine Abkehr vom wahren Sozialismus der Stalin-Zeit vorwarfen, zeigen die Publikationen im trend-Online-Magazin. Redaktion trend Onlinezeitung [Hrsg.], In: trend Onlinezeitung 04/2019: Repressionen gegen revolutionäre Linke. Die Verfolgung und Zerschlagung der KPD (ML) in der DDR. Zugriff am 16.09.2019 unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd0419/t040419.html>.

[15] Tabelle mit der (numerischen) Entwicklung der Montagsdemonstrationen. Hartl, Robert, 04.09.2014: Montagsdemonstrationen in Leipzig 1989. Zugriff am 16.09.2019 unter <http://www.wissen-weblog.de/montagsdemonstrationen-in-leipzig-1989.html>.

[16] Die Reaktionen von Traditionskommunist*innen auf die Rote Hilfe-Zeitungsausgabe „Wenn wir brüderlich uns einen...“ (RHZ 1/2019) fiel derart aus: Anstatt den Fehdehandschuh aufzunehmen und Kritik wie Selbstkritik im kommunistischen Sinne zu leisten, wird alles an (teilweise auch berechtigter) Kritik entsorgt. Beispielhaft: Hartmann, Klaus, 14.03.2019: Rote Hilfe für die Schwarzen. Zugriff am 16.09.2019 unter <http://www.k-p-d-online.de/index.php/aktuell/inland/717-rote-hilfe-fuer-die-schwarzen>.

[17] Natürlich gab es Agent*innentätigkeit des Westens und eine Strategie der Zersetzung der KPs. Auch diese Dimension muss daher Berücksichtigung und ihre Aufarbeitung Würdigung finden. Mit diesem Argument aber innere Widersprüche, die 1989 eben abseits davon zentral waren, zu negieren und unsichtbar zu machen, leistet unserer Sache einen Bärendienst. Dahinter steht ein ideologischer Fehler: Der hier in Reinform auftretende *Stalinsche* Marxismus-Leninismus geht davon aus, dass der Klassenwiderspruch sich mit dem Aufbau des Sozialismus auf die internationale Konfrontation gegen imperialistische Staaten verschiebt. Das kann so weit gehen, dass behauptet wird, es gäbe gar keine Klassen mehr im Sozialismus. Logischerweise kann diesem Gedanken folgend die Konterrevolution nur noch von außen durch Kollaborateur*innen und/oder von außen beeinflussten Agent*innen im Innern (Revisionist*innen) kommen.

[18] Eine schon seit der Weimarer Republik gängige Bezeichnung der KPD durch SPD-Anhänger*innen. Das Symbol militanter Sozialdemokrat*innen von der Eisernen Front zeigte daher auch drei Pfeile gegen drei vermeintlich wesensgleiche antidemokratische Tendenzen (Faschismus, Monarchismus, Kommunismus).

[19] Ohne hinter der Gesamtposition zu stehen, verweist der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele hier zu Recht darauf, dass man Fehlentwicklungen nicht außerhalb ihres historischen Kontextes sehen darf. Leider lässt die DKP derzeit eine eigene historisch-materialistische Aufarbeitung missen. Bauer, Hans / Köbele, Patrick, 13.03.2019: Offener Brief an den Bundesvorstand

und das Redaktionskollektiv der Roten Hilfe. Zugriff am 16.09.2019 unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd0319/t400319.html>.

[20] Eine gute Zusammenfassung der Kontroverse, die natürlich nicht abseits von Machtkämpfen ablief, sich aber auch nicht auf diese beschränken lässt bei: Losurdo, Domenico: Stalin – Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende. Köln 2013

[21] Beispielhaft: Aust, Waltraud, In: trend Onlinezeitung 06/2013. Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin. Zugriff am 16.09.2019 unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd0613/t050613.html>.

[22] Herausstechendes Charakteristikum ist ein extremer Ökonomismus. Der sozialistische Aufbau wird de facto gänzlich unter die Entwicklung der Produktivkräfte subsumiert. Sozialistische Demokratie in Form von beispielsweise Arbeiter*innenselbstverwaltung oder kultureller Freiheit abseits staatlicher Kulturpolitik, kommt hier nicht mehr als Kategorie vor. Damit geht die irrige und antidemokratische Annahme einher, dass kritische Artikulationen der Klasse im Sozialismus von Überresten des Klassenfeindes oder imperialistischer Intervention ausgehen müssen. Die sich in diesen Kämpfen äußernden Widersprüche des sozialistischen Aufbaus, zum Beispiel eine Bürokratisierung der Partei und deren Entfremdung von den Massen mit der Folge des *links überholt Werdens*, wird von Waltraud Aust in ihrem Bericht zum Aufstand 1956 beschrieben. Dass dieser auch (!) vom Westen unterstützt wurde und keine fortschrittliche Form annahm, spricht nicht gegen die Analyse als aufbrechender Widerspruch. Diese nicht vorzunehmen ist sträflich und rächt sich.

DER AUSVERKAUF DER DDR DURCH DIE TREUHANDANSTALT

VON NORTH EAST ANTIFASCISTS [NEA]

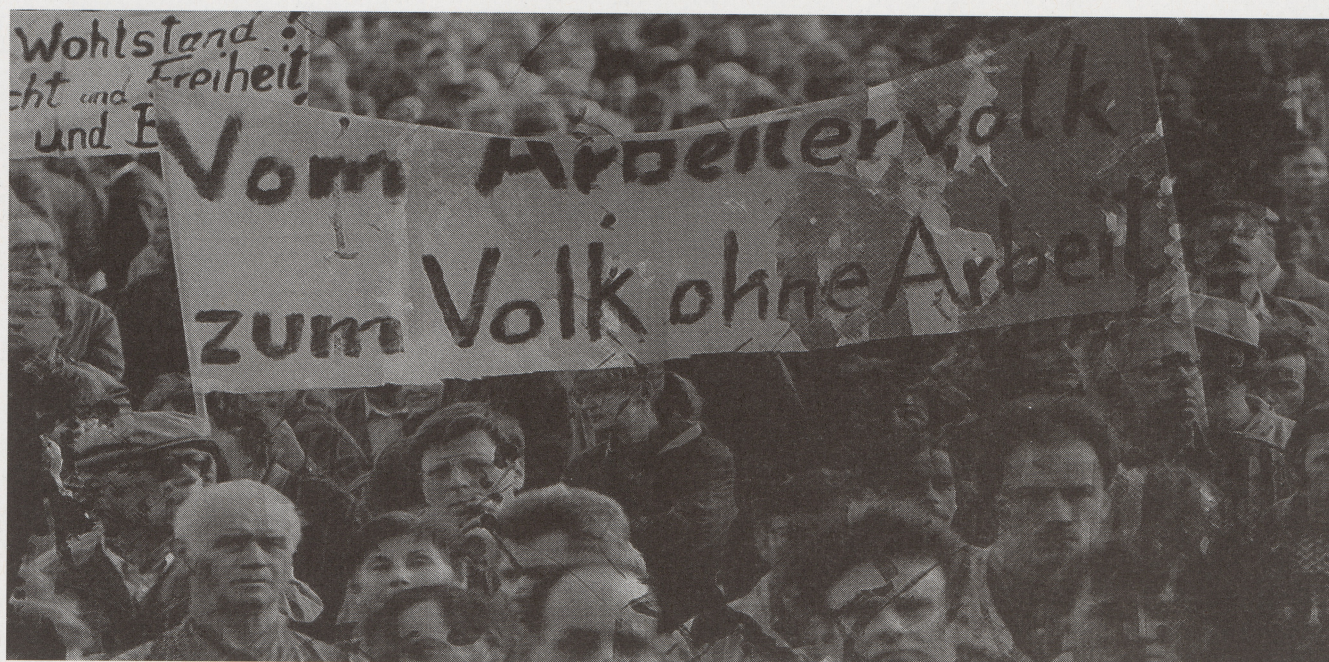
„Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.“ – so die bekannten Worte von Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Fernsehansprache anlässlich des Inkrafttretens der Währungs- und Wirtschaftsunion am 1. Juli 1990. [1] Und in der Tat, neue *blühende Landschaften* gab es schon bald. Allerdings eher aufgrund einer starken Bevölkerungsabwanderung und deshalb, weil sich die Natur stillgelegte Industrielandschaften zurückerobert hat. Das Ende der DDR bewirkte eine beispiellose Deindustrialisierung. In den Jahren 1990 und 1991 sank die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland um 30%, die Industrieproduktion sogar um 60%. [2] Das schlägt sich auch in den Arbeitslosenzahlen nieder – während in der DDR das Recht auf Arbeit Verfassungsrang hatte, lag die offizielle Arbeitslosenquote 1992 bereits bei 14,4% – bis ins Jahr 2000 stieg sie sogar auf 18,5%. Zum gleichen Zeitpunkt lag die Arbeitslosigkeit im Westen „nur“ bei 8,4%. [3]

DER BEGINN DER TREUHAND

Was war passiert? Um zu verstehen, wie der Wandel von sozialistischer Planwirtschaft zu kapitalistischer Marktwirtschaft vonstatten ging, lohnt sich vor allem der Blick auf jene Institution, welche die Abwicklung der ehemaligen Staatsbetriebe zu verantworten hatte: Die Treuhandanstalt. Ihre Geschichte beginnt im Februar 1990. Zu diesem Zeitpunkt war der Alleinvertretungsanspruch der SED, die sich in Partei des demokratischen Sozialismus

umbenannt hatte, bereits aufgegeben worden und einige vormalige Oppositionsgruppen wurden an der Regierung beteiligt. Am 18. März sollte eine vorgezogene Wahl zur Volkskammer stattfinden, ansonsten war aber noch recht unklar, wohin die Reise gehen sollte. Auch insbesondere der Anschluss an die BRD war keineswegs ausgemacht. Im Gegenteil vertraten auch weite Teile jener aktiven Oppositionsgruppen, die nicht an eine der Westparteien angebunden waren, die Idee eines reformierten, demokratischen Sozialismus – auch wenn häufig nicht ganz klar war, was damit genau gemeint ist. Vor diesem Hintergrund wurde beim sogenannten runden Tisch, der die Regierung und verschiedene Parteien und Gruppen umfasste, auch darüber geredet, was denn mit den volkseigenen Betrieben (VEB) und Kombinen passieren sollte. Im Jahr 1989 waren über 99% Industriebetriebe und zumindest 1/3 der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Rest war in Form von Genossenschaften organisiert, direkt in staatlicher Hand. Rund 8500 volkseigene Betriebe und Kombinate gab es, ein Großteil der DDR-Bevölkerung arbeitete dort. [4]

Der erste Vorschlag zur Gründung einer Treuhandanstalt kam von einer Gruppe namens Freies Forschungskollegium Selbstorganisation für die Wissensanalyse an Knotenpunkten und wurde von Demokratie Jetzt am 12. Februar 1990 in den Runden Tisch eingebracht. Diese Treuhand sollte dazu dienen, die Wahrung der Rechte der DDR-Bürger*innen am Volkseigentum sicherzustellen. Das Mittel dazu sollten Anteilsscheine an den VEB sein, welche in gleichen Teilen an alle DDR-Bürger*innen ausgegeben würden. Damit war zwar das Ziel einer Privatisierung und die Führung der Betriebe



unter kapitalistischen Grundsätzen verbunden – bemerkenswert ist hierbei allerdings, dass das Adjektiv „volkseigen“ wörtlich genommen wurde und eine wilde Privatisierung an Einzelne und damit die Enteignung der DDR-Bevölkerung verhindert werden sollte. [5] Als der Ministerrat der DDR am 1. März tatsächlich die Gründung einer Treuhandanstalt beschloss, wurden Anteilscheine zwar nicht mehr als Ziel definiert. Jedoch hatte die erste Treuhand zunächst auch nur das Ziel, das Volkseigentum zu verwalten und zu wahren, nicht aber es schnell abzuwickeln. [6]

Das änderte sich nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990. Diese gewann die CDU mithilfe massiver Wahlkampfhilfe aus dem Westen. Sie hatte bereits im Vorfeld Wahlkampf mit dem Slogan „Nie wieder Sozialismus“ gemacht und strebte einen schnellstmöglichen Beitritt zur BRD, und damit verbunden auch die vollständige Übernahme dessen Wirtschaftsmodells an. Die Abwicklung des Staates DDR nahm nun rasant an Fahrt auf: Zeitgleich mit dem Einigungsvertrag wurde am 1. Juli 1990 das Treuhandgesetz verabschiedet. Hier war nun keine Rede mehr von einem Erhalt des Volkseigentums. Vielmehr war es das Ziel, „die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen“. [7] Die ehemaligen VEBs wurden in Kapitalgesellschaften umgewandelt und größere Kombinate häufig aufgespalten. Die neue Treuhand hatte

die Aufgabe, alle Betriebe schnellstmöglich zu privatisieren und zu verkaufen. Wo ihnen der Verkauf nicht oder nicht schnell genug gelang, sollten die Betriebe liquidiert, also geschlossen werden. Letzteres war natürlich auch nach dem Kauf durch die neuen Eigentümer*innen möglich, eine grundsätzliche Bestandsgarantie gab es nicht. Mit dem Argument, man wolle keine Altkader in der Verwaltung, wurde die Leitungsebene schon bald fast vollständig mit Managern aus dem Westen besetzt. Seit Juli 1990 kamen auch alle Präsidenten der Treuhandanstalt aus dem Westen. [8]

DAS AGIEREN DER TREUHAND – EINE KRITIK

Dabei weckten die ostdeutschen Betriebe durchaus Begehrlichkeiten beim westdeutschen Kapital. Auch wenn schon zu Beginn der Mythos genährt wurde, die DDR sei völlig abgewirtschaftet und kurz vor der Zahlungsunfähigkeit gewesen, kursierten doch am Anfang recht hohe Zahlen für den Wert der DDR-Wirtschaft: Im Jahr 1990 erklärte der Treuhand-Präsident Detlev Rohwedder noch auf einer Werbeveranstaltung, „der ganze Salat“ sei 600 Milliarden DM wert, die Kosten der Einheit könnten durch die Verkaufserlöse getragen werden. [9]

Dies stellte sich als grob falsche Einschätzung heraus: Der Abschlussbilanz der Treuhand war nicht nur weit niedriger, sondern sogar negativ: Zum Ende des Jahres 1994 hatte sie 270 Milliarden DM Verlust gemacht. 53% der Betriebe waren zu diesem Zeitpunkt durch Verkauf privatisiert worden, 13% an Eigentümer*innen gegeben, die aufgrund von Enteignung in der DDR Ansprüche erhoben. Ganze 30% wurden stillgelegt. Nur 2,5% wurden an Kommunen übergeben und lediglich 1,5% der Betriebe befand sich zu diesem Zeitpunkt noch im Besitz der Treuhand. [10] Damit war die Treuhand auch nach kapitalistischen Maßstäben gescheitert, nimmt man an, dass ihr Ziel ein möglichst großer Erfolg bei Verkauf und Erhalt der ostdeutschen Wirtschaft gewesen sei.

» ALLERDINGS IST DIE ENTWICKLUNG DER OSTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT NACH 1990 NICHT NUR MIT DER KAPITALISTISCHEN RESTAURATION ALS SOLCHER ZU ERKLÄREN – SONDERN WESENTLICH AUCH DAMIT, WIE SIE DURCHGEFÜHRT WURDE.«

Diese Entwicklung ist nicht einfach damit zu begründen, dass zu hoch geschätzt und zu viel versprochen wurde, was nicht eingehalten werden konnte. Zwar bringt die kapitalistische Wirtschaftsordnung grundsätzlich mit sich, dass die menschliche Arbeitskraft, welche Grundlage für die Wertschöpfung ist, von den Kapitalist*innen vor allem als Kostenfaktor gesehen wird. Auch führt die Konkurrenz dazu, dass einzelne Unternehmen Konkurs gehen können oder ihre Produktion ins Ausland verlagern, da sie dort günstigere Bedingungen vorfinden. Stellenabbau und Betriebsschließungen, die zur Arbeitslosigkeit der Beschäftigten führen, gab und gibt es auch im Westen. Dies grundsätzlich zu verhindern ist innerhalb des kapitalistischen Systems aus seiner Funktionsweise heraus nicht

möglich. Allerdings ist die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990 nicht nur mit der kapitalistischen Restauration als solcher zu erklären – sondern wesentlich auch damit, wie sie durchgeführt wurde. Hierbei gab es mehrere Faktoren, die sich negativ auswirkten.

Ein erster Punkt ist Auswirkung der Währungsunion. Die DDR-Mark war in den Westen nicht frei konvertierbar, daher ist ihr genauer Wert in einem kapitalistischen Kontext schwer einzuschätzen. Für den Handel mit dem sozialistischen Ausland war sie ebenfalls nicht maßgeblich. Bezüglich der Kaufkraft der DDR-Bevölkerung war sie eventuell sogar als leicht höherwertig einzuschätzen, da Grundnahrungsmittel, Mieten und Dienstleistungen sehr günstig waren. In Bezug auf Produktion und Export galt dies aber nicht. [11] So wurde mit dem Jahresbeginn 1990 auch zunächst ein Umtauschkurs von 1:5 zur D-Mark festgelegt. Doch bereits am 1. Juli wurde die Währungsunion vollzogen und der Umtauschkurs auf 1:1 (unter anderem Löhne, Mieten, Bankguthaben) beziehungsweise 2:1 festgelegt. [12] Auch wenn dies aus Sicht der Arbeiter*innen zunächst positiv erschienen sein mag – für die ostdeutschen Betriebe, die nun in offene Konkurrenz mit westdeutschen Unternehmen treten sollten, war es fatal. Nicht nur fiel der günstige Handel mit den sozialistischen Staaten im Osten weg, auch bezüglich des Exports in den Westen war die Konkurrenzfähigkeit durch die überbewertete Währung verringert. Außerdem drängten Westfirmen massiv auf den Binnenmarkt der ehemaligen DDR, der zuvor der „Hauptabsatzmarkt“ war. [13]

Auch die Zerschlagung der Großbetriebe und Kombinate spielte eine Rolle. Wie bereits erwähnt, konnten und wurden diese oft in ihre einzelnen Sparten oder gar einzelne Betriebe aufgespalten, um für potentielle Käufer*innen, welche sie in ihre Produktionskette oder ihr Portfolio eingliedern können, attraktiver zu sein. Dies führte allerdings auch dazu, dass Synergieeffekte verloren gingen und einige Teile nun nicht konkurrenzfähig waren oder nicht

verkauft werden konnten. Dies betraf auch die Forschungsabteilungen, die fast immer an Großbetriebe gekoppelt waren. Dasselbe galt für soziale Einrichtungen wie Erholungsstätten, Kindergärten, Ausbildungs- und Kulturzentren, die häufig an die Kombinate gekoppelt waren. Diese Zerschlagung von Großbetrieben und die damit einher gehende Liquidierung von Forschungskapazitäten war in ihrem Ausmaß einzigartig für die ehemaligen Warschauer Pakt – Staaten und spielte eine wesentliche Rolle bei den vielen Schließungen. [14]

Ein weiterer Punkt war die Ermittlung des angestrebten Verkaufspreises. Dieser berechnete sich seit Mitte 1991 nicht mehr ausschließlich über den sogenannten Substanzwert, das heißt Vermögen, Maschinen, Grundstücke und Immobilien. Stattdessen wurde zusätzlich ein Ertragswert berechnet, der den zu erwartenden Gewinn der nächsten drei Jahre ausdrücken sollte. Da sich dieser aus dem Gewinn zum Verkaufszeitpunkt und der Fortschreibung des aktuellen Unternehmenskonzepts berechnete, war es im Wesentlichen ein fiktiver Wert. Als Untergrenze wurde der Preis einer Liquidation des Unternehmens festgelegt. [15] Dies führte in der Konsequenz zu häufig sehr niedrigen Verkaufspreisen, welche den Substanzwert unterbieten konnten. Einige vor allem westdeutsche Unternehmen konnten sich Filetstücke zum Schnäppchenpreis aneignen oder sich durch

den Kauf ohne übermäßige Ausgaben der lästigen neuen Konkurrenz im Osten erwehren. Auch wenn die Ermittlung eines Ertragswerts beim Verkauf von kapitalistischen Unternehmen durchaus üblich ist, lässt sich dies nicht einfach auf die Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe übertragen, die überhaupt wenig Chance hatten, sich in der Konkurrenz zu bewähren. Hierfür gibt es keine Blaupause, insofern ist das Handeln der Treuhänder hier als explizite politische Entscheidung zu werten.

Das Kleinrechnen beim Verkauf hatte System und lässt sich an zahlreichen Einzelfällen belegen. Ein besonders drastisches Beispiel ist der Verkauf des VEB Wärmeanlagenbau, die vom Schweizer Unternehmen Chematec für zwei Millionen D-Mark gekauft wird. Später schätzten Experten den Wert auf rund 68 Millionen Mark. [16]

Allgemein war die Situation für die verschiedenen Wirtschaftszweige unterschiedlich. Tatsächlich waren die Industriebetriebe beispielsweise des Maschinenbaus zunächst weniger interessant für die potentiellen Käufer*innen aus dem Westen, auch wenn diese am ehesten bereits konkurrenzfähig und vor dem Ende der DDR auf den Export ausgerichtet waren. Vielmehr war das westdeutsche Kapital daran interessiert, keine neue Konkurrenz zu bekommen. Auch wenn sich einige Filetstücke gesichert werden konnten, kam eine Liquidierung häufig



nicht ungelegen. In der Regel ging es den kaufenden Unternehmen nicht um eine Sanierung der Ostbetriebe als eigenständige und zusammenhängende Einheiten, sondern maximal um die Eingliederung einzelner Standorte in den eigenen Produktionsprozess.

Wesentlich schneller verkauft wurden Unternehmen der Lebensmittel- und Verbrauchswarenindustrie. Hier bestand das Interesse vor allem darin, auf dem regionalen Markt präsent Marken zu besitzen, und damit den ostdeutschen Binnenmarkt schnell und ohne lange Transportwege zu beherrschen. [17]

Vielleicht ist aufgefallen, dass bisher hauptsächlich von westdeutschen Unternehmen die Rede war. Das hat seinen Grund: Das ehemalige Volkseigentum ist zu 85% an westdeutsche und zu 10% an ausländische Investor*innen gegangen, was auch an einer gezielten Bevorzugung westdeutscher Interessent*innen seitens der Treuhand lag. Lediglich 5% ist an Ostdeutsche verkauft worden. [18] Grundlage war hierbei in der Regel der vergünstigte Verkauf an Manager*innen in den neuen Unternehmen („Management Buy Out“). Dies setzte allerdings voraus, dass die ostdeutschen Betriebe von sich aus liquide waren und Sanierungen selbst stemmen konnten, was sich ohne externen Kapitalzufluss meist schwierig gestaltete. Somit ist die faktische Enteignung des ostdeutschen Volkseigentums durch westdeutsche Kapitalist*innen, die Angst der ersten Treuhand-Gründer*innen, auch an den Zahlen abzulesen.

HAUPTSACHE SCHNELL

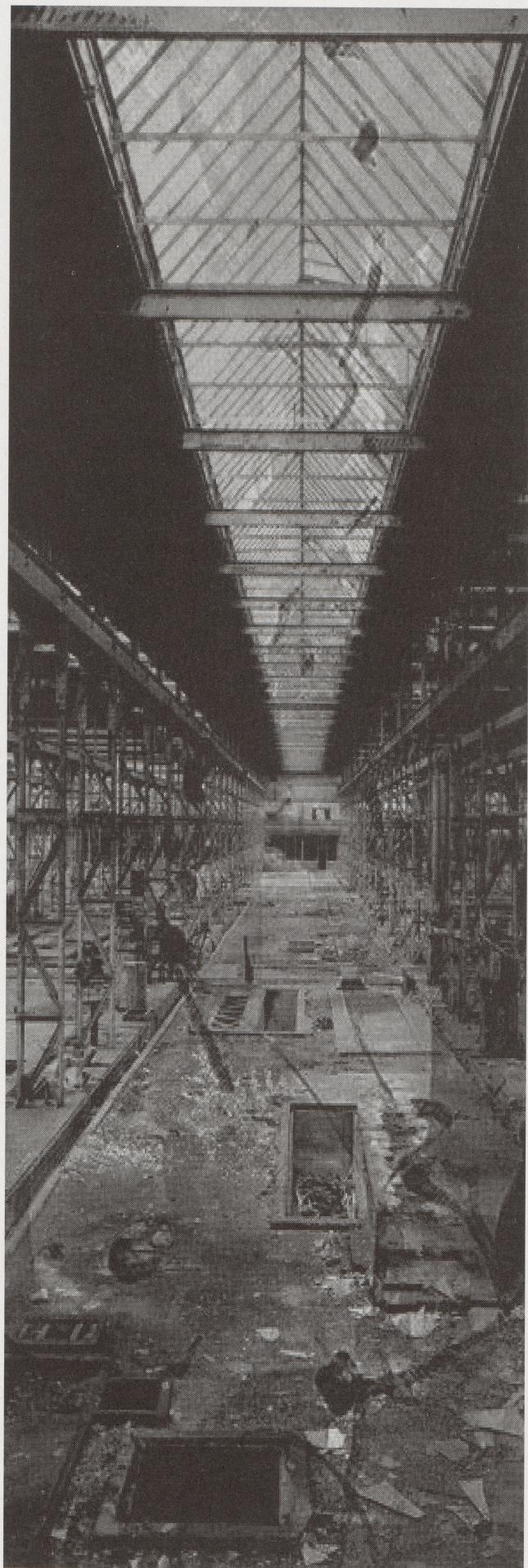
In der Tätigkeit der Treuhand kam es auch häufiger zu Korruption und zu Geschäften, die ohne auch nur oberflächlicher Prüfung von Bonität und Sanierungswillen der Käufer stattfanden. Dies war zwar illegal und wurde im Nachreichten auch teilweise angeklagt. So war in den, im November 1990 verabschiedeten, internen Richtlinien vorgeschrieben, dass mögliche Investor*innen ein Sanierungskonzept vorzule-

gen hätten, dass von einer externen Gutachter*in geprüft werden muss. Allerdings wurde dies in der Praxis nicht immer mit der notwendigen Sorgfalt betrieben oder gar ganz darauf verzichtet. [19] Wenn dies herauskam, war es häufig bereits zu spät, um die den Betrieb und die mit ihm verbundenen Vermögenswerte noch zu retten.

Ein Beispiel ist der Bereich der Treuhandniederlassung Halle. Dieser hatte bereits im September 1992 alle in seinem Bereich liegenden Betriebe privatisiert und war damit Spitzenreiter in Sachen Abwicklung der DDR-Betriebe. Dafür wurde er vom Vorstand der Treuhand sowie der Presse zunächst hoch gelobt. Doch bald stellte sich heraus, dass diese Geschwindigkeit mit unsauberen Geschäften erkaufte war: So wurden viele ehemalige volkseigene Betriebe ohne reguläres Verfahren und ohne Beachtung von Konkurrenzangeboten an persönliche Kontakte von Treuhandmitarbeitende verkauft. Ein Beispiel ist der Verkauf des Datenverarbeitungszentrum Halle, welches als gut aufgestellt galt. Allein die Grundstücke und das Barvermögen überstiegen den Kaufpreis um das Zehnfache. Später wurde das Unternehmen gewinnträchtig weiterverkauft.

Derartige Beispiele gibt es allein in Halle mehrere. Dabei spielte persönlich korruptes Verhalten der Zuständigen in der Treuhand eine Rolle, wobei es eine gewisse Dunkelziffer gibt. Bekannt geworden ist ein Fall, in dem der zuständige Privatisierungsdirektor in der Treuhandniederlassung Halle Bestechungs-

»SOMIT IST DIE FAKTISCHE ENTEIGNUNG DES OSTDEUTSCHEN VOLKSEIGENTUMS DURCH WESTDEUTSCHE KAPITALIST*INNEN (...) AUCH AN DEN ZAHLEN ABZULESEN.«



gelder erhalten hatte, die ihm vom westdeutschen Käufer aus dem Vermögen des privatisierten Unternehmens gezahlt wurde. Bekannt geworden ist dies nur, weil der Käufer später Insolvenz anmelden musste und seine Investitionen daraufhin näher untersucht wurden. [20]

Der Schaden, den die Treuhand hier erlitt, ging in die Milliardenhöhe, wie neuere Untersuchungen zeigen. Dennoch wurden nur wenige Anklagen erhoben und sofern dies geschah, gingen viele Täter*innen straffrei aus. [21] Insgesamt wurde der Bekämpfung von kriminellen Geschäften keine Priorität eingeräumt. Sowohl jene Stellen in der Treuhand, die für eine Überprüfung zuständig waren als auch die Ermittlungsbehörden wurden mit zu wenigen Mitarbeiter*innen ausgestattet, viele kleinere Ermittlungsverfahren wegen Personalmangel eingestellt. [22] Dazu trug auch bei, dass im November 1990 eine Haftungsfreistellung auch bei grober Fahrlässigkeit in Bezug auf die Verträge festgelegt wurde. Das galt explizit bis zum 30. Juni 1991, bei leichter Fahrlässigkeit bis zum 30. Juni 1992. [23] Damit wurden juristische Bedenken der Mitarbeiter*innen zu Beginn ausgeräumt. Insgesamt lautete das Motto: Die schnelle und vollständige Privatisierung ist am wichtigsten, Bedenken und Überprüfung sind bestenfalls nachrangig.

WIDERSTAND

Allerdings gab es auch Widerstand von Seiten der Arbeiter*innen gegen Schließung und Stellenabbau in privatisierten Betrieben. Einer der bekanntesten Fälle ist der Hungerstreik der Bergarbeiter*innen im Kaliwerk Bischoferode. Die Geschichte der ostdeutschen Kalibergwerke ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Privatisierung einen vorher durchaus konkurrenzfähigen Wirtschaftszweig zugrunde richtete. Die im Kombinat Kali zusammengefassten Bergwerke exportierten für den Weltmarkt und waren hierbei vor dem Ende der DDR an dritter Stelle der größten Exporteure, die BRD war auf Platz vier. 32.000

Beschäftigte arbeiteten an neun Standorten, fast alle davon in Thüringen. Die Treuhand gründete nun die Mitteldeutsche Kali AG. Schon bald wurden erste Standorte geschlossen, unter anderem in Roßleben, obwohl dort noch Salze für die nächsten 100 Jahre vorrätig waren. Ende 1992 waren nur noch vier Bergwerke übrig. [24] Zu diesem Zeitpunkt wurde die Fusion der ostdeutschen Kaliwerke, welche sich zu diesem Zeitpunkt noch zu 100% im Besitz der Treuhand befanden, mit der westdeutschen Kali und Salz AG geplant, in zunächst geheimen Verhandlungen. Die Kali und Salz AG befand sich im Besitz des Chemiekonzerns BASF, dessen Standorte rote Zahlen schrieben und der deshalb ein Interesse daran hatte, die Konkurrenz im Osten auszuschalten. Das erklärt, warum es sich um eine höchst ungleiche Fusion handelte: Von den verbliebenen vier Standorten im Osten sollten noch zwei, unter anderem Bischofferode, geschlossen werden, von den sieben Standorten im Westen nur einer. [25]

Doch die rund 750 Bergleute wehrten sich: Nach dem Bekanntwerden der drohenden Schließung besetzten sie das Werk am 7. April 1993. Dabei wurde weiter gearbeitet, aber Wachen organisiert, damit das Werk nicht über Nacht schließen konnte. [26] Außerdem wurden Demonstrationen und Kundgebungen organisiert, an denen teilweise bis zu 15.000

Menschen teilnahmen und in ganz Deutschland wurden Unterschriften gesammelt. [27] „Bischofferode ist überall“ war das Motto – und in der Tat handelte es sich nicht nur um den Protest gegen eine einzelne Betriebsschließung, sondern er hatte Symbolcharakter für viele ähnliche Fälle. Dies bezeugt auch die Solidarität von außen: in Form von Geld, Sachspenden und der Beteiligung an Demonstrationen. Noch größere Aufmerksamkeit bekam der Fall, als nach der Zustimmung der Fusion durch den Bundestag im Juli Bergleute beschlossen, in den Hungerstreik zu treten. Zeitweise 40 Hungerstreikende waren es, darunter auch Sympathisant*innen. Die mediale Berichterstattung hierüber machte Bischofferode überregional bekannt und führte zu einer Welle der Solidarität. [28]

Genutzt hat es ihnen nichts. Am 31. Dezember wird die Grube geschlossen. Auch die zwischenzeitliche Hoffnung, der Standort könnte separat verkauft werden, hatte sich zerschlagen. Obwohl es mit Johannes Peine sogar einen Unternehmer gab, der zu einem Separatkauf bereit gewesen wäre, war dies nicht erwünscht. Der Fusionsvertrag erhielt einen Passus, welcher der Kali und Salz AG ein Monopol in Deutschland zusicherte, auch die EU-Wettbewerbsbehörde stimmte dem am Ende zu. [29] Doch auch wenn dieser Kampf verloren ging, so war er doch ein Symbol dafür, dass der



Kahlschlag nicht überall einfach hingenommen wurde. Auch zeigte er auf, dass es sich bei einer solchen Schließung mitnichten um ein Naturgesetz oder zumindest einen zwangsläufigen Nebeneffekt der Privatisierung handelte, sondern dass sie auch im Einzelfall politisch gewollt und verantwortet war.

Anzumerken ist an dieser Stelle noch, dass der Widerstand häufig außerhalb von Gewerkschaften stattfand. Dabei ist nochmal zwischen den ostdeutschen Nachfolgegesellschaften des FDGB, die sich bis 1991 dem DGB anschlossen, und der bundesweiten Gewerkschaft mit westdeutscher Führung zu unterscheiden. In Bischofferode spielte die IG Bergbau/Energie tatsächlich auch eine eher unrühmliche Rolle, indem sie die Fusion mit dem Ziel stütze, vor allem Westarbeitsplätze zu erhalten. [30] Es hatte damit eine Spaltung gegriffen, die den Bossen und auch der Treuhand natürlich zugute kam.

Eine größere Rolle spielten häufig Betriebsräte. Diese arbeiteten auch betriebs- und branchenübergreifend zusammen. So kam es im November 1992 zu einer Konferenz der ostdeutschen Betriebs- und Personalräte. Forderungen waren unter anderem die Sanierung der Treuhandbetriebe vor ihrem Verkauf, eine Mitbestimmung der Beschäftigten und eine paritätische Besetzung des Verwaltungsrats der Treuhand mit Vertreter*innen der Beschäftigten. Außerdem wurde sich auch gegen Rassismus und Neonazismus ausgesprochen. Lokale Gewerkschaften unterstützen diese Forderungen, die DGB-Spitze nicht. So war die Betriebsrätebewegung zwar in Einzelfällen erfolgreich, die Prozesse der Treuhand blieben aber weiterhin undemokratisch und auf mög-

lichst schnelle Abwicklung ausgerichtet. [31] Eine drastische Reaktion auf die Politik der Treuhand erfolgte am 1. April 1991. An diesem Tag wurde der Präsident Detlev Rohwedder in seinem Haus in Düsseldorf erschossen. Zu dem Anschlag bekannte sich die RAF und begründete ihn unter anderem mit der Schließung der DDR-Betriebe. [32]

FAZIT

Zum 1. Januar 1995 wurde die Treuhandanstalt in Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) umbenannt. Zu diesem Zeitpunkt, nicht einmal fünf Jahre nach Beginn ihrer Tätigkeit, waren 98,5% der ostdeutschen Wirtschaft entweder verkauft oder liquidiert. Ihre Tätigkeit, die zu einer weitgehenden Deindustrialisierung und dem Arbeitsplatzverlust von Millionen von Menschen führte, hat bis heute Auswirkungen auf das Leben in Ostdeutschland. Die Behauptung, die DDR wäre pleite gewesen und ihr Handeln damit unabdingbar, muss zurückgewiesen werden. Zum einen ist die kapitalistische Restauration kein Naturgesetz und in ihrer forcierten Geschwindigkeit vor allem westdeutschen Wirtschaftsinteressen zu verdanken. Zum anderen war die DDR keinesfalls pleite, jedenfalls nicht, wenn man darunter die Zahlungsunfähigkeit versteht. Die Kredite aus dem Westen konnten vollständig zurückgezahlt werden. [33]

Pleite war Ostdeutschland vielmehr nach dem Ende der DDR und dies ist wesentlich dem Handeln der Bonner Politik und der ihr unterstellten Treuhandanstalt zu verdanken. Auch wenn einige Betriebe in der kapitalistischen Konkurrenz nicht ohne weiteres konkurrenzfähig waren, so hätte eine Sanierung mit dem vorrangigen Ziel, die Substanz zu erhalten, vieles retten können. Doch der Druck einer möglichst schnellen Privatisierung und Abwicklung, die der Treuhand auferlegt wurde und wesentlich dem Interesse des westdeutschen Großkapitals entsprach, verhinderte dies. So konnten sich einige bereichern, während ein großer Teil der

»DIE BEHAUPTUNG, DIE DDR WÄRE PLEITE GEWESEN (...) MUSS ZURÜCKGEWIESEN WERDEN. (...) PLEITE WAR OSTDEUTSCHLAND VIELMEHR NACH DEM ENDE DER DDR.«

Arbeiter*innen das Nachsehen hatte. Die versprochenen *blühenden Landschaften* – ein Versprechen, dass auch in der westdeutschen

QUELLEN & ANMERKUNGEN

[1] Kohl, Helmut 3. 7. 1990: Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=555>

[2] Ehlert, Ringo, 2010/2013: Die Deindustrialisierung und die demographische Katastrophe – Auswirkungen der Annexion der DDR auf Region und Menschen in Ostdeutschland, Zugriff am 17.9.2019 unter <http://www.gegen-den-hauptfeind.de/texte/2010/deindustrialisierung/>

[3] Bundesagentur für Arbeit (Hg.): 8.2019: Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Zugriff am 17.9.2019 unter https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31892/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&pageLocale=de&topicId=17722

[4] Steinitz, Klaus: Die Treuhandanstalt und der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands, in: Ulla Plener (Hg.): Die Treuhand – der Widerstand in den Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990 – 1994), Berlin 2011, S. 16

[5] Kemmler, Marc: Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt 1994, S. 69ff.

[6] Ebenda, S. 94ff.

[7] Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens, Zugriff am 17.9.2019 unter <http://www.gesetze-im-internet.de/treuhg/eingangsformel.html>

[8] Böick, Marcus: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung, 1990 – 1994, Göttingen 2018, S. 286 – 293

[9] Der Spiegel, 29.10.1990: Dann ist der Ofen aus, in: Der Spiegel 44/1990, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503130.html>

[10] Böick, Marcus, 24.1.2019: Treuhand. Krieg der Zahlen, Katapult Magazin, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://mobile.katapult-magazin.de/index.php?mpage=a&l=0&artID=821>

[11] Steinitz: Die Treuhandanstalt und der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands

[12] Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirt-

klassengesellschaft nie für alle galt – sind ausgeblieben.

schafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://www.gesetze-im-internet.de/wwsuvt/BjNR205370990.html>

[13] Steinitz: Die Treuhandanstalt und der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands, S. 26

[14] Ehlert, Ringo, 2010/2013: Die Deindustrialisierung und die demographische Katastrophe – Auswirkungen der Annexion der DDR auf Region und Menschen in Ostdeutschland, Zugriff am 17.9.2019 unter <http://www.gegen-den-hauptfeind.de/texte/2010/deindustrialisierung>

[15] Sigmund, Uwe: Privatisierungspolitik in Ostdeutschland. Eine politökonomische Analyse der Treuhandanstalt, Wiesbaden 2001, S. 142 – 143

[16] Rahmann, Tim, 16. 9. 2011: Wie die Treuhand bei der DDR-Abwicklung versagte, Wirtschaftswoche, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/rueckblick-wie-die-treuhand-bei-der-ddr-abwicklung-versagte/5220338-all.html>

[17] Steinitz: Die Treuhandanstalt und der wirtschaftliche Absturz Ostdeutschlands, S. 17

[18] Mitteldeutscher Rundfunk, 3.7.2018: Den ganzen „Salat“ loswerden. Wie die Treuhand den Osten verkaufte, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://www.mdr.de/zeitreise/treuhand110.html>

[19] Karliczek, Kari-Maria: Darstellung der untersuchten Fälle, in: Klaus Boers, Ursula Nelles, Hans Theile (Hg.): Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe, Baden-Baden 2010, S. 161

[20] Ebenda, S. 174f.

[21] Mitteldeutscher Rundfunk, 10.7.2018: Goldrausch – Die Geschichte der Treuhand, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://www.mdr.de/zeitreise/goldrausch118.html>

[22] Boers, Klaus et. al: Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe: Wesentliche Befunde und weiterführende Überlegungen, in: Klaus Boers, Ursula Nelles, Hans Theile (Hg.): Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe, Baden-Baden 2010, S. 664

[23] Teichert, Olav: Die Treuhandanstalt im politischen und wirtschaftlichen Vereinigungsprozess Deutschlands,

[24] Jüttemann, Gerhard: Allgemeines und Privates vom Kampf in Bischofferode, in: Plener Ulla (Hg.): Die Treuhand – der Widerstand in den Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990 – 1994), Berlin 2011, S. 85

[25] Ebenda, S. 86

[26] Von Lüpke, Marc, 18.12.2013: Grubenschließung nach der Wende, Aufstand im Kalibergwerk, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://www.spiegel.de/geschichte/protest-gegen-die-schliessung-der-kali-grube-bischofferode-1993-a-951339.html>

[27] Heck, Beatrix: Untergang des Kaliwerkes, Zugriff am 17.9.2019 unter <http://www.bischofferode.de/untergang-des-kaliwerk.html>

[28] Ebenda

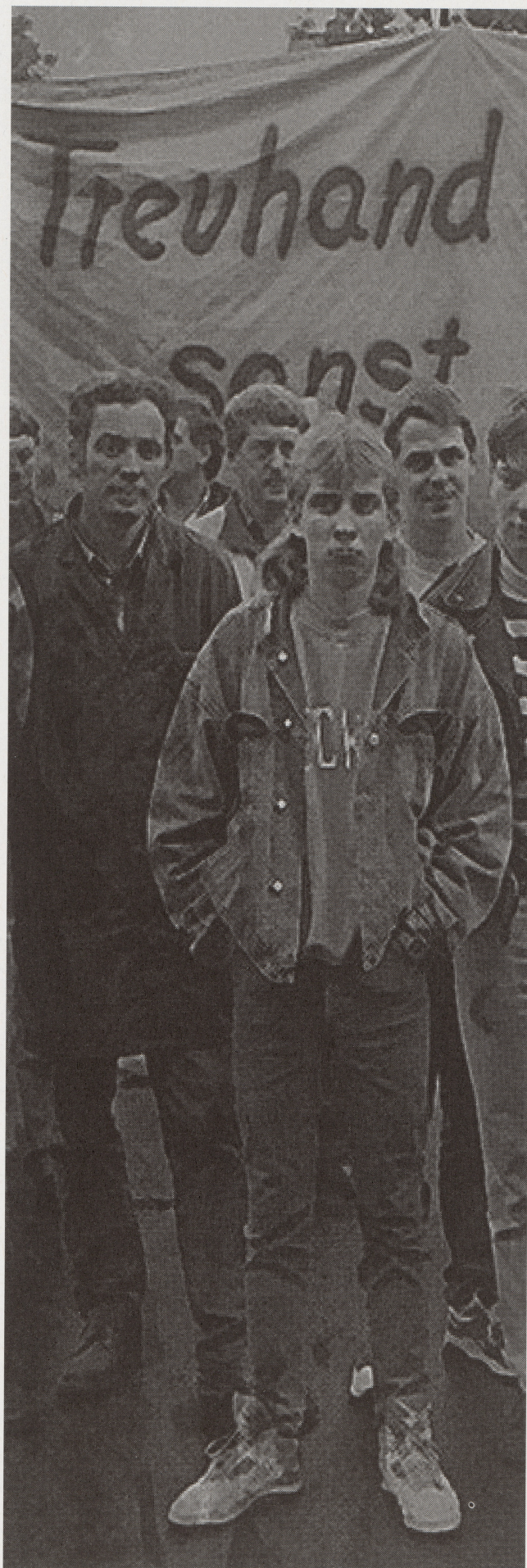
[29] Schneider, Dirk: Bischofferode. Das Treuhand-Drama, Mitteldeutscher Rundfunk, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://reportage.mdr.de/bischofferode#10848>

[30] Jüttemann: Allgemeines und Privates vom Kampf in Bischofferode, S. 86

[31] Geitmann, Peter: Die Treuhandanstalt als Regierungsinstrument: gegen Betriebsverfassungsgesetz und Widerstand der Betriebsräte erfolgreich. Das Beispiel Deutsche Seereederei Rostock, in: Ulla Plener (Hg.): Die Treuhand – der Widerstand in den Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990 – 1994), Berlin 2011, S. 44 – 47

[32] Kemmler 1994, S. 337 – 338

[33] Blessing, Klaus / Walter Siegert, 10. 09. 2019 : Moralisch bankrott, aber nicht pleite, Die „Schuldenlüge“ über die DDR ist bestätigt, Zugriff am 17.9.2019 unter <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/moralisch-bankrott--aber-nicht-pleite-die--schuldenluege--ueber-die-ddr-ist-bestaetigt-33142474>



MYTHOS: „FRIEDLICHE REVOLUTION“

VON ANTIFA WESTBERLIN (AWB)

Das Jahr 2019 ist ein weiteres politisch-medial inszeniertes Gedenkjahr. Land auf-, Land abwärts finden Veranstaltungen statt, die sich dem Thema des sogenannten *Mauerfalls* 1989 widmen. In Berlin werden über hundert Veranstaltungen an sieben Originalschauplätzen der *Wendeereignisse* stattfinden. Bürger_innen werden eingeladen an den „Sturz des SED-Regimes, an die Courage der Menschen, die sich gegen die Diktatur stellten sowie an den demokratischen Aufbruch in eine neue Zeit“ zu gedenken [1].

Die Ereignisse rund um den 9. November 1989 werden seither als „friedliche Revolution“ deklariert. Mit der sogenannten „friedlichen Revolution“ wurde ein Narrativ geschaffen, das ein demokratisches und geläutertes Deutschland darstellen soll. Klassenkonflikte werden dabei negiert und ein vermeintlich guter Patriotismus soll ein imaginiertes „Wir“ zusammenhalten. Die Gründung der neuen BRD 1990 im Zuge des Mauerfalls hat einen Staatsgründungsmythos hervorgebracht, welcher auf der Erzählung beruht, zwei „Diktaturen“ – das NS-Regime, sowie die DDR – hinter sich gelassen zu haben.

»DIESE FATALE GLEICHSETZUNG DES FASCHISTISCHEN DEUTSCHLANDS MIT DEM STAATSSOZIALISTISCHEN VERSUCH DDR DIENT DEM ZWECK, SICH DER VERANTWORTUNG ÜBER DIE (...) VERBRECHEN DES DEUTSCHEN FASCHISMUS ZU ENTZIEHEN.«

Diese fatale Gleichsetzung des faschistischen Deutschlands mit dem staatssozialistischen Versuch DDR dient dem Zweck, sich der Verantwortung über die Verbrechen des deutschen Faschismus zu entziehen und die Deutschen zu „Opfern zweier Diktaturen“ zu erklären.

Selten wurden Demonstrationen wie die Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 von den herrschenden Eliten der BRD so positiv beschrieben. Bis heute werden im hegemonialen Geschichtsbewusstsein der BRD die Wahrnehmung demokratischer Rechte gegen den „Unrechtsstaat“ DDR ins Felde geführt. Bis heute wird der nationalistische Charakter der Montagsdemonstrationen, ebenso wie der Rassismus und Antisemitismus, welcher ab Dezember 1989 von der Mehrheit der DDR-Opposition mindestens hingenommen wurde, nur selten beleuchtet. Die kurze Zeitspanne zwischen November und Dezember 1989, in der aus „Wir sind das Volk“ die Parole „Wir sind ein Volk!“ und später „Deutschland einig Vaterland“ wurde, verdeutlicht die Verdrängung herrschaftskritischer Inhalte zugunsten einer nationalistischen Grundstimmung im Protest gegen den autoritären DDR-Staat [2].

Durchgesetzt haben sich jene, die aus antikommunistischen Überzeugungen das Ende der DDR und zurück zu Großdeutschland wollten. Die progressiven Teile der DDR-Opposition, welche den Sozialismus und die DDR reformieren wollten, wurden aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt. Genoss_innen, die auf den Montagsdemonstrationen den Kapitalismus kritisierten und aus einer humanistischen Überzeugung 1989 auf die Straße gingen, wurden als „Stasi-Agenten“ antikommunistisch beleidigt und diffamiert [3].



Die Ereignisse im Herbst 1989 sind nur in Bezug auf die ausbleibende Gewaltanwendung von Volkspolizei und Staatssicherheit als „friedlich“ zu bezeichnen. Die Geschehnisse als „Revolution“ zu bezeichnen ist dann aber doch etwas zu viel des Guten. Heute wissen wir, dass 30 Jahre nach dem Fall der Mauer eine Annexion der DDR durch die BRD mit einem politischen und wirtschaftlichen Systemwechsel vollzogen wurde, von politischen Eliten gegen das ursprüngliche Anliegen einer wirklichen Demokratiebewegung von unten. Dass es wenig friedlich zugeing, dokumentieren die Auseinandersetzungen zwischen sozial- und friedensbewegten Menschen und Neonazis, die aus antikommunistischer Motivation die Gunst der Stunde nutzten und sich den Demonstrationen anschlossen.

So kam es in Leipzig und Dresden zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Alternative Jugendliche, Punks oder bekennende Kommunist_innen wurden geschlagen und rassistisch und antisemitisch beleidigt. Die Verschwörungstheorie der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung war auch unter DDR-Bürger_innen weit verbreitet. Diese antisemitischen Klischees werden nicht nur auf den Montagsdemonstrationen, sondern wurden auch von westdeutschen

Medien verbreitet und finden in dem nationalistisch aufgeheiztem Klima im Jahr 1990 auch auf dem Cover des Spiegel Ausdruck: Gregor Gysi, abgebildet mit Schiebermütze und der Überschrift „Der Drahtzieher“ [4].

Spätestens ab März 1990 waren reaktionäre und faschistische Inhalte auf den Montagsdemonstrationen in Leipzig weit verbreitet. So konnten Parteien wie die NPD und Die Republikaner unwidersprochen mit Transparenten für alle sichtbar an den Versammlungen teilnehmen. Zu diesem Zeitpunkt dominierten Parolen wie „Rote raus!“. Linke Oppositionelle wurden aufgrund des bahnbrechenden Nationalismus auf den Kundgebungen zunehmend in die Enge getrieben, verließen diese oder verstummten nach und nach [5].

Demonstrationen mit bis zu 70.000 Menschen waren der Höhepunkt im Protestverlauf auf Montagsdemonstrationen in Leipzig 1989. Wer glaubt, diese hätten den Fall der Mauer oder gar das Ende der DDR gebracht, irrt sich. In Relation zu den insgesamt 17 Millionen DDR-Bürger_innen waren die Montagsdemonstrationen marginal. Von einer Revolution im Sinne einer Mobilisierung von fortschrittlichen Kräften kann nicht die Rede sein, schließlich hatten die

wenigen Teilnehmer_innen auch keine einheitliche Vorstellung für eine gesellschaftliche Transformation.

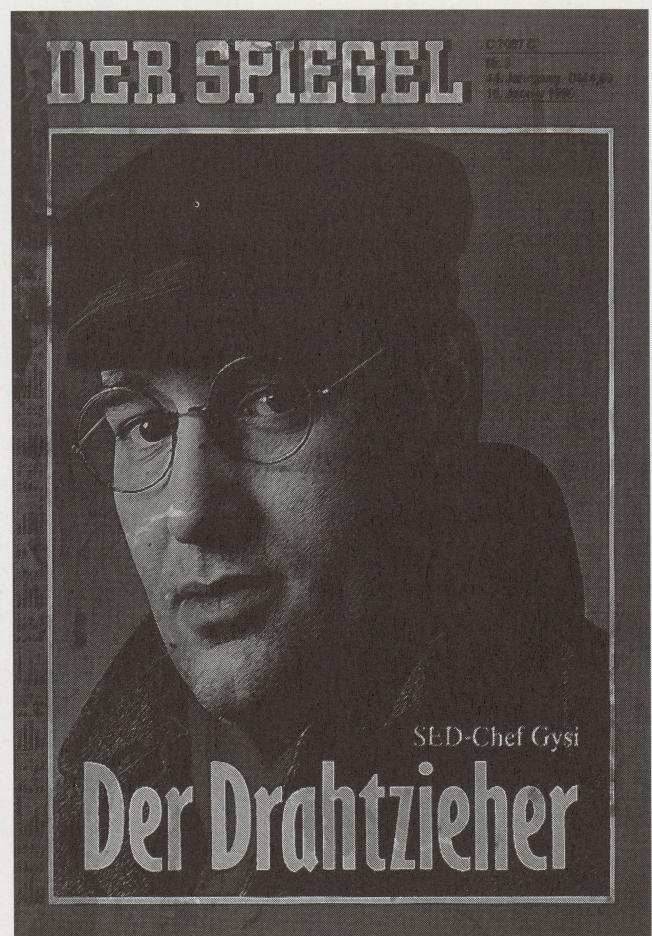
»SPÄTESTENS AB MÄRZ 1990 WAREN (...) FASCHISTISCHE INHALTE AUF DEN MONTAGSDEMONSTRATIONEN (...) WEIT VERBREITET. (...) ZU DIESEM ZEITPUNKT DOMINIERTEN PAROLEN WIE „ROTE RAUS!“.«

In der offiziellen Geschichtsschreibung der BRD findet sich nur selten Aufklärung über die tatsächlichen Hintergründe, welche zum Fall der Mauer geführt haben. So werden die Ausreisebewegung, die Destabilisierung des Ostblocks durch Glasnost und Perestroika, sowie die Grenzöffnung Ungarns in diesem Kontext oft ausgespart. Doch insbesondere diese Entwicklungen haben ein Machtvakuum entstehen lassen und dann den *Mauerfall* ermöglicht. In der Geschichtsschreibung der BRD bleibt dies meist außen vor, da dies den Staatsgründungsmythos und damit den positiven Bezug auf den heutigen deutschen Staat und die Nation unterlaufen würde. Die Erzählung vom unbeugsamen Volk, welches die DDR zu Fall gebracht hat und die Zusammenführung mit der BRD wollte, ist zentral für die deutsche Staatspolitik - damals wie heute.

Mit einem größeren zeitlichen Abstand lassen sich die Vorgänge von 1989/90 besser einordnen. Dass sie auf eine Annexion der DDR durch die BRD hinausliefen, stellt kaum noch jemand in Frage. Der DDR wurde das politische System der BRD übergestülpt. Für die Menschen in der ehemaligen DDR bedeutete dies eine soziale Destabilisierung und die Entwertung ihrer Biografien, für die BRD hingegen eine Restauration ihres verstaubten politischen Klimas, das immer noch geprägt war durch die 1982 von Kohl

ausgerufene „geistig-moralische Wende“. Die Annexion der DDR lässt sich nicht als Revolution bezeichnen, da der Begriff in seiner Wort-schöpfung auf eine Erneuerung und Weiterentwicklung hindeutet. Beides war nicht gegeben. Eine Erneuerung und Verbesserung gab es nach 1989/90 für die politische und wirtschaftliche Elite der BRD, nicht jedoch für die Protestbewegung, die zumindest zu Beginn vor allem von sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Absichten dominiert wurde.

Dies bezeichnet ein Versuch von rechts-konservativen Kreisen eine Antwort auf die 68er-Bewegung zu finden und die deutsche Geschichte für ihre Zwecke umzuschreiben. Das bedeutete nichts anderes, als sich der Verantwortung für Auschwitz sukzessive zu entledigen. Da kamen die Ereignisse 1989 gerade recht, da jetzt in moralischer Überlegenheit „bürgerliche Freiheit“ exportiert werden konnte und ein großdeutscher Staat entstanden war, der macht- und wirtschaftspolitisch auch am internationalen Kapitalmarkt mitmischen konnte.



Die Annexion der DDR lässt sich nicht als Revolution bezeichnen, da der Begriff in seiner Wortschöpfung auf eine Erneuerung und Weiterentwicklung hindeutet. Beides war nicht gegeben. Eine Erneuerung und Verbesserung gab es nach 1989/90 für die politische und wirtschaftliche Elite der BRD, nicht jedoch für die Protestbewegung, die zumindest zu Beginn vor allem für soziale, ökologische und friedenspolitische Absichten dominiert wurde.

DER „MAUERFALL“ ALS SINNSTIFTENDER MYTHOS

Im vorherrschenden Tenor der Mainstream-Medien werden wir gewöhnlich eine differenzierte Darstellung der Ereignisse vermissen. Im kollektiven Gedächtnis darf offensichtlich nur für die dominante Deutung von „Freiheit“ vs. „Diktatur“ Platz sein. Dass der Ruf nach Freiheit mit einer falsche Freiheit beantwortet wurde, die den Menschen in Ostdeutschland lediglich bürgerliche Freiheit in Form der kapitalistischen Verwertungslogik mit alle ihren Konsumangeboten übertrug, dürfte nach 30 Jahren offensichtlich sein. Für die Arbeiter_innenklasse in der ehemaligen DDR und die Lohnabhängigen in der BRD hat sich die Arbeitsform dahingehend geändert, dass es mehr individuelle Arbeitsverhältnisse mit mehr Konsum-Angeboten gibt. Die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse sind auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer unverändert. Wer glaubte, dass *blühende Landschaften* den „grauen Arbeitsalltag“ ersetzen könnten, wurde enttäuscht. Und dies wird sich nicht ändern, solange die Produktion, sei es in Form von diversen Dienstleistungen, ihrem Zweck nachkommt: der Verwertung des Kapitals.

Die Mythologisierung von Ereignissen dient dazu, komplexe gesellschaftliche Verhältnisse vereinfacht darzustellen, und ein sinnstiftendes Moment zu schaffen, mit dem sich Menschen identifizieren können. Diese Identifikation mit dem historischen Ereignis wirkt stabilisierend in das Innere einer Nation hinein und hält diese

zusammen [6]. Das sinnstiftende Element der Freiheit unter kapitalistischen Voraussetzungen stellt jedoch nur eine Freiheit für wenige dar. Die Mythenbildung um den sogenannten Mauerfall ist zum Herrschaftsprojekt einer politischen Elite geworden. Doch ob der sogenannte *Mauerfall* 1989 überhaupt zum Staatsgründungsmythos taugt, ist fraglich. Da sich nur wenige darauf positiv berufen können, hat die hegemoniale *Wende*-Erzählung Risse bekommen.

Das wurden spätestens sichtbar, nachdem die AfD in ostdeutschen Bundesländern von mehr als einem Drittel der dort lebenden Menschen gewählt wurde. Hier kommt die Konkurrenz in der Klassengesellschaft zum tragen, welche in verschärfter Form rassistisch und sozialchauvinistisch sichtbar gemacht wird. Dass die AfD mit dem Slogan „Vollende die Wende“ im Brandenburger Landtagswahlkampf für sich warb, kann als folgerichtiger Slogan gewertet werden, weil damit ein Teil der Montagsdemonstrant_innen vom Herbst 1989 ebenso angesprochen wird, wie die Menschen die seit 2014 Montags bei den PEGIDA Demonstrationen teilnehmen, die sich in einer Tradition mit den Ersteren wähen.

Nationalismus und Rassismus waren bei den Montagsdemonstrationen 1989 allgegenwärtig. Die nationalistische Stimmung erreichte mit den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen ihren traurigen Höhepunkt. Die rechte Protestgeneration von 1989 ist wieder aktiv und wird aus guten Gründen als „Generation Hoyerswerda“ beschrieben [7].

**»DASS DIE AFD MIT DEM SLOGAN
,VOLLENDE DIE WENDE‘ FÜR SICH WARB,
KANN ALS FOLGERICHTIGER SLOGAN
GEWERTET WERDEN (...) DIE RECHTE
PROTESTGENERATION VON 1989 IST
WIEDER AKTIV (...)«**

MYTHENBILDUNG ALS SELBSTVERGEWISSERUNG

Der Sinn von Staatsgründungsmythen dient der Nation. Ohne Nation ist der Staat nicht zu denken und so soll die Nation das Handeln des bürgerlichen Staates und dessen Regierung begründen und rechtfertigen.

Konkret umgesetzt wird dies zum Beispiel vom staatstragenden Politikwissenschaftler Herfried Münkler, Mitglied im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Der bekennende Merkel-Fan forderte bereits im Jahr 2009, dass der sogenannte *Mauerfall* 1989 zum sinnstiftenden Mythos für die deutsche Nation werden müsse. Er offenbart dabei die systemstabilisierende Funktion des Mythos 89 für die Leistungsbereitschaft im Kapitalismus:

„Der Oktober ,89, der wird eigentlich immer, wenn er zumal über die audiovisuellen Medien reinszeniert wird, in einer Weise das kollektive Gedächtnis der Deutschen bespielen. Insofern kann man vielleicht sagen, er wird eine subversive Kraft entwickeln und vielleicht dann auch einmal offizialisiert werden.“

„Mythen könnten heute dabei helfen, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, „Mythen versichern uns also unserer Leistungsfähigkeit.“ Solange Deutschland seit den 50er-Jahren auf wachsenden Wohlstand aufbaute, habe man vielleicht auf Mythen verzichten können. „In der jetzigen Situation, wo ganz andere Herausforderungen sind und man das Mythendefizit nicht ohne Weiteres kompensieren kann, in dem man sagt, im nächsten Jahr werdet ihr wieder drei Prozent mehr in der Tasche haben, in dieser Situation sind wir wachsend auf solche Großerzählungen angewiesen.“ [8]

Das Zitat von Münkler unterstreicht, dass die Nation untrennbar mit der kapitalistischen Verwertung verbunden ist. Die Tradierung von nationalen Mythen funktioniert, wie dieses Beispiel aufzeigt, auch über die Wissenschaft und Bildung. Für ein sinnstiftendes erinnerungspolitisches Event braucht es Veranstaltungen wie jene zum 30. Jahrestag. Diese Jahrestage beteiligen die Bevölkerung an einem erinnerungspolitischen Ritual, welches den Mythos „Friedliche Revolution“ generiert.



Für uns, als Teil der radikalen Linken, gibt es am 9. November nichts zu Feiern. Mit dem Staatsgründungsmythos „Friedliche Revolution“ wird versucht, die deutsche Nation zu normalisieren und als eine Geschichte der „Extreme“ abzuhandeln. Die Geschichte des deutschen Faschismus und des Rassismus, der bis heute tödliche Realität ist, wird dabei ausgeblendet. Die Erinnerung an die Reichspogromnacht am 9. November verblasst und wird durch die Erzählung einer *geläuterten Nation* in den Hintergrund gestellt. Eine differenzierte Auseinandersetzung zum Ende der DDR werden wir am 30. Jahrestags des *Mauerfalls* von Seiten des Staates wohl kaum erleben, auch wenn der Ruf nach einer Auseinandersetzung mit der Treuhand und deren verheerende Folgen für die Menschen lauter geworden ist. Die negativen Folgen werden nicht Teil der offiziellen *Wende*erzählung. Doch die deutsche Realität ist nicht friedlich. Sie ist verlogen und mörderisch.

QUELLEN & ANMERKUNGEN

[1] Kulturprojekte Berlin 2019, Zugriff am 03.09.2019 unter www.kulturprojekte.berlin/projekt/30-jahre-friedliche-revolution-mauerfall/.

[2] Heider, Ulrike: Die Banane und das Vaterland. Ein Fundstück aus der Zeit des Mauerfalls in Hanloser, Gerhard (Hg.): Kritik Berlin, 2014, S.249

[3] Vgl. Gandler in Zwahr, Helmut: Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen, 1992, S.111

[4] Vgl. Spiegel 3/90. Zugriff am 04.09.2019 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1990-3.html>.

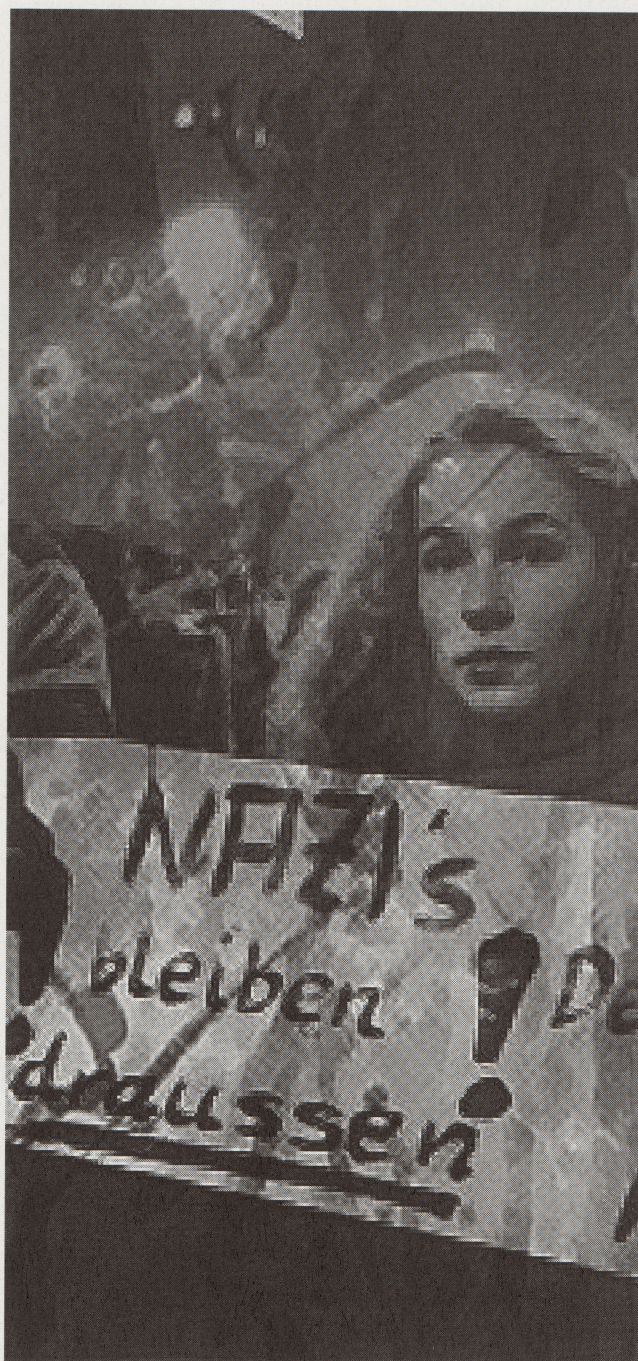
[5] Vgl. Ditfurth, Jutta: Kaltland-eine Sammlung, Berlin, 2011, S.27

[6] Vgl. Schmidt, Rudi 30.04.2009: 1968 West und 1989 Ost. Von den Mythen jüngster deutscher Umbrüche. Was bleibt den Nachgeborenen? Zugriff am 05.09.2019 unter <https://www.linksnet.de/artikel/24441>.

[7] Der 2016 veröffentlichte Sammelband „Generation Hoyerswerda“ von Spangenberg und Kleffner beschreibt unter anderem das Zusammenwirken der 2014 entstandenen neuen sozialen Bewegung von Rechts.

[8] Münkler, Herfried 15.03.2009: Lesart spezial. Zugriff am 04.09.2019 unter https://www.deutschlandfunkkultur.de/lesart-spezial.1270.de.html?dram:article_id=191081.

»FÜR UNS ALS TEIL DER RADIKALEN LINKEN GIBT ES AM 9. NOVEMBER NICHTS ZU FEIERN. MIT DEM STAATSGRÜNDUNGSMYTHOS ‚FRIEDLICHE REVOLUTION‘ WIRD VERSUCHT DIE DEUTSCHE NATION ZU NORMALISIEREN (...) «



HEGEMONIALSTREBEN UND OSTPOLITIK DER BRD 1949-1990

VON NORTH EAST ANTIFASCISTS [NEA]

Mit dem Sieg der Anti-Hitler-Allianz über das *Dritte Reich* am 9. Mai 1945 entstand ein staatenloses Gebiet, welches von der Allianz in 4 Zonen aufgeteilt [1] wurde, um dort im Besatzungsstatut ein Deutschland aufzubauen, von dem nie mehr Krieg und Terror ausgehen sollten. Das heißt, es sollte kein imperialistisches Deutschland mehr geben.

Durch die klare antikommunistische Linie der USA [2] ging die Anti-Hitler Allianz zu Ende, woraufhin eine gemeinsame Kommandantur aller Siegermächte nicht mehr möglich war und die Sowjetunion aus dem gemeinsamen Büro auszog. Die Aufteilung in Besatzungszonen und der Antikommunismus der USA mündeten in einer Frontstellung im aufgeteilten Deutschland, welche heute als *Kalter Krieg* bekannt ist.

Als sich am 1. Juli 1949 die BRD und am 7. Oktober die DDR offiziell gründeten, gab es zwei deutsche Teilstaaten, welche unterschiedlicher nicht hätten sein können: In den Zonen der Westalliierten war es die kapitalistische und bourgeoise BRD und in der Sowjetzone die sozialistische antifaschistische DDR. Gegenstand dieses Artikels ist das Hegemonialstreben der BRD, welches unter anderem dazu führte, dass die DDR am 3. Oktober 1990 dem Staatsgebiet der BRD zugeführt wurde.

Das Hegemonialstreben deutscher Eliten ist kein neues Phänomen, sondern kann bis zur Gründung des deutschen Kaiserreichs (1871) zurückverfolgt werden. [3] Den Grundstein für eine bourgeoise Orientierung der drei westlichen Besatzungszonen bildeten die USA mit ihrer Politik, Deutschland (BRD) als Juniorpartner auszubauen. [4]

POLITIK DER INTEGRATION ZUR SOUVERÄNITÄT

Mit Gründung der BRD begann von den westdeutschen Eliten wieder ein Großmachtstreben auszugehen. Dieses Mal erneut durch die Wirtschaftseliten. Allen voran die Montan- und Chemieindustrie, welche als Schlüsselindustrien der damaligen Zeit anzusehen sind. So machte Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg schon diese Industrien als Kriegsförderer aus und sanktionierte sie. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Montanindustrie als essentiell erkannt und von den westlichen Alliierten mit starken Beschränkungen bei der Produktion und dem Verkauf belegt. Seit 1946 hatten die USA jedoch ein Interesse daran, mit Hilfe der wirtschaftlich starken Montanindustrie Westdeutschlands den Wiederaufbau Westeuropas zu befördern. [5]

Obwohl oder gerade weil die beiden großen Wirtschaftsindustrien Westdeutschlands von den Alliierten mit starken Beschränkungen belegt wurden, versuchte die westdeutsche Kapitalelite die wirtschaftliche Kraft insbesondere dieser Schlüsselindustrien in den Westen zu integrieren. Auch Adenauer als bekennender Antikommunist war für eine Westintegration. Adenauer und die Wirtschaftseliten gedachten über die Verflechtung der Wirtschaft der BRD mit den anderen Demokratien einen europäischen Staatenblock zu schaffen, welcher an die NATO angebunden sein sollte. [6]

Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass 1951 die Montanunion (Europäische Ge-



meinschaft für Kohle und Stahl = EGKS) unter Federführung der BRD entstand. Die Bonner Republik sollte sowohl wirtschaftlich, als auch politisch beruhigt werden. Mit der EGKS war ein Teilziel zur Anbindung an das westliche Bündnis erreicht worden.

Nun war die BRD in Sachen Montanindustrie von den Beschränkungen befreit und konnte ihre ökonomische Macht vollends zur Geltung bringen und in (West-)Europa dadurch eine führende Stellung einnehmen. Um aber die volle Souveränität zu erlangen, fehlte der jungen Bonner Republik die militärische Integration in das westliche Bündnis.

Um diese zu schaffen, nutzte Adenauer den Antikommunismus der USA. So sprach Adenauer immer nur vom deutschen Osten und der Gefahr eines militärischen Überfalls durch die sowjetische Armee. Um den Aufbau des Militärs in Deutschland voranzutreiben, versuchte die Bonner Republik eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu schaffen.

Die EVG sollte, ebenso wie die EGKS eine supranationale Organisation werden. Charakteristisch für die Beanspruchung der Führungsrolle in Europa äußerte Adenauer 1952 sinngemäß, dass die militärische Schwäche Frankreichs zu einem Übergewicht der BRD in der EVG führen werde. [7] Es sollte also ein ökonomisches und militärisch einiges Europa geschaffen werden, welches in antikommunistischer Tradition die Sowjetunion als den Hauptfeind ansah, natürlich unter Führung der BRD. So negierte die BRD den Anspruch der DDR, ebenfalls Vertreter Deutschlands zu sein.

Adenauer wusste aber, dass eine mögliche Einheit (Gesamt-)Deutschlands von den Westalliierten nur anerkannt würde, wenn die DDR von der Sowjetunion losgelöst und der dortige Sozialismus abgeschafft würde – hierzu müsste aber folgerichtig eine Eingliederung Ostdeutschlands in das kapitalistische Westdeutschland stattfinden. Dies ginge nur über die Westintegration in sämtliche Bündnissysteme, welche auf Profitmaximierung zielten.

»ES SOLLTE ALSO EIN ÖKONOMISCHES UND MILITÄRISCH EINIGES EUROPA GESCHAFFEN WERDEN, WELCHES (...) DIE SOWJETUNION ALS DEN HAUPTFEIND ANSAH, NATÜRLICH UNTER FÜHRUNG DER BRD.«

Ein weiterer wichtiger Schritt waren die Pariser Verträge von 1954, denn diese besagten die Aufnahme in die europäische NATO. Dass die BRD auf die Produktion von ABC- und schwere Waffen verzichtete, um vollständig in die NATO aufgenommen zu werden, wurde großzügig hingenommen. Dies bedeutete mehr Kompetenzen im außenpolitischen Bereich, sowie sicheren Rückhalt durch die USA und Großbritannien. Dieser Rückhalt war wichtig, um Mitte der 1950er Jahre die *Hallstein-Doktrin* [8] für die Außenpolitik der BRD zu schaffen. All dies, um die DDR als deutschen Staat zu diskreditieren und die BRD als den Kernstaat zu definieren, dem es zustehe, die Vertretung Deutschlands zu sein. Hier sollten Staaten am Rande des sozialistischen Lagers unter Druck gesetzt werden, denn gerade im Südosten des europäischen Festlands waren Märkte, welche für die deutsche Außenhandelspolitik sinnvoll erschienen, um den Machtbereich ausbauen zu können. Weil die BRD sich selbst als alleinigen Vertreter Deutschlands sah, wollte sie, dass andere Staaten auf der Welt nicht autonom entscheiden konnten, dass die DDR als Staat anerkannt wird und es eine Zwei-Staaten-Lösung für Deutschland auf Dauer gäbe.

Die *Wiedervereinigung* war stets politische Kernkomponente der Adenauerschen Politik, denn auch das Gebiet der DDR hatte aus wirtschaftlicher Sicht Vieles zu bieten, um an Macht in der NATO-Gemeinschaft zu gewinnen. Auch wenn eine *Wiedervereinigung* von den politisch Machthabenden immer wieder in Reden

gefordert wurde, so muss bedacht werden, dass gerade Adenauer nur eine *Wiedervereinigung* nach westlichen Vorstellungen wollte, das heißt freie Wahlen in der SBZ/DDR. Die Machthabenden unterstellten der DDR, eine Führung durch eine Arbeiter*innenpartei wäre nicht von der Mehrheit der Menschen in der SBZ/DDR gewollt gewesen.

Die BRD drängte ebenfalls darauf, dass sich Großbritannien der Westeuropäischen Union (WEU) anschließen solle und der Handelsgrenzen abbauenden supranationalen Organisation der EFTA (Europäische Freihandelszone) beitrete. Dies gelang ihr in den 1960er Jahren – der Beitritt Großbritanniens zur EWG erfolgte allerdings erst in den 1970er Jahren. Die dauerhafte Anbindung an die USA als Schutzmacht sorgte schließlich Anfang der 1960er Jahre zu Konflikten mit der De-Gaulle-Regierung Frankreichs, die das europäische NATO-Bündnis anführen wollte, ohne die USA einzubinden und damit auch den Machtbereich der BRD einzuschränken. Durch den außenpolitischen Konflikt mit Frankreich verlor die CDU an Einfluss innerhalb der Bonner Republik. Es kam erstmals zu einer Koalition aus CDU und SPD. Daraus entsprang auch eine Veränderung der Deutschland- bzw. Ostpolitik der BRD.

ENTSPANNUNGSPOLITIK UND NEUE DEUTSCHLANDPOLITIK

Mit dem Wechsel der Regierung zur SPD änderte sich deren Position zur DDR. Hatte Adenauer stets betont, es gäbe nur einen deutschen Staat, widersprach Willy Brandt dieser Einstellung. Beide Staaten waren mittlerweile gefestigt, der Mauerbau 1961 schuf die Notwendigkeit, diplomatische Beziehungen zum sozialistischen Ostblock aufzubauen. Denn es drohte die Gefahr, dass (West-)Berlin sich entweder der DDR anschließen müsste oder verhungere, da die Transitbrücke [9] unterbrochen wurde. Obwohl Willy Brandt von zwei Teilstaaten sprach, was eine de facto Anerkennung bedeutete, führte dies nicht zu einer staats-



rechtlichen Anerkennung durch die BRD. Daraus ergab sich für die Bundesrepublik nicht eine außenpolitische, sondern innerdeutsch orientierte Politik. Ein Wandel eben dieser strengen Ostpolitik der Adenauerschen Ära hin zur Entspannungspolitik erkennt man im Jahr 1963, als das Passierscheinabkommen geschlossen wurde. Allerdings war ein Dialog mit der DDR zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich, da die Unionsparteien auf dem Kurs Adenauers beharrten und die DDR nicht als Staat akzeptierten.

Deshalb wurde die *Hallstein-Doktrin* Mitte der 1960er Jahre gelockert und Verhandlungen mit Staaten im östlichen Europa geführt. Durch Abgabe von Krediten, Technologie und weiteren Austausch sollte Druck auf die DDR und die Sowjetunion ausgeübt werden, damit eine *Wiedervereinigung* auf Basis des bundesrepublikanischen Willens gelänge. Dass die westdeutsche, wirtschaftliche Elite die Ansichten der Regierung der BRD teilte und unterstützte, zeigt, wie sehr hier mit Hilfe von Hegemonialinteressen die deutsche Elite die Isolierung der DDR vorantrieb und das sozialistische Lager mit kapitalistischen Versprechungen zu zersetzen versuchte. Alles mit dem Ziel, die DDR in die BRD zu überführen.

Neben den handelspolitischen Entscheidungen setzte die BRD auch auf Abkommen mit Osteuropa, die den Verzicht auf Gewaltlosigkeit, sowie die Herstellung von Atomwaffen vorsahen. Die sogenannte Friedensnote aus dem Jahr 1966 schloss alle osteuropäischen und sozialistischen Staaten ein, mit Ausnahme der DDR – auch hier kam es erneut zu ihrer Negierung. Es zeigen sich darin die zwei wesentlichen Konzepte der neuen Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre. Kiesinger sagte dazu:

„(...) [E]in wiedervereinigtes Deutschland hat eine kritische Größenordnung: Es ist zu groß, um in der Balance der Kräfte keine Rolle zu spielen, und zu klein, um die Kräfte um sich herum selbst im Gleichgewicht zu halten. Es ist daher in der Tat nur schwer vorstellbar, dass sich ganz Deutschland bei einer Fortdauer der gegenwärtigen politischen Struktur in Europa der einen oder der anderen Seite ohne weiteres zugesellen könnte. Eben darum kann man das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozess der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa.“ [10]

Hier zeigt sich, dass die BRD eine Wiedervereinigung nur dann forcieren wollte, wenn es eine Entspannung zu den anderen Mitgliedern des Warschauer Paktes gäbe. Ein weiterer Hegemonialer Schritt in der Ostpolitik der BRD war die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze [11]

– den Vertriebenenverbänden in der BRD wurde damit verdeutlicht, dass keine deutschen Gebiete von Polen zurückgefordert werden würden. Als Zeichen der Anerkennung der Grenze sind der Besuch Willy Brandts in Polen mit seinem berühmten Kniefall, sowie der Abschluss des Grundlagenvertrages von 1972, anzusehen.

Bis Ende der 1970er Jahre führte die BRD die Politik der Entspannung fort, um einerseits mehr Einfluss auf sozialistische Staaten zu gewinnen, die Macht der Sowjetunion zu beschneiden und somit einen möglichen Überschwappen des Sozialismus auf die BRD zu verringern. Durch die Ölkrise 1973 schuf die BRD mithilfe Frankreichs die Plattform wirtschaftlicher Zusammenarbeit – heute G7 bzw. G8. Ebenfalls nach 1974 wurde unter Beteiligung der BRD der Europarat gegründet, ein europäisches Parlament und das erste europäische Währungssystem geschaffen – allesamt Vorläufer der EU.

Diese Politik wurde Ende der 1970er Jahre infrage gestellt, als eine Verschiebung der Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion auf die Staaten des Trikonts geschah. Die Ostpolitik der BRD wurde nunmehr auch weltpolitisch gesehen.

KONTINUITÄT UNTER KOHL BIS ZUR WENDE

Der Status Quo war Ende der 1970er Jahre wackelig geworden, denn sowohl die USA, als auch die Sowjetunion versuchten, Macht im globalen Süden zu erlangen. Zeitgleich nahm die Aufrüstung im atomaren Bereich zu. Mit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler der BRD, wurde die Politik der Entspannung und Handelspolitik mit den sozialistischen Staaten nicht geändert. Es wurde gar eine Kontinuität hergestellt. Diese bestand in der Personalie des Außenpolitikers Hans-Dietrich Genscher. Gemeinsam mit Helmut Schmidt trieb Genscher bekanntlich den NATO-Doppelbeschluss [12]

»SO WURDE DIE DDR ZWAR (...) ALS HANDELSPARTNER GESEHEN, NICHT ABER ALS EIGENSTÄNDIGER STAAT. DIE BUNDESDEUTSCHE LOSUNG BLIEB WEITERHIN: ‚EINHEIT DURCH FREIHEIT‘.«

voran. Auch wenn am Anfang der 1980er Jahre die Friedensbewegung dagegen mobilisierte und die Linken in der Sozialdemokratie davon abrücken wollten, hielt die neue Regierung der BRD an dem Beschluss fest. Das Festhalten an der transatlantischen Sicherheitsallianz, gemeint ist die NATO, sei der „Kernpunkt der Staatsräson“ [13]. Zu dieser Staatsräson gehörte ebenfalls die angebliche Friedenspolitik mit den sozialistischen Staaten – nach wie vor ohne DDR – beizubehalten.

Um jedoch Druck und Einfluss ausüben zu können, beschloss die BRD 1983 die Stationierung von Lang- und Mittelstreckenwaffen der NATO auf ihrem Staatsgebiet. Hier wurden kritische Stimmen der Öffentlichkeit innerhalb der BRD einfach ignoriert. Grund war das Bedürfnis der BRD der NATO ihre Bündnistreue zu versichern. Die NATO brauchte die Kohl-Regierung und die wirtschaftlichen Eliten, um weiterhin aktiv an der Zersetzung des sozialistischen Lagers zu arbeiten, um durch neue Absatzmärkte in Osteuropa wirtschaftliche Vorteile innerhalb Europas zu erlangen. Denn die CDU/CSU war nie Freundin der Entspannungspolitik. Doch die Kohl'sche Regierung betonte stets, dass geschlossene Verträge einzuhalten seien.

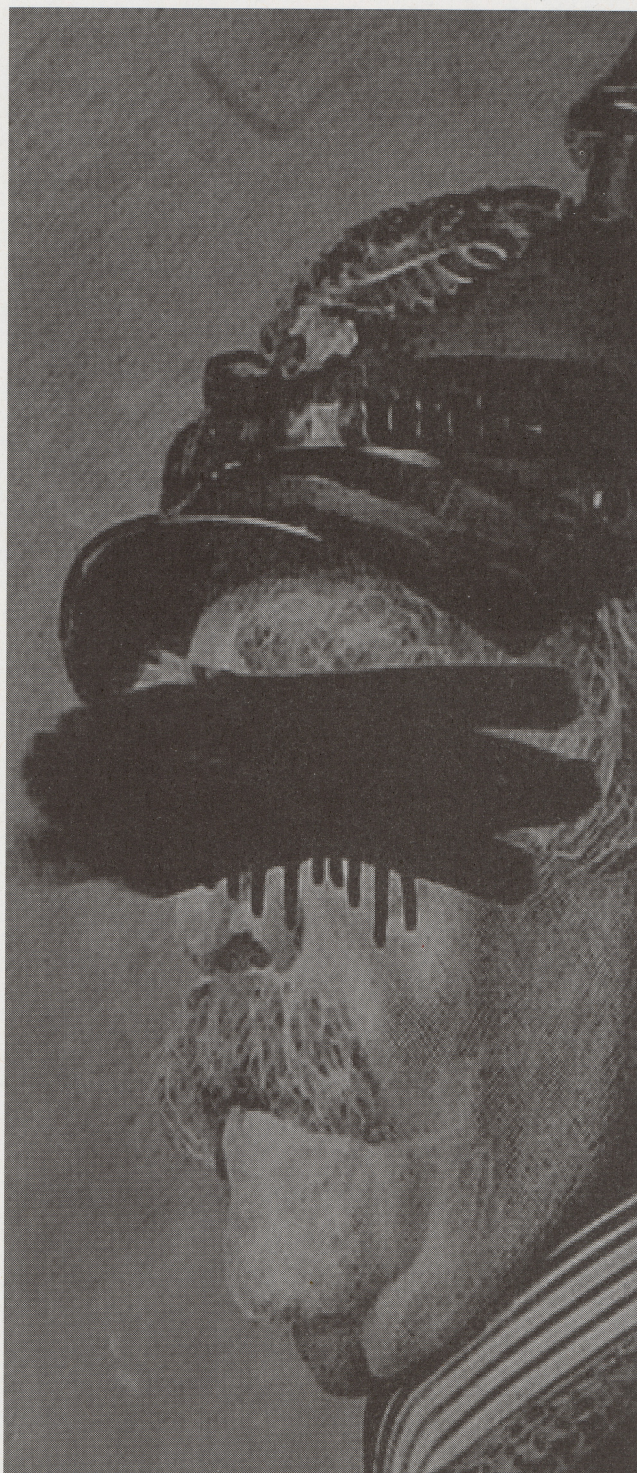
So wurde die DDR zwar mittlerweile als Handelspartner gesehen, nicht aber als eigenständiger Staat. Die bundesdeutsche Losung blieb weiterhin: „Einheit durch Freiheit“. Um der DDR eine Westanbindung zu verschönern, gestattete die BRD 1983 und 1984 Kredite in Milliardenhöhe [14]. Diese Kredite zum Aufbau

der Wirtschaft wurden nur unter der Bedingung vergeben, dass die DDR eine Lockerung der Zügel seitens der SED-Politik zusagte. Hier wurde die DDR gezwungen, eine ihrerseits notwendige Aufrechterhaltung von Kontrollen an der innerdeutschen Grenze zu lockern, mehr Ausreisegenehmigungen zu erteilen und auch die Mindesthöhe des Umtauschs von DM zur Mark der DDR zu reduzieren. Der Grund war einzig und allein, dass die (West-)Deutschen sich dem Kurs der weiteren hegemonialen und entbürokratisierenden Bestrebung [15] annahmen, um die deutsche und nationale Frage ins Bewusstsein heben zu können. Auch hier zielte alles auf die Beseitigung der DDR und den Anspruch der BRD, alleiniger rechtmäßiger Nachfolger des NS-Staates zu sein.

Der erste Empfang eines DDR-Staatsoberhauptes 1987 wurde zwar von Kohl mit allen protokollarischen Ehren für Staatsgäste begangen, Kohl aber machte unmissverständlich und deutlich den Alleinvertretungs-Anspruch bei seiner Rede im Godesberger Redoute klar: „Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser Ziel. Wir stehen zu diesem Verfassungsauftrag, und wir haben keinen Zweifel, dass dies dem Wunsch und Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland entspricht.“ [16]

In den Jahren 1988 und 1989 widersprach die BRD zwar förmlich der Idee eines mitteleuropäischen Sicherheitssystems, bekannte sich aber weiterhin zur NATO. Gleichzeitig suchte sie weiterhin Kontakt zur Sowjetunion, wo jetzt Michail Gorbatschow Vorsitzender der KPdSU war. Eines der wichtigsten Verhandlungsergebnisse der BRD war es, dass die Sowjetunion die Sinatra-Doktrin erließ. [17] So ist nicht verwunderlich, dass durch die Jahrzehntelange Zersetzungstaktik im Bereich der Handels- und Außenpolitik der BRD gegenüber sozialistischen Staaten, diese enorm unter Druck gerieten, da sowohl die westlichen Medien, als auch die Po-

litik den Führungsstil der Kommunistischen Parteien angriffen. Bei den Montagsdemonstrationen in der DDR wurde nicht zwangsläufig eine Vereinigung beider deutscher Staaten gefordert, auch wenn es diese Stimmen durchaus gab. Vielmehr ging es Vielen darum, den Sozialismus in der DDR zu reformieren. So war es 1990 ein Leichtes seitens der BRD, die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass die DDR am Ende sei und diese sich der BRD anzuschließen habe.



FAZIT

Seit Gründung der BRD und DDR im Jahr 1949 arbeiteten sowohl die BRD-Regierungen, als auch die westdeutschen wirtschaftlichen Eliten daran, die BRD als den deutschen Kernstaat zu definieren und eine andere Möglichkeit, als die der Westanbindung auszuschließen. Ebenfalls wurde von vornherein versucht, den Aufbau eines sozialistischen Staates – gemeint ist die DDR – zu unterbinden und gegebenenfalls in die Isolation zu treiben. Das alles mit dem Ziel, die DDR-Gebiete unter Kontrolle der BRD und des kapitalistischen Systems zu bringen.

QUELLEN & ANMERKUNGEN

[1] In den Grenzen von 1937, das heißt ohne die sogenannten Ostgebiete.

[2] Ein strikter Antikommunismus prägte die Politik der McCarthy Ära ab 1947.

[3] Vgl. hierzu Sandkuhler, Thomas (2002); Europäische Integration: Deutsche Hegemonialpolitik Gegenüber Westeuropa 1920 – 1960; in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Band 18.

[4] Vgl. Pfetsch, Frank R. (1981): Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1980, S. 126.

[5] Grund hierfür ist, dass die wirtschaftliche Leistung der USA am Limit ist und nicht alle wichtigen Güter für Europa herstellen kann.

[6] Vgl. Ersil, Wilhelm. Hrsg. vom Inst. für Internat. Beziehungen an d. DASR, Potsdam-Babelsberg (1972): BRD-Politik im Spannungsfeld imperialistischer Widersprüche, S.19.

[7] Vgl. Ersil, Wilhelm; Hrsg. vom Inst. für Internat. Beziehungen an d. DASR, Potsdam-Babelsberg (1972): BRD-Politik im Spannungsfeld imperialistischer Widersprüche, S.19.

[8] Diese regelte den Abbruch diplomatischer Beziehungen oder Repression gegen dritte Staaten, die diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen wollten oder pflegten.

Angefangen mit einer Politik der systematischen Delegitimation in den 1950er Jahren, über die Entspannungspolitik und Einbindung sozialistischer Staaten (1965-1982) in den Handel mit der BRD versuchte diese, sowohl die Sowjetunion dazu zu bewegen, die DDR fallen zu lassen und abzutreten, als auch die DDR selbst in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Abschließend darf nicht die Episode der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (1982-1990) vergessen werden, welche eine weitere Westintegration beförderte, aber gleichzeitig eine Vermittlerrolle übernahm, um die BRD zu stärken, die Sowjetunion und den Warschauer Pakt aber nachhaltig zu schwächen.

[9] Gründe für mögliche Unterbrechung sind „Grenzkontrollen“, Abschneidung der Versorgungswege über Land und Wasser, sowie Einschränkungen des Luftverkehrs.

[10] Zit. nach Bender, Peter (1972): Die Ostpolitik Willy Brandts, S.34.

[11] Dies bedeutete die Anerkennung Polens als souveränen Staat.

[12] Dieser regelte die Stationierung von Waffen auf dem Gebiet der BRD und Verhandlungen zur Abrüstung zwischen Sowjetunion und USA.

[13] Kronenberg, Volker, 07.12.2009: Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990. Zugriff am 30.09.2019 unter <https://www.bpb.de/izpb/7892/grundzuege-deutscher-aussenpolitik-1949-1990?p=all>

[14] Auch Bekannt als Milliardenkredite.

[15] Schaffung von supranationalen Gremien innerhalb Europas. EVG, EGKS etc.

[16] Hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III, Band 5 (1987). Bonn 1988. S. 194-199.

[17] Die Vereinbarung regelte, dass jeder Staat im Warschauer Pakt selbstständig über dessen weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung entscheiden konnte.

DIE „DEUTSCHE FRAGE“: BRD-IMPERIALISMUS IN EUROPA

VON JÖRG KRONAUER (GERMAN FOREIGN POLICY)

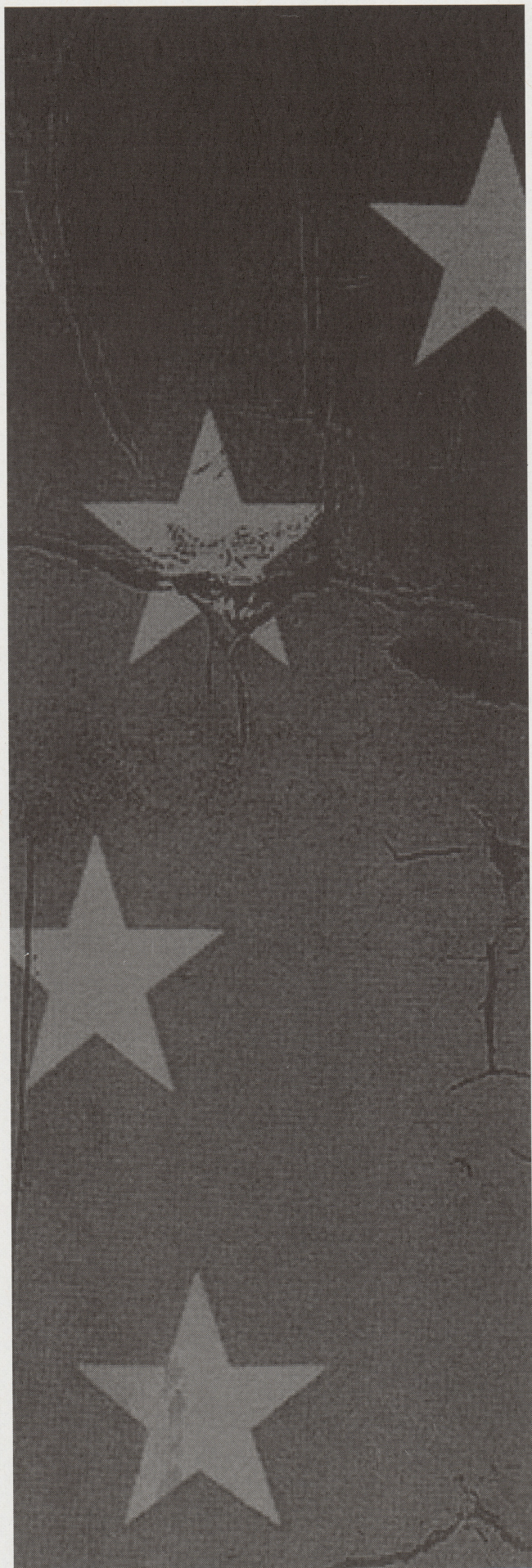
„Die neue deutsche Frage“: Unter diesem Titel beleuchtete Robert Kagan, ein prominenter US-Neocon, im April 2019 in der US-Zeitschrift *Foreign Affairs* die aktuelle Entwicklung in Europa. Auf dem alten Kontinent sei eine Lage entstanden, urteilte der außenpolitisch einflussreiche Publizist, die zumindest in ökonomischer Hinsicht deutlich sichtbare Parallelen zum Europa nach der Reichseinigung des Jahres 1871 zeige. Sei damals mit dem Deutschen Reich eine Macht entstanden, die stärker als alle anderen gewesen sei und sich nicht habe ausbalancieren lassen, so könne man heute auf ökonomischer Ebene eine vergleichbare Entwicklung diagnostizieren: In der Eurokrise sei die wirtschaftliche Dominanz der Bundesrepublik, gegen die sich heute kein anderes Land behaupten könne, völlig offen zutage getreten. Berlin habe damals „dem Rest Europas“ seine Austeritätspolitik „aufgezwungen“ und sich damit viele Feinde gemacht; gelegentlich sei jenseits der deutschen Grenzen offen „über eine gemeinsame antideutsche Front“ debattiert worden. Die lange erledigt geglaubte „deutsche Frage“ – sie sei, warnte Kagan, wieder ein heiß diskutiertes Thema in der EU.

Offiziell wird in der EU und besonders in Deutschland die kontinentale Integration bis heute als außerordentlicher Fortschritt gepriesen. Für die Bundesrepublik ist sie das in der Tat. Bereits die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 ist für die noch junge Bundesrepublik ein besonderer Glücksfall gewesen – und zwar aus strategischen Gründen. Zum damaligen Zeitpunkt mögen der Ausbau der Zusammenarbeit mit den erst kurz zuvor okkupierten Nachbarländern und der enge Zusammenschluss gegen

den Systemfeind im Osten in der allgemeinen Wahrnehmung deutlich im Vordergrund gestanden haben; in historischer Perspektive lässt sich jedoch konstatieren, dass die EWG der Kern für etwas war, was die deutsche Politik bereits seit mehr als einem Jahrhundert angestrebt hatte – die ökonomische Integration großer Teile des europäischen Kontinents.

Schon in den 1840er Jahren hatte der vielzitierte „Vater der deutschen Nationalökonomie“, Friedrich List, dafür geworben, die kontinentaleuropäischen Länder wirtschaftlich eng miteinander zu verbinden, um die Expansionschancen des deutschen Kapitals zu verbessern, sowie auf lange Sicht einen Machtblock zu schaffen, der es zunächst mit dem britischen Weltreich, perspektivisch dann auch mit den damals erst aufstrebenden Vereinigten Staaten aufnehmen könne. Zu den Kriegszielen des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg gehörte später, so formulierte es Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1914 in seinem vielzitierten „Septemberprogramm“, „die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes“. Im NS-Reich spielten Pläne für einen europäischen Wirtschafts- und Machtblock

»DABEI HATTEN DIE BUNDESDEUTSCHEN ELITEN SCHON RECHT FRÜH DAS EHRGEIZIGE ZIEL IM BLICK, SICH ÜBER DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION WELTPOLITISCH ZU BETÄTIGEN.«



ebenfalls eine wichtige Rolle.

Mit der EWG-Gründung wurde der Bundesrepublik die lange ersehnte kontinentale Integration wenn schon nicht in die Wiege, so doch immerhin auf den Kindergeburtstagsstisch gelegt. Von nun an konnte Bonn Schritt für Schritt daran gehen, seine wirtschaftliche wie auch politische Macht in dem neuen Staatenkartell zu konsolidieren. Dabei hatten die bundesdeutschen Eliten schon recht früh das ehrgeizige Ziel im Blick, sich über die europäische Integration weltpolitisch zu betätigen. Nur ein „vereinigtes Europa“ könne „die Position einer eigenständigen Macht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einnehmen“, schrieb im Jahr 1966 der vormalige Bonner Verteidigungs- und künftige Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, der bei dieser Gelegenheit auch für „ein europäisches Atomwaffenpotenzial“ plädierte. Nicht zufällig setzte sich Strauß dafür ein, in der EWG einen Luft- und Raumfahrtkonzern zu schaffen, der fähig war, mit US-Firmen zu konkurrieren: Ohne ein Spitzenunternehmen in dieser zentralen Branche schien ein Aufstieg zur Weltmacht undenkbar. Am Ende der Bemühungen des CSU-Politikers stand Airbus - aus der Perspektive bundesdeutscher Strategen ein wichtiger Erfolg.

War die alte Bundesrepublik in der EWG und dann in der EG (Europäische Gemeinschaft) auf wirtschaftlichem Gebiet schon bald führend, so verschoben sich im Jahr 1990 auch die politischen Kräfteverhältnisse klar zu ihren Gunsten. Die Übernahme der DDR vergrößerte Territorium und Bevölkerung der Bundesrepublik und verstärkte damit ihr politisches und ökonomisches Gewicht. Vor allem aber öffnete sie die Länder Ost- und Südosteuropas dem Zugriff deutscher Konzerne. Binnen kaum eines Jahrzehnts stieg die Bundesrepublik zum größten Investor und zum größten Handelspartner der meisten Staaten Ost- und Südosteuropas auf. Die Nutzung besonders der Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) als Standorte zur Niedriglohnproduktion kam nicht nur, aber doch vor allem der deutschen Wirtschaft zugute, insbesondere auch nach der Ost-



erweiterung der EU. Ihre bereits zuvor führende ökonomische Stellung in der Union hat die deutsche Industrie damit noch weiter zementiert.

Politisch folgenreich für die Binnenverhältnisse in der EU sind in den 1990er Jahren die Kriege im zerfallenden Jugoslawien gewesen. Die zentrifugalen Kräfte, die den Staat in den Zusammenbruch trieben, hatten diverse innere Ursachen, darunter nicht zuletzt das ökonomische Gefälle zwischen den verschiedenen Landesteilen. Sie sind allerdings stets von außen befeuert worden, und zwar vor allem aus der Bundesrepublik. Die Unterstützung aus Bonn für kroatische Nationalisten etwa, die sich bald zu harten Separatisten entwickelten, reicht letztlich bis in die 1960er Jahre zurück. In den 1990er Jahren konnten sich sogar politische Nachfahren der alten Ustascha-Faschisten bei ihren Bemühungen, Kroatien von Serbien abzuspalten, auf konsequente Hilfe der Bundesregierung verlassen. Das Ende Jugoslawiens war für Bonn nicht nur deswegen nützlich, weil damit ein ökonomisch vergleichsweise starker Staat von der Landkarte verschwand, der den

BRD-Bemühungen um die „Neuordnung“ Südosteuropas einigen Widerstand hätte entgegenzusetzen können. Vorteilhaft war auch, dass aus der Erbmasse Jugoslawiens vor allem mit Kroatien ein traditioneller Verbündeter Deutschlands als eigenständiger Staat hervorging, während Serbien - traditionell eher Russland und Frankreich nahestehend - massiv an Einfluss verlor. Im Verlauf der 1990er Jahre ist es Bonn nicht zuletzt gelungen, die EU insgesamt in Südosteuropa außenpolitisch auf seine Linie festzulegen; Widerstände in Großbritannien und Frankreich gegen die enge Kooperation mit Kroatien und die harte Konfrontation mit Serbien hat es erbittert bekämpft und letztlich besiegt. Die Bundesrepublik ging aus den Machtkämpfen gestärkt hervor, Frankreich und Großbritannien wurden durch sie hingegen auf dem europäischen Kontinent geschwächt.

Nicht, dass damit die außenpolitischen Machtkämpfe zwischen den Hauptmächten der EU beendet gewesen wären - im Gegenteil. Frankreich etwa hat immer wieder versucht, nach seiner Niederlage in Südosteuropa die Außenaktivitäten der Union in Richtung auf

seine Ex-Kolonien in Afrika, die *Françafrique*, umzuleiten. Diesem Ziel dienten die Bemühungen von Präsident Nicolas Sarkozy um die im Juli 2008 gegründete „Union für den Mittelmeerraum“, die freilich systematisch von der Bundesrepublik sabotiert wurden. Schon bald erfassten die innereuropäischen Rivalitäten auch die Militarisierung der EU. Die ersten großen EU-Militäreinsätze außerhalb Europas fanden 2003 und 2006 in der Demokratischen Republik Kongo statt; das Land war zwar einst belgische Kolonie, zählt aber als frankophones Land dennoch zum unmittelbaren französischen Interessengebiet.

Das ist wohl auch der Grund dafür gewesen, dass die Bundesrepublik in beiden Fällen – erfolgreich – darauf drang, den jeweiligen Einsatz pünktlich nach einem halben Jahr zu beenden; für westliche Interventionen ist das, vorsichtig formuliert, ungewöhnlich. Innereuropäischer Streit darüber, in wessen Interessensphäre man intervenieren solle, ist letztlich auch die Ursache dafür gewesen, dass die seit 2007 in vollem Umfang einsatzbereiten EU-Battlegroups bis heute nicht eingesetzt wurden. Selbst die aktuelle Militarisierung der Union geschieht auf zwei Pfaden: Berlin betätigt sich führend bei PESCO, einem Projekt, das die Streitkräfte der Mitgliedstaaten durch gemeinsame Projekte an der militärischen Basis verzahnt und nach aktuellen Planungen ab etwa 2030 einsatzbereite Streitkräfte hervorbringen wird; Paris wiederum setzt auf die Initiative *européenne d'intervention*, die vorsieht, ohne umfangreiche Vorbereitungen an der militärischen Basis gemeinsame Lageanalysen und Einsatzpläne auszuarbeiten – und bei Bedarf umstandslos in den Einsatz zu ziehen: *learning by doing*, sozusagen.

In den teils heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Hauptmächten der EU hat Deutschland einen wichtigen Vorteil, den es der rot-grünen Agenda 2010 und der Eurokrise verdankt. Die Agenda 2010 hat dazu geführt, dass in der Bundesrepublik als einzigem EU-Land in den 2000er Jahren die Reallöhne sanken. Umgekehrt gelang deutschen Konzernen damit, woran die Industrie aus anderen Staaten der

Union scheiterte: Sie konnten ihre Produktionskosten massiv senken und sich damit einen klaren Konkurrenzvorteil verschaffen. In anderen Ländern, etwa in Italien und Frankreich, scheiterte dies am entschlossenen Widerstand der Lohnabhängigen.

Die Folge: Deutsche Unternehmen weiteten ihre Exporte etwa nach Frankreich beträchtlich aus, während die dortige Wirtschaft zurückfiel und zu kriseln begann. Mit der Eurokrise spitzte sich die Lage seit 2010 dramatisch zu. Im Konflikt darum, wie man die Krise bekämpfen solle, setzte sich rasch die Bundesrepublik durch, deren Austeritätspolitik jetzt für alle Eurostaaten verpflichtend wurde. Die Austerität hat die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich und Italien erheblich geschädigt. Zu der dramatischen Entwicklung für die Bevölkerung, die sich aus den Kürzungen ergab, kam noch hinzu, dass etwa Frankreich und Italien machtpolitisch immer noch weiter hinter Deutschland zurückfielen. Bereits Anfang 2011 hieß es in einem programmatischen Beitrag in der Zeitschrift „Internationale Politik“, dem führenden Außenpolitik-Fachblatt der Bundesrepublik, die deutsche Kanzlerin sei im Verlauf der Eurokrise zur „EU-Kanzlerin“ geworden; Frankreichs Präsidenten komme hingegen allenfalls „die Rolle des Vizekanzlers“ zu.

»DIE „DEUTSCHE FRAGE“ (...) ÜBER SIE WIRD NICHT NUR ERNEUT DISKUTIERT, SIE LÖST LÄNGST AUCH WIEDER ERBITTERTE KÄMPFE AUS. FREILICH - NOCH - IM RAHMEN DER EU.«

Hat die Bundesrepublik ihre wirtschaftliche Dominanz damit auch in eine politische Vormacht transformieren können, so geben sich damit zahlreiche andere EU-Staaten nicht zufrieden. So hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach einem gegenüber Berlin sehr

kooperativen Beginn seiner Präsidentschaft Anfang 2019 begonnen, energisch für die Durchsetzung französischer Interessen in der EU zu kämpfen - insbesondere auch gegen widerstrebende deutsche Strategien. Ein Paukenschlag war, dass Macron im Februar 2019 der Pipeline Nord Stream 2, einem zentralen Projekt der deutschen Energiepolitik, in den EU-Gremien Frankreichs Unterstützung entzog. Der Machtkampf zwischen Berlin und Paris ist seitdem wieder in vollem Gang. Großbritannien, dessen Eliten ihre Interessen in Brüssel teil-

weise nicht mehr angemessen berücksichtigt fanden, steckt in einem gewaltigen Konflikt um den Austritt aus der Union. Auch einige kleinere Staaten, die sich von den großen Mächten übergangen sehen, treten immer widerspenstiger auf - Polen und Ungarn vor allem. Teile der italienischen Eliten widersetzen sich deutschen Konzepten erbittert. Die „deutsche Frage“, von der Kagan schrieb - über sie wird nicht nur erneut diskutiert, sie löst längst auch wieder erbitterte Kämpfe aus. Freilich - noch - im Rahmen der EU.



DEUTSCH-TÜRKISCHE UNTIEFEN

ZUR STRATEGISCHEN ZUSAMMENARBEIT DES BRD-IMPERIALISMUS MIT DER TÜRKEI UND IHRE WIDERSPRÜCHE

VON ALP KAYSERILIOĞLU (RE:VOLT MAGAZINE)

Noch vorletztes Jahr lieferten sich die türkische Regierung und die EU spektakuläre Wortgefechte. Anlass waren die Absagen von Wahlauftritten für AKP-Minister*innen und andere hochrangige AKP-Mitglieder in den Niederlanden und in Deutschland seitens der jeweiligen staatlichen Institutionen. Daraufhin hielt es Erdoğan für nötig, der Niederlande eine „neonazistische Gesinnung“, Staatsterrorismus und Beteiligung an Völkermord vorzuwerfen, Merkel hielt er entgegen: „Du benutzt gerade Nazi-Methoden“. Den Niederlanden wurde mit Sanktionen gedroht, die AKP-Jugend erstach unter „faschistisches Holland!“-Rufen Orangen mit Buttermessern und trank rachedürstend den mit wahrlich beeindruckender Kraft ausgepressten Saft [1], die Revolverpresse titelte: „Ihr kämpft umsonst. Eure Macht reicht nicht, um die Türkei aufzuhalten“. [2]

Die Reaktionen auf europäischer Seite waren ungleich schärfer, als bisher gewohnt: Der niederländische Premier Rutte lehnte rigoros eine Entschuldigung und die Aufnahme von Verhandlungen bei Fortsetzung der Beleidigungen von seitens der Türkei ab, Gabriel und Steinmeier forderten ein sofortiges Ende der unsäglichen Nazi-Vergleiche, Merkel kündigte weitere Auftrittsverbote an. Dänemark sagte einen Auftritt des türkischen Premiers Yıldırım ab, der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn strich einen Teil der EU-Fonds für die Türkei und äußerte Zweifel an der Fortsetzung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Auf diese Reaktionen der europäischen Seite reagierten wiederum hochrangige AKP-

Mitglieder und Minister*innen in der von ihnen gewohnten Manier. Und so ging es eine Zeit lang munter weiter.

DIE PROPAGANDA UND TATEN DES FÜHRERS

Diese letztlich weitestgehend auf verbaler Ebene gebliebene Auseinandersetzung zwischen der Türkei und der EU war nichts Neues. Ihr Beginn lässt sich auf spätestens 2013 datieren. Wie bekannt, gingen damals mit dem Juni- oder Gezi-Aufstand Millionen von Menschen gegen das autoritäre Regime in der Türkei auf die Straßen. Die AKP-Herrschaft geriet ordentlich ins Wanken, ihr gesamter Zauber, ihr Glanz und ihre Überzeugungskraft verflogen wie ein vorübergehendes Schattenspiel. Es zeigte sich offen das hässliche Gesicht (und die Keule) der Gewaltherrschaft. Die Ereignisse der darauffolgenden Jahre zeigten zur Genüge, dass die AKP die türkische Gesellschaft nicht mehr mit demokratischen Mitteln führen konnte, und dass ihr die durch demokratische Mittel hervorbrachte Legitimation wegbrach.

Das Ende der AKP-Herrschaft war absehbar, sollten weiterhin die Spielregeln der Demokratie gelten. Ergo wurden diese von Seiten der AKP abgeschafft. Im zumeist kurdischen Südosten der Türkei wurde ein unglaublich brutaler Vernichtungskrieg gegenüber der kurdischen Bevölkerung und kurdischen Militanten entfesselt. Am Ende waren über ein Dutzend Städte großteils dem Erdboden gleichgemacht. Eine Furie der Repression und eine rasante Schlie-

Bung des öffentlichen Raumes für oppositionelle Politik und Meinung, also eine *Faschisierung*, setzten ein. Und spätestens seit dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016 wird ganz offen nach dem Schmittschen Paradigma regiert: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“ Und zum absoluten Souverän, dazu hält sich Erdoğan berufen, der von seinen Anhängern mittlerweile offen als FÜHRER, REIS im Türkischen, verehrt wird (Großschreibung im *Original*).

Auf der diskursiven Ebene der politischen Propaganda wurden die mittlerweile klassischen Begriffe moderner Feindbildung lanciert: Der Terrorismus, die Zinslobby, die Auslandsmächte, die dunklen Kräfte und andere ähnliche Begriffe. Das bundesdeutsche Feindstrafrecht und der US-amerikanische *War on Terror* hatten ja vorgemacht, wie man den Gebrauch solcher Begriffe institutionalisieren und damit Angriffskriege und rechtliche Ungleichbehandlung rechtfertigen konnte. Je nach politischer Konjunktur fielen, auf die Außenpolitik bezogen, mal China, mal Russland und vor allem recht oft die Bundesrepublik in die Kategorie der dunklen Kräfte/Auslandsmächte. Mal hieß es, Deutschland habe Gezi angefacht, das nächste Mal hieß es, Deutschland beschütze Terroristen, die der Türkei schädigen würden. Nun hieß es zur Abwechslung, Deutschland würde „Nazi-Methoden“ anwenden. Aus europäischer Perspektive stellten hingegen die Ereignisse ab 2013 und vor allem seit 2016 gewissermaßen *endgültig* klar, dass die Türkei nicht wirklich zu Europa gehörte, zumindest die *europäischen Werte* nicht genügend vertrete, ja sogar mit Füßen trete.

**» ES GIBT SEHR REALE INTERESSEN (...)
DER BRD AN EINER ZUSAMMENARBEIT
MIT DER TÜRKEI. UND BISHER ENTSPRACH
DAS HANDELN DER TÜRKEI (...) AUCH
WEITESTGEHEND DIESEN INTERESSEN. «**

STRATEGISCHE ZUSAMMENARBEIT...

In den zwei Jahren seit dem medialen und spektakulären Hochkochen des *Türkei-EU-Konfliktes* ist nicht viel übriggeblieben, außer der ab und an geäußerten Besorgnis' über die erodierenden Demokratiestandards in der Türkei. Zwischenzeitlich hat Sigmar Gabriel in unterwürfiger Manier Tee getrunken mit seinem türkischen Amtskollegen Çavuşoğlu, der damalige Ministerpräsident der Türkei, Yildirim, hat die Normalisierungen der Beziehungen zur BRD nach einem Treffen mit Merkel angekündigt und Erdoğan ist doch wieder in Deutschland aufgetreten, hat sich mit Merkel getroffen und lächelnd vor Kameras Hände geschüttelt trotz „tiefergehender Differenzen“.

Warum aber ist die EU und insbesondere Deutschland so zaghaft im Umgang mit der Türkei, wenn die Türkei doch angeblich alle *demokratischen Werte* mit den Füßen tritt?

Es gibt sehr reale Interessen seitens europäischer Staaten und insbesondere der BRD an einer Zusammenarbeit mit der Türkei. Und bisher entsprach das Handeln der Türkei beziehungsweise der türkischen Regierung auch weitestgehend diesen Interessen. Wenn man sich Publikationen und Äußerungen deutscher Eliten in Wirtschaft und Politik anschaut – zum Beispiel in Publikationen der SWP und der KAS oder vonseiten der DIHK – kann man resümierend festhalten: Die Türkei wird als langfristig erfolgsversprechender Investitionsort und Exportmarkt gesehen, von dem Deutschland als Handelspartner Nummer Eins insbesondere durch Milliarden-Investitionen im Verkehrs- und Energiesektor profitieren könne (KAS). [3] Die deutsche Wirtschaft ist in der Tat seit den 1970ern in der Türkei aktiv und mittlerweile operieren dort über 6000 deutsche Firmen und erfreuen sich der wirtschaftsfreundlichen Politik der AKP – „ein klarer Beweis unseres starken Interesses an einem guten Verhältnis unserer beider Länder“,



so DIHK-Chef Martin Wansleben 2017. [4] Die sich verschlechternden Beziehungen auf oberflächlicher politischer Ebene standen trotz der Erwähnung von deutschen Unternehmen auf einer semi-offiziellen *Terrorliste* nicht im Wege, als Siemens gemeinsam mit türkischen Partnern einen der größten Aufträge für Windenergie mit einem Investitionsumfang von einer Milliarde US-Dollar gewann. [5] Im Jahr darauf profitierte erneut Siemens von einer geschichtsträchtigen Kontinuität: Bundeswirtschaftsminister Altmaier (CDU) reiste extra in die Türkei, um den Auftrag für die Modernisierung der zu Zeiten der Baghdad-Bahn gebauten Eisenbahnschienen mit einem Investitionsumfang von sagenhaften 35 Milliarden Euro für Siemens zu garantieren. [6] Schon vor über hundert Jahren war Siemens am Bau der Baghdad-Bahn mit tatkräftiger Unterstützung von Kaiser Wilhelm II. beteiligt, alles im damals noch sehr unverblümt geäußerten Interesse des deutschen Imperialismus:

„Einzig und allein eine politisch und militärisch starke Türkei ermöglicht es uns, dafür zu sorgen, dass die großen Aussichten, welche sich in den Ländern am Euphrat und Tigris für die Vergrößerung unseres Nationalvermögens und die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Bilanz bieten, auch wirklich mit einiger Sicherheit in die Sphäre der realen Existenz übergehen können. Für eine schwache Türkei keinen Pfennig, für eine für eine starke, soviel nur irgend gewünscht wird“

So 1902 der deutsche Kolonialstratege Paul Rohrbach in seinem Buch *Die Baghdad-Bahn – Vom deutschen Weg zur Weltgeltung*. [7] Osmanischer Kriegseintritt unter deutschem Oberkommando und deutsche Toleranz und in Teilen aktive Zuarbeit beim Armenischen Genozid folgten. [8]

Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, hält in der oben zitierten KAS-Broschüre – bei weitem nicht mehr so unverblümt wie einst, sondern zivilisierter, das heißt verschleierte – fest, dass 100-jährige politische und wirtschaftliche Banden die Türkei und Deutschland zusammenhielten, und dass die Türkei ein zentraler Akteur und Stabilitätsanker sowie „unser verlässlichster Partner in der Region“ nach Israel sei, sowie die Diversifizierung der Energielieferungen an Deutschland ermögliche. [9] Die Türkei ist also aus europäischer Perspektive eine „Brücke in den Nahen Osten, in den Kaukasus und indirekt auch nach Zentralasien“ [10]. Die NATO und die EU sind dabei die zwei hauptsächlichen internationalen Institutionen, die die Türkei an den Westen binden, so ganz richtig der außenpolitische Hauptstadtkorrespondent von *Die Zeit*, Michael Thumann. [11]

Bei dieser Interessenlage und einer solchen strategischen Zusammenarbeit ist man natürlich auch gern zu Zugeständnissen bereit, wo es um Demokratie, Menschenrechte und ähnliche profane Dinge geht. Der Bundesinnenminister de Maizière verewigte sich in dieser Angelegenheit am 25. Januar 2016 mit folgenden Worten: „Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich mal, jetzt das nicht fortzusetzen. Wir haben einen Interessensausgleich mit der Türkei vor uns. Wir haben Interessen, die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt“. [12] Der Türkei-Korrespondent der *FAZ*, Michael Martens, brachte die Konsequenzen einer solchen Haltung in einem Artikel vom 8. November 2016 viel direkter und ehrlicher auf den Punkt: „Selbst wenn an Europas südöstlichen Grenzen ein Staat entstehen sollte, in dem dauerhaft und systematisch Oppositionelle gefoltert und Menschenrechte missachtet werden, wäre es notwendig, am Dialog mit dem Nato-Partner festzuhalten“. [13] Darauf, dass auch dies eine historische Tradition hat, verwies der oben erwähnte Thumann: „Die NATO hat der Putsch-Türkei 1960, 1971, 1980 und 1998 nicht die Tür gewiesen [...] und sie muss heute wegen Erdogan nicht die Nerven verlieren.“ [14]

Es sind aber nicht nur Zugeständnisse, die an eine sich faschisierende Türkei gemacht werden. Es findet auch schlicht die Fortsetzung strategischer Zusammenarbeit im sicherheitsdienstlichen und militärischen Bereich statt; diese wurde von den Wortgeplänkeln auf politischer Ebene überhaupt nicht nachteilig berührt - im Gegenteil: sie verstärkte sich. Das Vorgehen der BRD gegen die PKK oder vermeintliche PKK-Unterstützer*innen ist, entgegen der Propaganda des Regimes in der Türkei, schon seit dem PKK-Verbot 1993 kontinuierlich beinhart, wie sogar ein *FAZ*-Artikel festhält: Seit 1992/93 wurden 52 „der PKK zurechenbare“ Organisationen in der BRD verboten, 90 „PKK-Funktionäre“ verurteilt und seit 2011 nach einer Gesetzesverschärfung noch einmal 180 Ermittlungsverfahren gegen 241 Beschuldigte aufgenommen. [15] Unter Innenminister Seehofer wurde dem nur die Krone aufgesetzt: ver-

mehrte Razzien bei kurdischen Organisationen wie Civaka Azad und NAV-DEM, eine Zunahme der PKK-Verfahren um das Dreifache innerhalb eines Jahres [16], Fahnenverbote auch für die der YPG sowie letztlich die Verbote des *Mezopotamien Verlages* und *Mir-Musik*, um nur die krassesten Beispiele aufzuzählen. Gleichzeitig befinden sich Tausende Regime-Spitzel in der BRD, werden Todeslisten oppositioneller Politiker*innen angestellt und Mordtaten geplant. [17] Auch die Rüstungsgüterexporte schnellten, entgegen aller Lügen Sigmar Gabriels, in die Höhe: Im Jahre 2018 war die Türkei mit Abstand an erster Stelle, was deutsche Waffenexporte angeht, und diese machten fast 33 Prozent der gesamten bundesdeutschen Waffenexporte aus. [18]

Auch dies weist Kontinuität auf: Schon in den 1980ern und 1990ern bekam die Türkei ganze 397 Leopard-1-Panzer; allein in den Jahren von 2006 bis 2011 hingegen 354 Leopard-2-Panzer, womit die türkische Armee derzeit mehr Leopard-2-Panzer besitzt, als die Bundeswehr, wobei diese Panzerlieferungen explizit von Artikel 5 des NATO-Vertrages – Einsatz nur zur kollektiven Verteidigung – ausgenommen wurden. [19] Konsequenterweise waren diese Panzer beim Angriff auf Afrin im Frühjahr 2018 im Einsatz – einem Angriff, den sogar der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages im März 2018 als nicht dem Völkerrecht entsprechend einstufte. [20] Derselbe *Wissenschaftliche Dienst* fügte Ende 2018 in einem separaten Gutachten hinzu, dass die Präsenz der Türkei in Syrien „die Kriterien einer militärischen Besatzung“ erfülle. [21]

»ERDOĞAN UND DIE AKP WISSEN (...) DASS SICH DIE (...) MÄCHTE IN EUROPA FÜR DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE (...) NUR DANN INTERESSIEREN, WENN ES IHNEN WIRTSCHAFTLICH UND GEOSTRATEGISCH ETWAS BRINGT.«



Die Bundesregierung hingegen zeigte sich besorgt, sprach aber gleichzeitig von „legitime[n] türkische[n] Sicherheitsinteressen“. [22] Trotz alldem hat die deutsche *Rheinmetall*, gemeinsam mit dem türkischen Waffenhersteller BMC und einem malaysischen Partner und tatkräftiger Unterstützung der Bundesregierung, ein Waffengroßunternehmen mit dem Namen *Rheinmetall BMC Defence Industry (RBSS)* mit Sitz in Ankara gegründet, das laut internen Papieren einst beabsichtigte, bis zu 1000 Panzer zu einem Preis von sieben Milliarden Euro zu bauen – wobei das ganze Unternehmen in Mysterien eingehüllt ist. [23]

... UND IHRE WIDERSPRÜCHE

Erdoğan und die AKP wissen nur zu gut, dass es diese sehr realen europäischen Interessen an der Türkei gibt und dass sich die etablierten Mächte in Europa für Demokratie, Menschenrechte und dergleichen offensichtlich nur dann interessieren, wenn es ihnen wirtschaftlich und geostrategisch etwas bringt. Solange Stabilität herrscht und Erdoğan im weitesten Sinne des Wortes mit den europäischen Interessen konform geht, lässt man ihm freie Hand. Die rote Linie für EU und insbesondere Deutschland ist genau dann erreicht, wenn jenen Interessen geschadet wird.

Auf keinen Fall können westliche Großmächte, so sie denn noch etwas auf ihre eigenen weltpolitischen Machtambitionen geben, tolerieren, dass von türkischer Seite versucht wird, ein Programm zu verfolgen, das zuerst der einstige Außenminister, später Premierminister und derzeitige Renegat Ahmet Davutoğlu Anfang der 2000er Jahre entwarf. Davutoğlu glaubte, wie so viele andere, dass nach dem Ende der Sowjetunion ein Machtvakuum in der Weltordnung entstanden sei, welches die USA durch einen Alleinherrschaftsanspruch auszufüllen versuchten. Da dies nicht geklappt habe, sei die Welt nun in einem Übergang hin zu einer multipolaren Ordnung begriffen. Länder wie die Türkei könnten in dieser Übergangsperiode aufgrund ihrer *strategischen Tiefe* (historische, geographische und kulturelle Ressourcen) zu einer Regionalmacht, ja gar zur Weltmacht aufsteigen. Die ehemals wegen Putschplänen gegen die AKP inhaftierten ultranationalistischen Militärs, mit denen sich die AKP im Kampf gegen die neuen Putschmilitärs verbünden musste, beschreiben die dabei idealerweise zu verfolgende geostrategische Taktik mit solch imposanten Begriffen wie „dynamisches Gleichgewicht“ [24]:

Die Türkei könne eine relative Autonomie und Bestimmungsmacht im geostrategischen Machtgefüge erlangen, indem sie sich im



Gleichgewicht zwischen den Interessen von Russland und der USA bewege, somit von keiner der beiden Parteien abhängig sei, sondern im Gegenteil beide Parteien gegeneinander für die eigene Autonomie ausspiele. Letztlich hat auch diese Haltung eine hundertjährige Tradition: Noch wenige Tage vor dem Kriegseintritt des Osmanischen Reiches auf Seiten Deutschlands in den Ersten Weltkrieg verhandelte die jungtürkische Führung mit Russland.

Zwar sprechen die Fakten eine andere Sprache, als das beabsichtigte dynamische Gleichgewicht herzustellen: Das türkische Militär ist vollständig in die NATO integriert und von ihr abhängig, 80 Prozent des Auslandsdirektinvestitionsbestands in der Türkei kommen aus der EU und die meisten Exporte der Türkei gehen in die EU. Sprich, die Türkei ist derart in die westliche Ordnung integriert, dass sich von einem dynamischen Gleichgewicht nicht reden lässt; eine Loslösung vom Westen scheint dementsprechend nicht im nationalen Interesse der Herrschenden in der Türkei zu liegen. „Doch kann sich“, so Günther Seufert von der SWP, „der Westen nicht darauf verlassen, dass eine solche Sicht der türkischen Interessen in Anka-

ra geteilt wird“. [25] Er empfiehlt deshalb Zugeständnisse. Diese haben jedoch, wie oben ausgeführt, ihre Grenze am Eigeninteresse der EU als globalem Machtakeur und der BRD als deren Hauptmotor. Erdoğan und das derzeitige Regime in der Türkei hingegen können nicht mehr so einfach wie früher garantieren, dass sie diesen Interessen entsprechend handeln. Dafür sind sie einerseits zu sehr in die Ecke gedrängt; andererseits beschert ihnen erfolgreiche aggressive Außenpolitik große Zustimmung im Inland und bei den Eliten des Landes und entspricht bei Erfolg tatsächlich den Interessen derselben. Auch Seufert weiß oder ahnt natürlich, genauso wie der oben erwähnte Davutoğlu aus türkisch-imperialistischer Perspektive, dass das erratische und *aufmüpfige* Verhalten der Türkei nicht allein der Konjunktur nach dem gescheiterten Militärputsch 2016 entspringt, sondern seinen Grund in der veränderten Konstellation innerhalb des imperialistischen Weltsystems nach dem Ende der Sowjetunion hat: „Das Ende des Kalten Krieges hat der Türkei nicht nur in Zentralasien und auf dem Balkan neue Aktionsräume eröffnet, sondern auch im Nahen Osten. Seit dieser Zeit sucht die Türkei einerseits ihre Stellung im Nahen Osten zu stärken. Andererseits fürchtet

das Land die Folgen amerikanischer Nahostpolitik, die aus seiner Perspektive die Destabilisierung nahöstlicher Staaten zur Folge hat und dadurch den Kurden des Irak, Syriens und damit auch denen der Türkei Freiräume schafft". [26] Die Hinwendung zu Russland und Iran sieht Seufert darin begründet, die fehlgeschlagenen außenpolitischen Offensiven in Ägypten, Tunesien und Syrien mit Beginn des *Arabischen Frühlings* 2011 zumindest in einen Teilerfolg bezüglich der Verhinderung eines kurdischen Staates im Norden Syriens umzumünzen. [27]

Ist also die Türkei – noch – unentwirrbar in das westlich-imperialistische System eingebunden, so auch umgekehrt: Bei einer strategischen Hinwendung der Türkei hin zu Russland – so unwahrscheinlich das heute noch klingen mag – würde sich „das globale Machtgleichgewicht verändern“; „[o]hne oder gar gegen Ankara“ kann Europa im Nahen Osten kaum agieren. [28] Gerade deshalb ist es den politischen Eliten in Deutschland bis hinauf zu Bundeskanzlerin Merkel [29] so wichtig, die Widersprüche beider Länder nicht zu sehr eskalieren zu lassen. Andererseits bleibt auch die *Aufmüpfigkeit* und *Abwendung* der Türkei vom Westen aus eben denselben Gründen der strategischen Zusammenarbeit beschränkt: Erst kürzlich wurden wieder Militärs *gesäubert*, die keine Zusammenarbeit mit den USA in Syrien wollten, da dies eine Invasion in Rojava erst einmal verunmöglichen würde; und erst daraufhin wurde ein sehr vages Einverständnis zwischen der Türkei und den USA bezüglich der Errichtung einer *Sicherheitszone* in Nordsyrien beschlossen, obwohl die Türkei noch Anfang August kurz davor stand, eine Großoffensive in Rojava zu beginnen. [30]

» DIE WIDERSPRÜCHE ZWISCHEN DER BRD UND DER TÜRKEI GRÜNDEN ALSO IN WIDERSPRÜCHEN ZWISCHEN EINER GRÖßEREN IMPERIALISTISCHEN MACHT UND EINER KLEINEREN(...)«

Die Widersprüche zwischen der BRD und der Türkei gründen also in Widersprüchen zwischen einer größeren imperialistischen Macht und einer kleineren, in der Region subimperialistisch agierenden Macht, die zudem innenpolitische Probleme teils per außenpolitischer Offensive in den Griff zu bekommen versucht.

Weil es diese Widersprüche gibt, wird auf der Oberfläche der Politik – das heißt ohne irgendetwas an der strategischen Zusammenarbeit zu ändern – auch die *Erdoğan-Kritik* seitens der BRD aufrechterhalten, werden verfolgte Akademiker*innen mit offenen Armen aufgenommen und sogar mutmaßliche Gülen-Anhänger*innen toleriert. Diese eher auf der unmittelbaren Oberfläche des Politischen verankerte Herangehensweise dient der BRD nicht nur dazu, sich auf oberflächliche Art *die Weste rein zu halten* – denn immerhin kritisiere man ja den *bösen Diktator*.

Sie wird von der BRD selbstverständlich auch als Instrument dazu genutzt, einerseits das derzeitige Regime in der Türkei in bundesdeutschem Interesse und im Sinne der westlich orientierten Verbündeten innerhalb der Türkei zu disziplinieren; andererseits auch dazu, Teile der Eliten-internen Opposition, ob nun links oder rechts, staatlich oder zivilgesellschaftlich für sich nutzbar zu machen – im Hier und Heute, für das eigene Image wie auch für die Disziplinierung des Regimes in der Türkei, aber auch in Hinblick auf eine mögliche post-Erdoğan Türkei.

Aus anderen konkreten Gründen – aus innenpolitischem Interesse und aus subimperialistischer Perspektive heraus – aber prinzipiell mit derselben Motivation, wird die Frontstellung gegenüber BRD, EU, NATO und allgemein dem Westen gegenüber vom Regime in der Türkei aufrechterhalten. Revolutionäre Linke, insbesondere diejenigen antiimperialistischer Einstellung, sollten sich über die Interessenlage zwischen der BRD und der Türkei sowie der Natur ihrer Widersprüche keine Illusionen machen und stattdessen eine eigenständige Position entwickeln.

QUELLEN & ANMERKUNGEN

- [1] Diken, 12.03.2017: AKP'li gençlerden Hollanda protestosu: Portakal orada kal. Zugriff am 26.09.2019 unter <http://www.diken.com.tr/akpli-genclerden-hollanda-protestosu-portakal-orada-kal/>.
- [2] Sabah Avrupa, 16.03.2017: Sabah Avrupa'dan Bild'e Almanca cevap. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.sabah.com.tr/gundem/2017/03/16/sabah-avrupadan-bilde-almanca-cevap>.
- [3] Bakir, Suad [ehemaliger Geschäftsführer der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer]: Dynamische Entwicklung. Zu den deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Die Politische Meinung, Nr. 537, März/April 2016, S. 83–83. Zugriff am 26.09.2019 unter https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dverbund_doc_pdf_438_1.pdf/eef2114c-83aa-5300-184f-bd9b98d362c4?version=1.0&t=1539623935375.
- [4] Hürriyet Daily News, 16.02.2017: German companies show confidence in Turkey's future. Zugriff am 26.09.2019 unter <http://www.hurriyetaidailynews.com/german-companies-show-confidence-in-turkeys-future-----109829> [Eigene Übersetzung des Autors]; Sönmez, Mustafa, 1. August 2017: Clouds gather over Turkish-German economic ties, al-Monitor, online unter: <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/08/turkey-germany-considers-economic-sanctions.html>.
- [5] Hürriyet Daily News, 03.08.2017: Siemens and Turkish partners win billion-dollar wind energy tender. Zugriff am 26.09.2019 unter <http://www.hurriyetaidailynews.com/siemens-and-turkish-partners-win-billion-dollar-wind-energy-tender-116296>.
- [6] Traufetter, Gerald, 24.10.2018: Deutsch-türkisches Vorhaben: 35 Milliarden für eine neue Bahn – und für bessere Beziehungen. Spiegel Online. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/tuerkei-peter-altmaier-und-joe-kaeser-werben-fuer-bahnprojekt-a-1234836.html>.
- [7] Brauns, Nick: Strategische Partnerschaft. 150 Jahre deutsch-türkische Waffenbrüderschaft auf Kosten von Frieden und Demokratie, Kurdistan Report Nr. 197 Mai/Juni 2018. Zugriff am 29.09.2019 unter http://raeterepublik.de/Strategische_Partnerschaft.htm.
- [8] ebd.
- [9] Hardt, Jürgen: Gemeinsame Verantwortung, Die Politische Meinung, Nr. 537, a. a. O., S. 90 – 95.
- [10] Hähnlein, Rayk / Kaim, Markus / Seufert, Günther, Juli 2018: What if Turkey left Nato?, in: Magdalena Kirchner (ed.), Hub or Spoke? NATO's Role in Allied Projecting Stability Efforts on the Southern Flank, IPC – Istanbul Policy Center, S. 24. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://ipc.sabanciuniv.edu/wp-content/uploads/2018/07/NATO-Report-Kirchner.pdf> [Übersetzung durch den Autor].
- [11] Thumann, Michael, 21.07.2016: Treue tut weh, Zeit. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/2016/31/tuerkei-nato-putschversuch-militaer>.
- [12] Monitor, 04.02.2016: Schmusekurs mit Erdoğan: Wir sollten aufhören, die Türkei zu kritisieren! Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/schmusekurs-mit-erdogan-106.html>.
- [13] Martens, Michael, 08.11.2016: Mit Erdogan weiter verhandeln, FAZ, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/europas-notwendigkeit-mit-der-tuerkei-zu-verhandeln-14517389.html>.
- [14] Thumann, Michael: Abschied von Europa. Erdogans Politik zum Trotz: Ein Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch, in: Internationale Politik 2, März/April 2017, S. 71–75. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2017/maerz-april/abschied-von-europa>.
- [15] Feuerbach, Leonie, 23.03.2017: Geht Deutschland ausreichend gegen die PKK vor?, FAZ. Zugriff am 26.09.2019 unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/tuerkei/geht-deutschland-ausreichend-gegen-die-pkk-vor-14934050.html>.
- [16] Zeit, 16.03.2018: Starker Anstieg der PKK-Ermittlungsverfahren. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-03/arbeiterpartei-kurdistan-pkk-ermittlungsverfahren-deutschland>.
- [17] Sehl, Markus, 20.02.2017: Todesgrüße aus Ankara, taz. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://taz.de/Agent-des-tuerkischen-Geheimdienstes/!5382128/>.
- [18] FAZ, 16.07.2019: Deutschland liefert Waffentechnik für 184 Millionen Euro an Türkei. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-verkauft-fuer-184-millionen-euro-waffen-an-die-tuerkei-16287033.html>.
- [19] Zeit, 22.01.2018: Türkei setzt offenbar deutsche Panzer gegen Kurdenmiliz ein. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/bodenoffensive-afrin-kurden-tuerkei-syrien-eu-staaten-besorgnis>.
- [20] Zeit, 08.03.2018: Zweifel an Rechtmäßigkeit von türkischer Offensive. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/militaeroffensive-afrin-tuerkei-bundestag-voelkerrecht>.

[21] Zeit, 26.12.2018: Bundestagsgutachten sieht Türkei als Besatzungsmacht. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-12/bundestagsgutachten-besatzungsmacht-tuerkei-syrien>.

[22] Welt, 24.01.2018: Bundesregierung sieht „legitime Sicherheitsinteressen“ der Türkei. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.welt.de/politik/ausland/article172805011/Syrien-Einsatz-Bundesregierung-sieht-legitime-Sicherheitsinteressen-der-Tuerkei.html>.

[23] Tillack, Hans-Martin / Bettoni, Margherita, 11.08.2017: Was hat Rheinmetall in der Türkei zu verbergen?, correctiv. Zugriff am 26.09.2019 unter: <https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2017/08/11/was-hat-rheinmetall-in-der-tuerkei-zu-verbergen>; Tillack, Hans-Martin, 11.01.2019: Rheinmetall will doch keine Panzer für Erdogan bauen, stern. Zugriff am 26.09.2019 unter: <https://www.stern.de/politik/deutschland/rheinmetall-will-doch-keine-panzer-fuer-erdogan-bauen-8526166.html>.

[24] Für ein neueres Beispiel vgl. das Interview mit dem ehemals inhaftierten Admiral Cem Gürdeniz, 25.07.2016: Balyoz'da darbe suçlamasıyla hapsedilen tümamiral: Bu aslında bir darbe değil, içsavaş tetikleme provasıydı, t24. Zugriff am 26.09.2019 unter: <https://t24.com.tr/haber/emekli-tumamiral-cem-gurdeniz-tanki-durdurana-sahip-cikarim,351771>.

[25] Seufert, Günter, Januar 2017: Noch mehr Distanz zum Westen. Warum sich Ankara nach Moskau orientiert“, SWP-Aktuell 6. Zugriff am 26.09.2019 unter https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A06_srt.pdf.

[26] Seufert, Günter, 15.08.2018: Die alte Freundschaft ist vorbei, Zeit. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/tuerkisch-amerikanische-beziehung-reccep-tayyip-erdogan-donald-trump-usa-nato-mitgliedschaft/komplettansicht>.

[27] Seufert, Günter, 15. August 2018: Die alte Freundschaft ist vorbei, Zeit. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/tuerkisch-amerikanische-beziehung-reccep-tayyip-erdogan-donald-trump-usa-nato-mitgliedschaft/komplettansicht>.

[28] Seufert, Günter: Die alte Freundschaft ist vorbei, a. a. O.

[29] Vgl. Regierungserklärung, 9.03.2017: „Es gibt also einerseits umfassende gemeinsame europäisch-türkische Interessen. Es gibt andererseits – wir spüren das in diesen Tagen einmal mehr überdeutlich – tiefgreifende Differenzen zwischen der Europäischen Union und der Türkei, zwischen Deutschland und der Türkei. [...] Und des-

halb ergänze ich: So schwierig das alles derzeit auch ist, so unzumutbar manches ist: Unser außen-, sicherheits- und geopolitisches Interesse kann es nicht sein, dass die Türkei, immerhin ein NATO-Partner, sich noch weiter von uns entfernt.“, Regierungserklärung Bundeskanzlerin Angela Merkel. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.bundestag.de/bkin-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundestag-kanzlerin-merkel-806392>.

[30] Gürcan, Metin, 13.08.2019: Deciphering the cryptic safe-zone deal between Turkey, US“, al-Monitor. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2019/08/turkey-united-states-syria-safe-zone-deal-divided-public.html>.



DAS GESCHÄFT MIT DER FLUCHT

VON JOHANNA BRÖSE (RE:VOLT MAGAZINE)

Carola Rackete, Pia Klemp, Claus-Peter Reisch – die Namen einiger Kapitän_innen, deren Boote und Crewmitglieder in den letzten Jahren zehntausende Menschen auf dem Mittelmeer versorgten, kennt hierzulande fast jeder_r. Gegen sie wurden, zumeist seitens des italienischen Staats, Verfahren wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ eingeleitet. Neben einer zu erwartenden Wand an Hass und Drohungen von rechts erhalten die Angeklagten politische und finanzielle Unterstützung. Was dabei unbeachtet bleibt: Migrant_innen aus nicht-EU-Ländern sind nicht nur Opfer der europäischen Migrationspolitik, sondern werden auch als Fluchthelfer_innen massiv kriminalisiert. Während bislang kaum europäische Angeklagte rechtskräftig verurteilt wurden, werden wöchentlich Gerichtsprozesse gegen Personen aus anderen Ländern geführt, die wegen Schmuggel angeklagt sind. Diese werden zu Höchststrafen verurteilt. Die Organisation

Border Monitoring hat im Frühsommer 2019 Zahlen [1] zu den Verfahren auf der griechischen Insel Lesbos veröffentlicht. Anhand der Beobachtung von 41 Prozessen kommen sie zu folgenden Ergebnissen: Ein Gerichtsverfahren dauert im Durchschnitt 28 Minuten, die durchschnittliche Verurteilung beträgt 44 Jahre Gefängnis und über 370.000 Euro Strafe. Da ist Jamil, der aus Afghanistan flüchtete. Er wurde zu 90 Jahren Haft verurteilt, von denen er 25 Jahre absitzen soll. Hinzu kommt eine Strafzahlung von 13.000 Euro. Jamil wurde festgenommen, weil er ein Boot mit Flüchtenden in Richtung Lesbos lenkte. Um die Überfahrt für seine Frau und ihn überhaupt bezahlen zu können, hatte er die Anfrage der Schmuggler angenommen, während der Überfahrt hinter der Pinne zu stehen – nicht wissend, dass dies eine Straftat darstellt. Während seine Frau zwischenzeitlich in Deutschland ist, wurde sein Gerichtsappeal erneut abgewiesen. Rûnbîr Serkepkanî von



der Organisation CPT-Lesvos beschreibt: „Die meisten von ihnen sind arm, sie sind Studenten, sie sind Migranten, die es sich nicht leisten konnten, die Reise zu den Ägäischen Inseln zu bezahlen.“ Verurteilt werden – wie Jamil – zumeist diejenigen, die sich bereit erklärt haben (oder per Zwang dazu gebracht wurden), die Lenkpinne der Schlauchboote zu halten. Für manche Anklagen genügt es aber auch, diejenigen zu sein, die per Telefon Hilfe rufen, wenn das Boot kentert.

IM BUNDESDEUTSCHEN LABOR PERFEKTIONIERT

Menschen migrieren – schon immer. Wanderungsbewegungen sind ein zentraler Bestandteil der menschlichen Geschichte. Ein Beispiel: Zwischen 1850 und 1920 emigrierten 70 Millionen Menschen aus Europa. Das entsprach ungefähr 17 Prozent der Bevölkerung Europas im Jahre 1900. Einige Menschen wählten die Landroute, ließen sich im asiatischen Teil des damaligen russischen Zarenreichs nieder. Der Großteil bewegte sich allerdings in Richtung Nordamerika, viele davon aus prekären ökonomischen Gründen oder aufgrund von Verfolgung.

Es waren also vielfach die Armen, die Überflüssiggemachten der kapitalistischen Industrialisierung in dieser Zeit, die den Weg über Land oder Meer antraten. „Würden heute anteilig so viele Menschen des Globalen Südens nach Europa migrieren wie damals aus Europa, wären das 800 (!) Millionen Menschen“, fasst ein Artikel im *re:volt magazine* pointiert zusammen. Während heutzutage kurz- oder mittelfristige Wanderungsbewegungen privilegierter Migrant_innen (damit sind Menschen gemeint, die ohne VISA-Anträge [2] in die allermeisten Länder reisen können, etwa deutsche Staatsbürger_innen) als selbstverständlich wahrgenommen und vielfach begrüßt werden, wird gleichzeitig versucht, Migration aus anderen Teilen der Welt als „irregulär“ oder „gefährlich“ darzustellen und

mit großem Aufwand zu verhindern. Die Regierungen und Bündnisse, die diese Unterscheidung betreiben, verfolgen damit offensichtlich spezifische Eigeninteressen. Darunter fällt die Bestrebung nach Einfluss darauf, wer das Recht hat, zu migrieren – oder passender: wer an welcher Stelle des Planeten von größtmöglichem ökonomischem oder strategischem Nutzen ist.

Der Blick auf die erweiterten Migrationsgründe von Menschen, die fast immer von Krieg, Konflikten, Überausbeutung und Gewalt, existenzieller Armut, Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung und so weiter geprägt sind, fällt dabei unter den Tisch. Nach Zahlen des UNHCR befinden sich derzeit rund 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht, davon über 40 Millionen Binnenvertriebene (die im Land selbst migrieren), und über 25 Millionen Personen, die sich über Staatsgrenzen hinweg bewegen. 80 Prozent der Refugees bleiben in den unmittelbaren Nachbarländern, nur wenige Prozent begeben sich überhaupt auf die Reise nach Europa.

Es ist offensichtlich: Migrationsbewegungen haben in den vergangenen Jahren aufgrund der Kriege und Krisen in Syrien, im Irak, in Mali, in Libyen, in Afghanistan etc. zugenommen. Krisen und Konflikte, die oft genug durch die imperialistische Konkurrenz und das Wettrennen um Märkte und Handelsrouten befeuert wurden. Dass Menschen dennoch der Vorwurf gemacht wird, aus „wirtschaftlichen“ Gründen zu fliehen, müsste schon allein von dieser Warte aus völlig absurd erscheinen: Millionen ausgebeutete Arbeiter_innen des globalen Südens, die für west-

»[...] DIE ALLERMEISTEN GRÜNDE, EIN LAND ZU VERLASSEN UND NACH BESSEREN LEBENSBEDINGUNGEN AUSSCHAU ZU HALTEN, SIND ALSO IM KERN DES IMPERIALISTISCHEN WELTSYSTEMS ZU FINDEN.«

liche Großkonzerne ihre Gesundheit ruinieren; die Unmöglichkeit, mit den Produktivitätsvorteilen und den Subventionsketten der westlichen Länder konkurrieren zu können, das immer weiter intensivierte Landgrabbing großer Konzerne aus den imperialistischen Zentren und so weiter: die allermeisten Gründe, ein Land zu verlassen und nach besseren Lebensbedingungen Ausschau zu halten, sind also im Kern des imperialistischen Weltsystems zu finden.

Daran, dass die Menschen, die migrieren, kaum Möglichkeiten haben, die erhofften besseren Perspektiven zu finden, haben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, allen voran Deutschland, in den vergangenen Jahrzehnten einen wichtigen Anteil geleistet. Es gelang auf der Ebene der Normalisierung und Implementierung des restriktiven Migrationsmanagements in den kapitalistischen Zentren. Oftmals fungierte die Bundesrepublik als Laboratorium für Pläne, die gemeinsam in den euro-

päischen Kommissionen diskutiert und weiterentwickelt wurden. So wurde in der BRD etwa zu Beginn der 1990er Jahre der „Asylkompromiss“ – ein Gesetzespaket mit Grundgesetzänderung zur Verschärfung von Asylbedingungen – verabschiedet.

Das Paket etablierte die Drittstaatenklausel und ebnete den Weg für die bald darauffolgenden gesamteuropäischen Dublin-Regelungen zur weiteren Einschränkung der Bewegungsfreiheit von nichteuropäischen Migrant_innen. Dublin-Abkommen und Co. sorgten infolge dafür, dass die meisten Flüchtenden in Außengrenzenstaaten wie Griechenland und Italien bleiben mussten. Seitdem die Migrationszahlen in der BRD wieder steigen, mischt die Bundesregierung ganz vorne bei der EU-weiten Grenz- und Migrationspolitik mit; auch, was die ideologischen Grenzziehungen zwischen einem „Europa der Werte“ und dem „Dort“, dem „Jenseits der Grenze“ angeht.



SCHUTZ DER AUßENGRENZEN

An den Außengrenzen errichtet Europa, unter kräftigem Antrieb von Deutschland, immer schwerer überwindbare Sperrzäune und Grenzanlagen. Dass Menschen am Betreten anderer Länder gehindert werden dürfen, darüber besteht völkerrechtlich Einigkeit. Gewichtige Gründe für Flucht und Migration bügeln die dafür Verantwortlichen, wie 2013 der ehemalige Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), in einem Interview [4] weg: „Wir haben Gesetze, die klipp und klar sagen, dass diejenigen, die kein Recht haben, keinen Anspruch, hierherzukommen, auch nicht hierherkommen dürfen.“

Wenig verwunderlich: Die Menschen versuchen es dennoch. Von Westafrika aus mit kleinen Booten zu den kanarischen Inseln, über die meterhohen Zäune rund um die spanischen Enklaven Mellila und Ceuta, durch die kalten Wälder der Balkanroute, über das Mittelmeer in Richtung Italien oder hin zu den griechischen Inseln – welcher Teil der europäischen Außengrenzen von Fliehenden und mit, neben, hinter ihnen von ihren hochgerüsteten Häschern besonders Beachtung findet, ist starken Konjunkturen unterworfen. Vor allem hängt es daran, wieviel Geld die EU wie schnell in die Hand nimmt, um die Bewegung flächendeckend zurückzudrängen.

War die mittlere Mittelmeerroute noch bis zum Zerfall Libyens recht wenig genutzt, nahm sie nach 2013 rasch Fahrt auf: Das Schmuggel-Geschäft mit Migrant_innen war für libysche Milizen lange Zeit eine der wichtigsten Einnahmequellen, tausende Menschen wurden so über das Meer gelotst. Im Sommer 2017 änderte sich die Strategie, in die auch die libysche Regierung eingebunden war. Beigetragen dazu haben Druck durch die EU und UN-Sanktionen. Vor allem aber die lukrativen Angebote: Aus dem EU-Hilfsfond wurden beispielsweise 46 Millionen Euro [5] an Tripolis weitergereicht – direkt zum Ausbau des Grenzschutzes. Zwei Jahre später wird die Route von Tripolis aus kaum mehr genutzt, die Schmuggler haben sich auf weiter entfernte und gefährlichere Startpunkte verlagert.

Die Kooperation mit der libyschen Küstenwache hat zudem zur Internierung [6] zehntausender geflüchteter Menschen in Lagern geführt, in denen sie Missbrauch, Folter und Ausbeutung erfahren. Die Menschenrechtsanwälte Omer Shatz und Juan Branco schätzen die Zahl auf diese Weise internierter Personen allein für die Jahre 2016 bis 2018 auf mehr als 40.000. [7] Diese Entwicklung hat die Bundesregierung auch mit der Absage an Seerettungs-Programme wie „Mare Nostrum“ und der Unterstützung der libyschen Küstenwache forciert. In voller Kenntnis der mörderischen Folgen.

Der maritime Raum zwischen Griechenland und der Türkei wird ebenfalls stark überwacht. Hier setzen in den letzten Jahren zahlreiche Menschen über, viele davon aus Syrien. Seit dem als „EU-Türkei-Deal“ bekanntgewordenen Abkommen, welches vor allem von Angela Merkel und ihrem damaligen Gesprächspartner Ahmet Davutoğlu eingetütet wurde, gingen die Zahlen fast vollständig zurück. Teil des millionenschweren Deals war die Vereinbarung, dass die Türkei ein Kontingent der bereits auf Lesbos angekommenen Refugees wieder zurücknehmen solle; im Gegenzug dürfe dieselbe Anzahl handselektierter Asylantragssteller_innen aus der Türkei in die EU einreisen.

Es gleicht seitdem einem Schmierentheater, dass sich EU und Türkei immer wieder wechselseitig den Deal aufkündigen wollen [8]. Er ist ein öffentlichkeitswirksamer Pappkamerad, der beiden Seiten nützt. Für die Parteien ist und bleibt diese Partnerschaft gewinnbringend

»ES GLEICHT SEITDEM EINEM SCHMIERENTHEATER, DASS SICH EU UND TÜRKIE IMMER WIEDER WECHSELSEITIG DEN DEAL AUFKÜNDIGEN WOLLEN (...). ER IST EIN (...) PAPPKAMERAD, DER BEIDEN SEITEN NÜTZT.«

– die Drohgebärden sind Ablenkungsmanöver, die die jeweils kritische oder liberale Öffentlichkeit besänftigen sollen. Ein interner Bericht der EU-Kommission, der jüngst öffentlich wurde [9], fordert indes eine radikalere Abschiebung von Menschen aus den griechischen Lagern in die Türkei.

TOTE VOR DEN TOREN

Das durch ein unabhängiges Journalist_innenkollektiv ins Leben gerufene Projekt The Migrants' Files fand vor wenigen Jahren medial große Beachtung: Es veröffentlichte die bisher umfassendste Studie zur Anzahl von Todesfällen und Vermisstenmeldungen von Migrant_innen auf dem Weg nach Europa. Die detaillierte Datenbank zählt über 30.000 Einträge und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis Mitte 2016. Innerhalb weniger Jahre starben also über 30.000 Migrant_innen bei ihrem Versuch, nach Europa zu gelangen oder dort zu bleiben. Leider wurde das wichtige Projekt danach nicht weiterfinanziert, weshalb es für alle weiteren Jahre nur unvollständige Daten gibt. Der Liste können also nochmals tausende Menschen hinzugerechnet werden, die bis heute den Tod fanden. Die Toten sind keiner „Schlepperbande“ und keinem „tragischen Unglück“ geschuldet, sondern Resultate einer bewusst gestalteten Politik.

Noch tödlicher als die Mittelmeer-Route ist die Sahara. Es ist kaum zu ermitteln, wie viele Menschen genau auf ihrem Weg durch die Wüste jährlich ums Leben kommen, sie werden auch nicht in der Studie erfasst. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) geht davon aus, dass es mindestens doppelt so viele sind wie im Mittelmeer – sie schätzt die Anzahl der in der Wüste verstorbenen auf über 30.000, alleine in den Jahren 2014 bis 2018. [10] Die Subsahara kam in den letzten Jahren ebenfalls zunehmend in den Blick der EU-Grenzschrützer – mit verheerenden Folgen für die Flüchtenden.



Dass das EU-Projekt kein explizit demokratisches, sondern vielmehr ein auf ökonomischen und geostrategischen Interessen basierendes Projekt ist, dürfte klar sein. Ihm ist die Externalisierung der Grenzen von Anfang eingeschrieben. Bei den europäischen Bestrebungen, Grenzsicherung und Migrationsmanagement in Drittstaaten zu verlagern, geht Deutschland als Brandstifter voran. „Wir übernehmen Verantwortung in der Welt, und das mit einem vernetzten Handlungsansatz: Außenpolitik, Sicherheit und Entwicklung. (...) Entwicklungspolitik hat in der heutigen Zeit einen vollkommen neuen Stellenwert bekommen“, so Bundesentwicklungsminister Müller im vergangenen Jahr im Bundestag. [11] In der afrikanischen Sahelzone soll weiterhin Einfluss auf die „illegale Migration“ nach Europa genommen werden. Dazu verstärkte Deutschland etwa seinen 2013 begonnenen militärischen Einsatz in Westafrika und sagte den beteiligten Staaten weitere Mittel zu.

Auch das Geld der EU fließt dorthin, wo am effektivsten Migrationsbewegungen zum Anhalten gebracht werden können. 3000 Millionen Euro wurden im Jahr 2016 bereitgestellt, so viel wie niemals zuvor. Für die Vergabe zentral: die Bereitschaft der Länder, als willfährige Türsteher Europas im repressiven Migrationsregime zu fungieren. Einen großen Anteil erhielten die für Migrationsbewegungen zentralen Länder wie Libyen (126 Millionen) und Senegal (162 Millionen), aber auch Niger (167 Millionen), Mali (152 Millionen) oder der Sudan (106 Millionen). Die EU nutzt die militärische, politische und ökonomische Abhängigkeit der Länder dazu, um Mitarbeit bei der Migrationskontrolle zu erzwingen.

Zum Beispiel Sudan: Die Lage hier ist seit Jahren höchst instabil. Menschen fliehen von dort aus guten Gründen, gleichzeitig ist das Land Transitland für Fliehende aus Eritrea, dem Südsudan oder Somalia. Die jüngst beschlossene Entwicklungshilfe über 28 Millionen Euro (davon alleine 26 Millionen direkt aus Deutschland) soll natürlich die Infrastrukturen vor Ort stärken – man bemühe sich, den desaströsen Bedin-

gungen in den Refugee-Camps Herr zu werden. Aber: Es geht vielmehr um den Verkauf von Sicherheitstechnologie und nicht zuletzt auch ganz offen um die Bekämpfung von „irregulärer Migration“. Dazu werden auch Soldaten und Sicherheitsbeamte in die Regionen geschickt, um den polizeilichen Strukturen vor Ort „effektive Grenzkontrollen“ beizubringen. In Tunesien bilden deutsche Bundespolizist_innen Grenzpatrouillen aus, die Bundeswehr sendet Schnellboote und gepanzerte Lastwagen. 2017 lieferte Deutschland mobile Überwachungssysteme mit Bodenaufklärung, zuvor waren es schon Nachtüberwachungssysteme, Wärmebildkameras, optische Sensoren und Radarvorrichtungen von Airbus. [12] Bezahlt wird die Hightech-Grenze

»AUCH DAS GELD DER EU FLIEßT DORTHIN, WO (...) MIGRATIONS-BEWEGUNGEN ZUM ANHALTEN GEBRACHT WERDEN KÖNNEN. 3000 MILLIONEN EURO WURDEN IM JAHR 2016 BEREITGESTELLT, SO VIEL WIE NIEMALS ZUVOR.«

von der deutschen Bundesregierung (im Jahr 2017 etwa 34 Millionen Euro). Im Dezember 2016 beschloss das deutsche Bundeskabinett, sich an der EU-Mission SAHEL-CAP („zur Bekämpfung von Drogen-, Waffen- und Menschen schmuggel“) im Niger zu beteiligen. Seither werden jährlich (Bundes)Polizist_innen nach Niger geschickt – dem wichtigsten Transitland für afrikanische Flüchtende auf dem Weg nach Europa. Ziel ist der „Aufbau und Erhalt von Sicherheitsstrukturen“ sowie der Ausbau von „Kapazitäten im Grenz- und Migrationsmanagement“ [13]. Das Interpol-Projekt Adwenpa II [14] wurde ebenfalls von der Bundesregierung finanziert. Von 2016 bis 2018 wurden dabei in 14 westafrikanischen Staaten Grenzkontrolleur_innen ausgebildet. Interpol schulte in Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Tunesien, Burkina Faso und Tschad – finanziert



von Deutschland. Neun Hightech-Grenzstationen zwischen Niger und Nigeria gab es gleich mit dazu. Davon bezahlte das Auswärtige Amt drei, die Europäische Union die übrigen sechs. In vielen afrikanischen Ländern wie Mali wurden Grenzübertritte massiv erschwert, ebenfalls auf „Bitte“ der EU.

Allerdings: Die Pläne der EU, in afrikanischen Ländern Lager zu errichten, in denen Migrant_innen noch vor dem Erreichen europäischen Bodens geprüft (und abgewiesen) wer-

den sollen, scheiterten bislang. Nicht zuletzt, weil sich die Afrikanische Union (AU) dagegen wehrt, wie aus einem Papier von Februar 2019 hervorgeht: Darin wendet sie sich gegen die Pläne der EU, auf afrikanischem Boden „De-facto-Haftanstalten“ einzurichten, in denen die Rechte der Inhaftierten mit Füßen getreten werden. [15]

NEUE UND GESTÄRKTE BÜNDNISSE

370 Mitarbeiter_innen und ein Jahresbudget von 142 Millionen Euro, so sahen die Bedingungen für die „Europäische Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (Frontex) vor vier Jahren aus, zu dem Zeitpunkt, an dem die genannte Studie entstand. Heute sind es 1.500 Mitarbeitende und 330 Millionen Euro Budget, im Jahr 2020 soll es sogar 420 Millionen Euro betragen. Getragen wird Frontex von den Ländern der EU sowie Norwegen, Island, Liechtenstein und der Schweiz. Für den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 schlug die Europäische Kommission im Herbst 2018 vor, für ein aktualisiertes Mandat von Frontex eine ständige Reserve von 10.000 Grenzschutzbeamten zu schaffen und die Mittel für Migration und Grenzmanagement auf 34,9 Milliarden Euro beinahe zu verdreifachen (gegenüber knapp 13 Milliarden Euro im laufenden Zeitraum). [16]

Dies solle dazu dienen, „gezielt auf die zunehmenden Herausforderungen in den Bereichen Migration, Mobilität und Sicherheit zu reagieren [...] und eine wirksamere Migrationspolitik [zu] ermöglichen.“ Hier werden gestärkte Mandate für Frontex im Bereich der Rückführung und der Zusammenarbeit mit Drittländern genannt. Im Februar 2019 einigten sich die EU-Botschafter_innen, den Vorschlag als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufzunehmen.

Wichtige Entscheidungen für die Arbeit von Frontex werden im Übrigen im Verwaltungsrat

der Agentur getroffen. Die stellvertretende Leitung hat Ralf Göbel inne, ein früherer Vizepräsident des Bundespolizeipräsidiums. Auch der Leiter der Frontex-Operativabteilung Klaus Röslér ist Deutscher. Im August 2019 konfrontierte ein Recherche-Team Frontex damit, an den EU-Außengrenzen Menschenrechtsverletzungen durch nationale Grenzpolizist_innen zugelassen zu haben oder gar selbst daran beteiligt gewesen zu sein. [17] Man prüfe den Vorwurf, heißt es von Seiten der EU-Kommission. Im gleichen Atemzug wird aber seitens der Agentur der Vorwurf „kategorisch“ ausgeschlossen, die eigenen Beamten seien im Grenzeinsatz an „Verletzungen von Grundrechten“ beteiligt. Es habe sich über die Frontex-Beschwerdestellen schließlich keine_r diesbezüglich gemeldet.

»DIE ABSICHERUNG DER EIGENEN INTERESSENSPOLITIK, AUCH AUF MILITÄRISCHEM WEGE, IST EIN BEWÄHRTES MITTEL, WELCHES DEM IMPERIALISMUS INHÄRENT IST, EBENSO WIE DER RÜCKGRIFF AUF TERRITORIAL AUSGREIFENDE KRISENBEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN.«

Bezüglich einer neuen EU-Militärunion wird nicht zuletzt die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) der EU-Mitgliedsstaaten immer zentraler, die Anfang 2018 an den Start ging. [18] Faktisch kann die PESCO als eine von Deutschland und Frankreich dominierte Reorganisation der EU-Militärpolitik angesehen werden, die durch eine Aufstockung der Verteidigungshaushalte der teilnehmenden Staaten sowie eine Förderung der EU-Rüstungsindustrie und der Rüstungsexporte finanziert wird. Der Vertrag von Lissabon mit seinen Artikeln für militärische Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik macht es möglich. [19] Angela Merkel dazu: „Nun sehe ich die Themen Grenzsicherung, gemeinsame Asylpolitik und

Bekämpfung der Fluchtursachen als wirkliche Existenzfragen für Europa. [...] Das heißt, die europäische Grenzpolizei muss das Recht haben, an den Außengrenzen eigenständig zu agieren. [...] Wir brauchen einen intelligenten Ansatz auf mehreren Ebenen. Unsere Datensysteme müssen in ganz Europa vernetzt werden, damit wir wissen, wer sich bei uns aufhält.“ Migrationspolitik wird zu Grenzpolitik und zu einer treibenden Kraft der europäischen Identität, powered by Germany. [20]

Die Absicherung der eigenen Interessenspolitik, auch auf militärischem Wege, ist ein bewährtes Mittel, welches dem Imperialismus inhärent ist, ebenso wie der Rückgriff auf territorial ausgreifende Krisenbewältigungsstrategien. Dies dient nicht den vorgeblich moralisch-ethischen Begründungsmustern, sondern grundsätzlich immer der Absicherung von Verwertungsbedingungen, der Expansion, der Unterjochung.

AND THE MONEY GOES TO...

Das bereits genannte Journalist_innenkollektiv lancierte im Übrigen noch ein weiteres Recherche-Projekt: The Money Trails. [21] Darin zeichnete das Team Geldströme nach, welche bei dem Geschäft mit Geflüchteten durch öffentliche und private Hände fließen. Es hat monatelang Dokumente analysiert und mit zahlreichen Vetreter_innen von Politik, NGOs und Privatunternehmen, aber auch mit Geflüchteten, „Schleppern“ und Grenzbeamten gesprochen. Das Ziel: „Manche der ökonomischen Profiteure der Abschottungspolitik Europas aufzudecken.“ Die Recherchen zeigen: Das Geschäft mit den Geflüchteten nach Europa generierte seit dem Jahr 2000 mindestens 1,6 Milliarden Euro Umsatz. Davon ging ein Großteil an organisierte „Schlepper“-Netzwerke, die damit Profite erzielen wollen; aber auch an Einzelpersonen, denen es konkret um Hilfestellung ging. Interessant ist aber auch die andere Seite: Zeitgleich wandte die Europäische Union mindestens genauso viel Geld auf [22], um die Menschen von den EU-



Außengrenzen fernzuhalten: „für jeden Euro, den ein Flüchtling ausgibt, um nach Europa zu gelangen, (geben) die Behörden Europas einen Euro aus (...), um ihn davon abzuhalten“.

Von den Maßnahmen der restriktiven Migrationspolitik profitieren Konzerne wie Rheinmetall, Airbus, Finmeccanica und Thales oder Technologiefirmen wie Saab, Siemens oder Diehl. Oft tauchen sie als Tochterunternehmen in den Unterlagen auf. Sie stellen für die „Grenzschützer“ Equipment wie Drohnen, Schnellboote, Nachtsichtgeräte und Jeeps bereit. weitere hunderte Millionen Euro fließen in Projekte der Sicherheitsforschung und -Entwicklung. Die erwähnte Vernetzung von Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik ist längst schon Realität. Es ist kein Zufall, dass der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), Mitglied des Bundessicherheitsrats, nach dem Ausscheiden seiner Partei aus dem Bundestag als Cheflobbyist bei der Rheinmetall AG einstieg. Die Rheinmetall AG ist nicht nur irgendein Rüstungskonzern - er ist Europas Größter und der drittgrößte weltweit. Im Geschäftsjahr 2018

setzte der Konzern rund 6,1 Milliarden Euro um. Die Geschäftsentwicklung des Unternehmensbereichs Defence, so wird auf der Webseite des Konzerns stolz berichtet, zeige sich „zunehmend geprägt von der deutlich gestiegenen Nachfrage im militärischen Sektor und von Rheinmetalls erfolgreicher Positionierung in wichtigen Märkten rund um den Globus.“ Der Rüstungskonzern stellt unter anderem Kettenfahrzeuge, Panzer (auch den Leopard II), Waffen und Munition her und ist – ganz zufällig – auch im High-Tech-Zäune-Business und in der Grenzsicherungstechnologie sehr gewichtig aufgestellt. 2017 schon recherchierten *Taz*-Mitarbeitende und weitere Journalist_innen für das Rechercheprojekt Schengen für Europa, Zäune für Afrika. Daraus wird ersichtlich: EU-Gelder aus dem Entwicklungshilfe-Fond finanzieren vor allem Projekte von deutschen und europäischen Rüstungskonzernen.

Ganz vorne dabei ist die Rheinmetall AG. Andere deutsche Firmen wie Veridos, das Gemeinschaftsunternehmen der Bundesdruckerei und der IT-Firma Giesecke + Devrient, die

auf Biometrie, Kontrollschleusen und „Identifikationslösungen“ spezialisiert sind, haben in den letzten drei Jahren Aufträge in Milliardenhöhe erhalten. Lösungen der Migrations-„Problematik“ von Marokko bis Südafrika. Meist ohne Ausschreibung und ohne parlamentarische Kontrolle. Die Bundesdruckerei bestätigt in der taz-Recherche, dass sie auch für Libyens Übergangsregierung Rohpässe herstelle.

Eine Reihe von Forschungsprojekten an europäischen Universitäten und Forschungseinrichtungen widmen sich unterschiedlichen Aspekten der Flüchtlingsabwehr. Auf die EU-Forschungsagenda kamen sie auf Empfehlung einer Arbeitsgruppe, die die EU-Kommission 2003 startete. 39 der Forschungsprojekte, die zwischen 2002 und 2013 von der EU oder der europäischen Weltraumagentur ESA gefördert wurden, hatten mit Migration, Grenzschutz oder -überwachung zu tun. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren neben Parlamentarier_innen und EU-Kommissar_innen auch Waffenproduzenten. Gerne werden die Projekte als zivile Grundlagenforschung ausgegeben, wie etwa an der Uni Bremen.

Die Liste der wehrtechnischen Auftraggeber in der Geschichte der „zivilen“ Forschung dort ist lang: vertreten ist Rheinmetall, aber auch Astrium (später Airbus Defense and Space) oder das US-Außenministerium. Selbst das Bildungsministerium fördert „zivile“ Forschungsprojekte mit Rüstungsunternehmen, wie 2017 herauskam: EADS, ThyssenKrupp und weitere erhielten in den Jahren 2015-2017 13 Millionen Euro aus dem Bildungsbudget.

»MENSCHENHANDEL UND SCHMUGGEL KÖNNEN SICH ZWAR IN EINIGEN FÄLLEN ÜBERSCHNEIDEN, TATSÄCHLICH HANDELT ES SICH JEDOCH UM ZWEI VÖLLIG UNTERSCHIEDLICHE THEMEN.«

FLUCHTHELFER VON NEBENAN

Terroristische Bedrohungen, Migrationsdruck - EU-Kommission, FRONTEX und Innenminister werden nicht müde, davon zu sprechen, dass die Eindämmung kriminellen Menschenhandels eine Notwendigkeit sei, um Leben zu retten und Menschen zu schützen. Einen Atemzug weiter sind sie bei der Fluchthilfe angekommen, als sei es dasselbe Thema. Um es ganz deutlich zu sagen: Menschenhandel und Schmuggel können sich zwar in einigen Fällen überschneiden, tatsächlich handelt es sich jedoch um zwei völlig unterschiedliche Themen.

Menschenhandel ist ein erzwungener Transfer von Menschen, der mit Entführung, Ausbeutung und moderner Sklaverei verbunden ist, während Menschen-smuggel, also Fluchthilfe, eine Reaktion auf die restriktive Grenzpolitik darstellt, die den Flüchtenden das legale Überschreiten von Grenzen zu ihren eigenen Bedingungen unmöglich macht. Für die Mehrheit der Weltbevölkerung gibt es keine sicheren Passagen und keine legale Möglichkeit, in ein EU-Land einzureisen, Asyl zu suchen oder gar ein Arbeitsvisum zu erhalten. Die Menschen sind gezwungen, sich auf illegalisierte, oftmals tödliche Wege zu begeben und haben keine andere Wahl, als die Dienste von Vermittlern in Anspruch zu nehmen, die in vielen Fällen zu teuer und zu riskant sind. Die Zerstörung von Schmuggelnetzen rettet keine Leben, sondern geht auf Kosten der Sicherheit derjenigen, die man damit vorgeblich schützen will. Damit ist Deutschland nicht nur Brandstifter, sondern auch Mörder. Während Politiker_innen und Medien die „kriminellen Schleuser“ für das Leiden und Sterben an den Grenzen Europas verantwortlich machen, lenkt dies die Aufmerksamkeit von der Tatsache ab, dass der Schmuggel eine Reaktion auf die Militarisierung der Grenzkontrollen ist und nicht die Ursache irregulärer Migration.

Zuletzt: Aktuell werden allorts der „Mauerfall“ und die „Deutsche Einheit“ beschworen - die DDR darf dabei entweder als glücklicherweise überwundener Unrechtsstaat

oder als Petrischale der erstarkenden rechten, faschistischen Kräfte im Land herhalten.

Jene, die daran beteiligt waren, Menschen über die deutsch-deutsche Grenze zu bringen, gelten bis heute als Held_innen ohne Wenn und Aber. Fluchthelfer_in – das war etwas Ehrenvolles. Sie wurden, wie 2012 im Falle Burkhart Veigels, für das „Engagement für die Freiheit“ mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet – während Menschen wie Jamil für Jahre ins Gefängnis müssen. „Fluchthelfer“ Veigel hat damals mit seiner Arbeit Geld verdient – bis zu 18.000 DM –, sogar Verträge dafür aufgesetzt. In einem Das Erste Panorama-Bericht [23] begründet er: „Es kommt darauf an, dass man seinen Job gut macht. Ein guter Arzt, ein guter Rechtsanwalt nimmt auch Geld von Menschen, die in Not sind.“ Er kritisiert, dass heute Fluchthelfer_innen durchweg als „Schlepper“ und „Schleuser“ verfolgt und kriminalisiert werden: „Es ist doch eine ehrenvolle Sache, einem Menschen in Not zu helfen. Da kann mich doch kein Gesetz daran hindern!“ Die Bundesregierung sieht das zwischenzeitlich anders. Sie stört sich nicht an dem Widerspruch zwischen der Kriminalisierung illegal Eingewanderter sowie ihrer „Schlepperbanden“ und der Glorifizierung von Fluchthelfer_innen in den 1960er und 1970er Jahren.

Woher das kommt? Der Antikommunismus hat die Veigels der Welt zu Held_innen gemacht. Jede_r erfolgreich „den Roten“ Entrissene war ein kleiner Sieg über das sozialistische System. Heute gibt es diese ideologische Klammer für Deutschland und die Europäische Union (EU) nicht mehr. Im Gegenteil: Fluchthilfe heute fordert die neoliberale Ordnung der Ungleichheit heraus, sie verschafft Schlupflöcher in einem globalen System, in dem Grenzen den klaren Zweck erfüllen, die Profiteure und Verursacher der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse vor den „Verdammten dieser Erde“ (Frantz Fanon) abzuschotten.

„Diese Union tötet; sie tötet durch Unterlassen, durch unterlassene Hilfeleistung.“ So kommentierte Heribert Prantl 2015 die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union in der *Süd-*

deutschen Zeitung. [24] Bei aller Zustimmung macht es sich Prantl mit dieser Einschätzung zu leicht:

Die EU tötet nicht nur durch „Unterlassen“ an den Grenzen. Sie tut weit mehr als das. Und sie sorgt dafür, dass Geschäfte mit Geflüchteten und Fluchtgründen nicht weniger werden. Aus den Ländern, in denen EU-Mitgliedsstaaten Kriege führen oder an Einsätzen beteiligt sind, sind die meisten Menschen auf der Flucht: Im Jahr 2018 waren es aus Syrien 6,7 Millionen Menschen, aus Afghanistan 2,7 Millionen und aus dem Südsudan 2,3 Millionen. Auch die unerbittliche Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen der Länder des globalen Südens ist ein wesentlicher Grund für Flucht und Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Die EU macht es sich zu leicht, den Schleusern Schuld an allem Elend an den Grenzen zu geben. Sie als die Gewinner dieser tödlichen Flüchtlingsmaschinerie zu begreifen, heißt, willentlich zu übersehen, wer die eigentlichen Profiteure des Elends sind.

**»DIE EU TÖTET NICHT NUR DURCH
,UNTERLASSEN‘ AN DEN GRENZEN.
SIE TUT WEIT MEHR ALS DAS. UND SIE
SORGT DAFÜR, DASS GESCHÄFTE MIT
GEFLÜCHTETEN UND FLUCHTGRÜNDEN
NICHT WENIGER WERDEN.«**

QUELLEN & ANMERKUNGEN

[1] dm-aegean-Redaktion [Hrsg.], 15.07.2019: The war against smuggling. Incarcerating the marginalized. Zugriff am 26.09.2019 unter https://dm-aegean.bordermonitoring.eu/2019/07/15/the-war-against-smuggling-in-carcerating-the-marginalized/?preview=true&_thumbnail_id=1454.

[2] Kayserilioğlu, Alp, 12.08.2018: Weder Chauvinismus, noch Humanismus. Zur linken Migrationsdebatte. <https://revoltmag.org/articles/weder-chauvinismus-noch-humanismus-zur-linken-migrationsdebatte/>.

[3] Rosa Luxemburg Stiftung Berlin [Hrsg.]: Atlas of Migration 2019. Zugriff am 26.09.2019 unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/atlasofmigration2019_web_190614__1_.pdf.

[4] Zit. nach Buchen, Stefan, 12.09.2013: Wie aus Menschenrettern Kriminelle werden, <https://daserste.ndr.de/panorama/Wie-aus-Menschenrettern-Kriminelle-werden-,syrien481.html>.

[5] Europäische Kommission [Hrsg.], 28.07.2017: EU-Hilfsfonds für Afrika: 46 Millionen Euro für den Grenzschutz in Libyen. Zugriff am 26.09.2019 unter https://ec.europa.eu/germany/news/eu-hilfsfonds-für-afrika-46-millionen-euro-für-den-grenzschutz-libyen_de.

[6] Global Detention Project [Hrsg.]: Libya Immigration Detention. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.globaldetentionproject.org/countries/afrika/libya>.

[7] German Foreign Policy [Hrsg.], 04.06.2019: Die tödlichste Migrationsroute der Welt. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.german-foreign-policy.com/news-detail/7956/>.

[8] ZEIT Online, 05.09.2019: Recep Tayyip Erdoğan droht EU mit Grenzöffnung. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/politik/2019-09/tuerkei-recep-tayyip-erdogan-fluechtlinge-migranten-europa>.

[9] ZEIT Online, 05.09.2019: EU-Kommission drängt Griechenland zu mehr Abschiebungen. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/fluechtlingspolitik-abschiebungen-griechenland-eu-kommission-tuerkei>.

[10] Heisterkamp, Lucia, 30.08.2019: Wie private Retter versuchen, Migranten aus der Todeszone zu holen. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.spiegel.de/politik/ausland/alarmphone-sahara-wie-private-retter-versuchen-migranten-aus-der-todeszone-zu-holen-a-1282608.html>.

[11] Molt, Peter, 25.09.2018: Fluchtursachenbekämpfung



fung in Subsahara-Afrika. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.kas.de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/fluchtursachenbekaempfung-in-subsahara-afrika>.

[12] Dernbach, Andrea, 15.12.2017: Deutschland baut weiter an Tunesiens Grenze. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/migration-deutschland-baut-weiter-an-tunesiens-grenze/20715140.html>.

[13] Vgl. Bundespolizeibericht 2018. Zugriff am 26.09.2019 unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/bundespolizei-bericht2018.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

[14] Jakob, Christian: Nervöse Aktivität zur Abwehr. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://migration-control.taz.de/#de/countries/deutschland>.

[15] Boffey, Daniel, 24.02.2019: African Union seeks to kill EU plan to process migrants in Africa. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.theguardian.com/world/2019/feb/24/african-union-seeks-to-kill-eu-plan-to-process-migrants-in-africa>.

[16] Vgl. PM EU-Rat, 20.02.2019: Europäische Grenz- und Küstenwache: Rat einigt sich auf Verhandlungsposition. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/02/20/european-border-and-coast-guard-council-agrees-negotiating-position/>.

[17] Vgl. Semsrott, Arne u.a., 04.08.2019: Frontex: die Überwacher überwachen. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://correctiv.org/top-stories/2019/08/04/frontex-transparenz/>.

[18] Zugriff am 26.09.2019 unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/pesco_factsheet_05-03-2018.pdf.

[19] Vgl. Vertragstext. Zugriff am 26.09.2019 unter <http://www.lisbon-treaty.org/wcm/the-lisbon-treaty/treaty-on-european-union-and-comments/title-5-general-provisions-on-the-unions-external-action-and-specific-provisions/chapter-2-specific-provisions-on-the-common-foreign-and-security-policy/section-2-provisions-on-the-common-security-and-defence-policy/133-article-46.html>.

[20] Zugriff am 26.09.2019 unter <https://www.bundestkanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/europa-muss-handlungsaehig-sein-1141498>.

[21] Research Network, 18.06.2015: Follow the money – some of it – into the sub-economy spawned by migration. Zugriff am 26.09.2019 unter <http://www.themigrantsfiles.com/#/the-money-trails>.

[22] Grossenbacher, Timo u.a., 18.06.2015: Unternehmen profitieren von Aufrüstung gegen Flüchtlinge. Zugriff am 26.09.2019 unter <http://www.srf.ch/news/international/unternehmen-profitieren-von-aufruestung-gegen-fluechtlinge>.

[23] Vgl. und zit. nach Buchen, Stefan, 06.11.2014: Fluchthelfer: Gestern Helden, heute Kriminelle. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Fluchthelfer-Gestern-Helden-heute-Kriminelle,fluechtlinge1080.html>.

[24] Zit. nach Prantl, Heribert, 18.04.2015: Wie die EU Flüchtlinge tötet. Zugriff am 26.09.2019 unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-du-sollst-nicht-toeten-1.2439653>.



ANTIKOMMUNISTISCHE KONTINUITÄTEN IN DER BRD

VON DER STAATSGRÜNDUNG, ÜBER DIE DDR-ANNEXION BIS HEUTE

Der folgende Text stellt einen Versuch dar, die Kontinuität des Antikommunismus in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, von der Staatsgründung 1949 bis heute, nach zu zeichnen. Der Fokus liegt dabei auf der Zeit nach dem Mauerfall 1989 bzw. der folgenden Annexion der DDR 1990. Hierbei werden sowohl die politischen bzw. gesellschaftlichen Träger des Antikommunismus, als auch seine Rolle und sein tiefgreifender Einfluss, bis hinein in die radikale Linke in Deutschland, dargestellt. Doch zunächst der Versuch einer Definition – was bedeutet Antikommunismus aus einer revolutionären Perspektive?

ANTIKOMMUNISMUS: EINE BÜRGERLICHE IDEOLOGIE

Ausgehend von einer Verortung als revolutionäre Linke kann der Antikommunismus von uns nicht in einem staats- und demokratieapologetischen Sinne als notwendige Abwehrhaltung der bürgerlichen Demokratie gegenüber einer „undemokratischen“ und „totalitären“ kommunistischen Ideologie begriffen werden. Diese Haltung ist unter bürgerlichen Autor*innen, Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und sonstigen Ideolog*innen der Herrschaft der Bourgeoisie, bis tief hinein in die Sozialdemokratie, bereits seit Jahrzehnten die am meisten verbreitete Erklärung und Verteidigung der Ideologie des Antikommunismus.

Antikommunismus bedeutet hier auch nicht die oftmals gerechtfertigte Kritik an den (bürgerlichen) Auswüchsen des Staatssozialismus,

VON NORTH EAST ANTIFASCISTS [NEA]

wie sie vor allem von Anarchist*innen und Rätekommunist*innen formuliert wurde und wird. Um dies gleich vorweg zu nehmen: Nicht jede Kritik an jedem tatsächlichen oder vermeindlich sozialistischen Staat oder jeder tatsächlichen oder vermeindlichen kommunistischen Partei bzw. Organisation ist als antikommunistisch anzusehen und auf dieser Grundlage aus revolutionärer Perspektive sofort zurück zu weisen.

Jedoch bewegt sich solch eine Kritik teilweise auf einem schmalen Grad und droht in antikommunistische Ressentiments, oder auf einen verfestigten antikommunistischen Standpunkt abzurutschen. Hier ist es wichtig zu differenzieren zwischen gerechtfertigter Kritik an Staaten, Organisationen und politischen Positionen und einem Antikommunismus, welcher letztlich nur den Herrschenden nützt.

Antikommunismus ist hier zu verstehen als eine bürgerliche Ideologie, welche, zum Teil unter

**»ANTIKOMMUNISMUS IST (...) EINE
BÜRGERLICHE IDEOLOGIE, WELCHE (...) UNTER DEM DECKMANTEL (...) DER INDIVIDUELLEN FREIHEITSRECHTE (...) EINEN IDEOLOGISCHEN SCHUTZSCHILD FÜR (...) KAPITALISTISCHE BESITZVERHÄLTNISSE BILDET «**



dem Deckmantel des Schutzes der Demokratie und der individuellen Freiheitsrechte und zum Teil offen, einen ideologischen Schutzschild für die Herrschaft der Bourgeoisie und kapitalistische Besitzverhältnisse bildet.

Angriffsziele für die Breitseiten dieses antikommunistischen „Iron Dome“ sind sowohl die Theorien der sogenannten „Klassiker“ der proletarischen Bewegung (Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Andere), als auch Parteien und Organisationen von der damaligen KPD bis zu heutigen Neo-K-Gruppen sowie vor allem auch die Staaten des sogenannten „real existierenden Sozialismus“ von der Sowjetunion, der DDR bis hin zu China, Kuba oder Nordkorea.

Die bestehenden, zum Teil äußerst gravierenden, Unterschiede und Konflikte zwischen verschiedenen Ideologien, Organisationen und Staaten werden dabei bis zur Unkenntlichkeit in einem oft diffusen antikommunistischen Brei verrührt. Der Antikommunismus, als Ideologie

bleibt jedoch nicht auf einer theoretischen bzw. diskursiven Ebene stehen: Er bildet den ideologischen Hintergrund, sowie die Rechtfertigung für die Verfolgung, die Zerstörung von Existenzen und auch dem Mord an tatsächlichen oder auch nur mutmaßlichen Kommunist*innen:

Von den historischen faschistischen Regimen Deutschlands und Italiens, über die Kompradorenstaaten des Trikonts (Hunderttausende ermordete Kommunist*innen in Indonesien unter Suharto, die Massenhinrichtungen der Pinochet-Regierung in Chile, das Gefängnis-massaker in Peru 1986 oder die als Kampfhandlungen getarnten Massaker an Guerilleros in Indien – es gäbe noch unzählige weitere Beispiele), die USA in der „McCarthy-Ära“ der 50er Jahre und auch darüber hinaus, bis hin zur Bundesrepublik Deutschland.

Wo liegen nun also die Wurzeln des Antikommunismus im konkreten Fall der BRD?

SEINE WURZELN IN DER BRD

Die BRD wurde 1949 vor dem Hintergrund einer Teilung Europas und Deutschlands in einen kapitalistischen Block im Westen, damals unter Führung Frankreichs, Großbritanniens und vor allem der USA, und einem sozialistischen Block im Osten, unter politischer und ideologischer Führung der Sowjetunion, gegründet. Die Gründung der BRD erfolgte nur einen Monat nach der Gründung der NATO, dem „westlichen“ militärischen Bündnis unter Führung der USA. Auch wenn der Beitritt der BRD zur NATO erst 1955 folgte, stand sie von Beginn an fest an der Seite der USA und ihrer Verbündeten. Bedingt durch ihre Lage, direkt an der Grenze zum sozialistischen Block, ist sie schon zu diesem Zeitpunkt als Frontstaat der NATO zu verstehen.

Die führenden politischen Kräfte der frühen Bundesrepublik, allen voran die CDU unter Konrad Adenauer, trieben die Westbindung der BRD unermüdlich voran. Einher mit dieser schnellen Eingliederung in den NATO-Block ging eine Übernahme der antikommunistischen Doktrin der NATO-Staaten. Mit dem Sieg über das faschistische Deutschland, welcher ohne die Siege der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg und den Kampf der europäischen Partisan*innen (zu großen Teilen Kommunist*innen, Sozialist*innen und auch Anarchist*innen) nicht zu erringen gewesen wäre, verschob sich der Fokus der Herrschenden in den westlichen imperialistischen Staaten auf den Kampf gegen den Kommunismus – vor allem gegen die Sowjetunion, als zu diesem Zeitpunkt größten und einflussreichsten sozialistischen Staat.

In der BRD ging die antikommunistische NATO-Doktrin einher mit dem glühenden Antikommunismus der ehemaligen politischen und wirtschaftlichen Eliten des faschistischen Staates. Diese wurden, bis auf wenige Haupttäter, nahtlos in das sich wieder errichtende politische und wirtschaftliche System des neuen kapitalistischen Deutschland eingegliedert.

So wurde zur Abwehr der „roten Gefahr“ unter Führung des ehemaligen Wehrmachtgenerals Reinhard Gehlen ein Geheimdienstapparat aufgebaut, in welchen in den folgenden Jahrzehnten alte und neue Faschisten integriert wurden (Stichwort Gladio). Diese Strukturen sollten im Falle einer militärischen Konfrontation mit dem sozialistischen Block als informell operierende militärische Kräfte der NATO dienen.

Parallel zum Aufbau von Strukturen des Tiefen Staates, wurde auch auf offizieller politischer Ebene ein glühender Antikommunismus hochgehalten. Dieser vereinte nicht nur das christlich-konservative Bürgertum (entgegen aller Bekundungen der Herrschenden in der BRD gegen jegliche Art von „Totalitarismus“ zu stehen) mit den übrig gebliebenen Eliten des NS-Staates und den nachrückenden neuen Faschisten, sondern umfasste auch das liberale Bürgertum sowie die Sozialdemokratie (Willy Brandt: „Man kann heute nicht Demokrat sein, ohne Antikommunist zu sein“). [1]

»ZUM ANDEREN STELLT DER ANTIKOMMUNISMUS EINEN WICHTIGEN ECKPFEILER FÜR DEN GRÜNDUNGSMYTHOS DER BUNDESREPUBLIK ALS DAS (...) DEMOKRATISCHE DEUTSCHLAND, IN ABGRENZUNG (...) VOM ALTEN FASCHISTISCHEN STAAT, (...) ABER AUCH VOR ALLEM VON DER DDR«

Die antikommunistische Staatsdoktrin der BRD diente als Begründung 1955 den Staat mit Gründung der Bundeswehr, trotz erheblicher gesellschaftlicher Widerstände, zu remilitarisieren und auch in diesem Fall mit ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht zu bestücken. Eindrücklich ist vor allem auch das direkte Vorgehen gegen die Kommunist*innen in der BRD. So wurde Mitgliedern der KPD die Zahlung von



Entschädigung als Opfer des NS-Regimes verwehrt, die Partei schließlich 1956 verboten und ihre Mitglieder mit Repression überzogen.[2]

Die DDR, ebenfalls 1949 als erster sozialistischer Staat auf deutschem Boden gegründet, war, neben der Sowjetunion, Hauptzielscheibe des Antikommunismus in der Bundesrepublik. So wurde sie erst mit dem „Grundlagenvertrag“ 1972 überhaupt als souveräner Staat anerkannt. Bis 1969 wurde auf Grundlage der „Hallstein-Doktrin“ selbst die Anerkennung der Souveränität der DDR von Seiten anderer Staaten scharf verurteilt. Mit dem Verweis auf Sowjetunion und DDR wurde jede Form von linker, durchaus nicht nur revolutionärer, Politik als von außen kommend und mit aller Härte zu bekämpfen erklärt: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!“ (CDU/CSU -Wahlslogan 1953).

Zusammenfassend kann der Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik zum einen als gesellschaftlicher Kitt – von alten und neuen Faschisten, konservativem und liberalem Bürgertum, Kirchenkreisen, bis hinein in die Arbeiter*innenklasse in Form der von der SPD repräsentierten Sozialdemokratie betrachtet werden.

Zum Anderen stellt der Antikommunismus einen wichtigen Eckpfeiler für den Gründungsmythos der Bundesrepublik als das einzige demokratische Deutschland, in Abgrenzung zum einen vom alten faschistischen Staat, zum anderen aber auch vor allem von der DDR und damit einhergehend dem gesamten sozialistischen Block und jeder Form von linker oder revolutionärer Politik, die mit diesem assoziiert wurde.

DIE ANNEXION DER DDR UND DER MODERNE ANTIKOMMUNISMUS

Welche Rolle spielte nun die Annexion der DDR für die Entwicklung der antikommunistischen Doktrin der BRD? Einhergehend mit der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Annexion der DDR, wurden zunächst die Repräsentant*innen des übernommenen Staates aus ihren Positionen entfernt und mit Repression überzogen, vor allem politische Verantwortungsträger*innen und Angehörige der bewaffneten Organe der DDR. Praktiziert wurde eine Form der „Siegerjustiz“ über den nun bezwungenen Feind. Dies ging einher mit einem ideologischen Frontalangriff von Seiten der sich im Siegestummel der „deutschen Einheit“ befindenden politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Repräsentant*innen der Bundesrepublik. Als Teil des von dem US-Politologen Francis Fukuyama geprägten Narrativs vom „Ende der Geschichte“, nach welchem sich der Kapitalismus mit dem Untergang der UdSSR endgültig durchgesetzt habe, wurde erklärt, dass die DDR gescheitert, sei, da der Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie schlicht das bessere System wären. Der Kommunismus habe einfach „nicht funktioniert“, die demokratische Bundesrepublik habe sich gegenüber der „zweiten Diktatur auf deutschem Boden“ (die Relativierung des NS, welche durch dieses totalitarismustheoretische Narrativ, betrieben wird, dürfte offensichtlich sein) endlich durchgesetzt.

Die antifaschistische Staatsdoktrin der DDR wurde nahezu vollständig abgewickelt: Die in der DDR geehrten Widerstandskämpfer gegen den Faschismus aus der kommunistischen bzw. Arbeiterbewegung wurden und werden unsichtbar gemacht oder zu Nebendarstellern neben als Widerstandskämpfern verklärten rein gewaschenen Wehrmachtsverbrechern und Reaktionären wie Stauffenberg oder bürgerlich-pazifistischen Gegnern des Faschismus wie der Weissen Rose. Die Täter hätten in SS und NSDAP gegessen, während die Wehrmacht

ja eigentlich nur gezwungenermaßen und mit anzuerkennendem militärischem Gehorsam die Kriege des deutschen Faschismus geführt habe. Ein eindrückliches Symbol für die Ausradierung der antifaschistischen Grundsätze der DDR durch die „Sieger der Geschichte“ ist die Löschung der ewigen Flamme zu Ehren der Opfer des Faschismus in der Schinkelwache unter den Linden in Berlin. [3]

Dazu ermöglichte es die BRD, dass deutsche Konzerne wie Volkswagen, ehemalige Zwangsarbeiter*innen aus der Zeit des NS mit lächerlich geringen Entschädigungszahlungen abspeisen konnten und danach von jeder finanziellen Schuld befreit waren, was dazu führt, dass viele der wenigen noch lebenden Zwangsarbeiter*innen, bis heute auf einen, zumindest finanziellen Ausgleich, für das ihnen angetane Unrecht warten müssen.

Die Symbole der DDR wurden in den Jahren nach der Annexion immer weiter ausgemerzt. Es ging nicht um eine kritische Auseinandersetzung. Stattdessen ging es um das Ausradieren der sichtbaren Symbole des ehemaligen sozialistischen Staates. Straßen und Plätze wurden in ganz Ost-Deutschland umbenannt, Denkmäler wie das Lenindenkmal auf dem Leninplatz, dem heutigen Platz der vereinten Nationen in Berlin-Friedrichshain, wurden geschliffen. Bekannte Akteure des staatlichen Antikommunismus in der BRD nach 1990 sind die Historiker Jörg Baberowski und Hubertus Knabe.

» DIE SYMBOLE DER DDR WURDEN (...) NACH DER ANNEXION IMMER WEITER AUSGEMERZT. ES GING NICHT UM EINE KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG. STATTDESSEN (...) UM DAS AUSRADIEREN DER (...) SYMBOLE DES EHEMALIGEN SOZIALISTISCHEN STAATES. «



Baberowski, welcher unter anderem an der Humboldt-Universität in Berlin den Lehrstuhl für „Osteuropäische Geschichte“ besetzt. In seinen Vorlesungen und Publikationen attackiert der glühende Antikommunist vor allem die Sowjetunion unter der Stalin. Dies geschieht jedoch nicht aus einer gerechtfertigten Position der Ablehnung der Entstehung einer neuen, „roten“ Bourgeoisie und der Angriffe auf die von den Arbeiter*innen und Bäuer*innen erkämpften Errungenschaften der Oktoberrevolution, sondern in Form eines Frontalangriffs auf den Kommunismus und jene, die für ihn kämpfen, indem sie als „totalitär“ und „gewaltvoll“ charakterisiert werden. So hat die Wehrmacht in ihrem Vernichtungskrieg in den Augen Baberowskis nur auf die Aggressivität der Roten Armee reagiert, ganz in der Tradition von Reaktionären wie dem rechten Historiker Ernst Nolte. Dass Baberowski auch in seiner Haltung zu Geflüchteten AfD-nahe Positionen vertritt, überrascht vor diesem Hintergrund nur wenig. Hubertus Knabe, der mittlerweile nur noch ehemalige Leiter der „Stasi-Gedenkstätte“ in Berlin-Hohenschönhausen, ist ebenfalls glühender Verfechter der totalitarismus-theoretischen Vergleichbarkeit

der „beiden deutschen Diktaturen“. Sein Fachgebiet ist hierbei die bürgerliche „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte, welche hier vor allem eine Delegitimierung und Dämonisierung ist. Diese „Aufarbeitung“ geschieht in der Gedenkstätte Hohenschönhausen in äußerst reißerischer und unwissenschaftlicher Art und Weise. Von ernsthafter kritischer Auseinandersetzung keine Spur. Stattdessen werden Schulklassen und Rentnergruppen aus der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus vor die Türen des ehemaligen Gefängnisses gekarrt, um sich dann selbst einmal in eine Verhörzelle der Staatssicherheit stecken zu lassen. Alles mit dem wohligen Schauer eines längst vergangenen und endlich besiegt Schreckens. Dazu können dann auch heutige „Linksextremist*innen“ in ihren „Schandtaten“ beobachtet werden. Ganz modern und multivisuell mit der VR-Experience G20 in Hamburg. Linke und revolutionäre Politik als Ganzes und nicht die tatsächlichen Fehler der DDR und ihrer Organe sollen hier angegriffen und „aufgearbeitet“ werden.

Zusammenfassend lässt sich hier sagen, dass mit der Annexion der DDR dem antikom-

munistischen Gründungsmythos der BRD ein weiteres Kapitel hinzugefügt wurde. Die BRD habe sich als der erfolgreichere deutsche Staat durchgesetzt und die DDR habe gezeigt, dass der Kommunismus nicht funktioniere. Das siegreiche, demokratische Deutschland war nun bereit seinen, in den Augen des deutschen Kapitals, rechtmäßigen Platz als eigenständige imperialistische Kraft einzunehmen.

ANTIKOMMUNISMUS UND DIE RADIKALE LINKE

Wie sieht es nun mit dem Einfluss des Antikommunismus auf die radikale Linke aus? Bis weit in die radikale Linke hinein, lässt sich eine reflexhafte Ablehnung des Staatssozialismus feststellen. Anstatt Fehler und Abweichungen gerade in den Staaten des „real existierenden Sozialismus“ als Teil der eigenen Bewegungsgeschichte zu begreifen, sich die eigene Geschichte anzueignen und zu einer Grundlage und Waffe für den eigenen Kampf zu machen, findet stattdessen vielfach eine unkritische Wiedergabe bürgerlicher Quellen und eine Übernahme von staatstragenden, antikommunistischen Positionen statt.

Bedeutende Teile der eigenen Bewegungsgeschichte werden auf diese Weise negiert, als ob die Aufarbeitung vergangener Fehler kein Teil des eigenen zu führenden Kampfes wäre. Auch die Errungenschaften existierender sozialistischer Staaten wie der Sowjetunion oder der DDR werden hierbei zum Teil völlig ausgeblendet.

Findet hier kein Umdenken innerhalb der radikalen Linken statt, wird dies dazu führen, dass sich die Linke, im besten Falle unbewusst, auf ideologischer Ebene zum Helfer des zu bekämpfenden bundesdeutschen Staates und seiner antikommunistischen Staatsdoktrin macht. Es liegt also an uns, die eigene Bewegungsgeschichte (wieder) anzueignen und gegen bürgerliche Angriffe zu verteidigen!

» ANSTATT FEHLER (...) DES ‚REAL EXISTIERENDEN SOZIALISMUS‘ ALS TEIL DER EIGENEN BEWEGUNGSGESCHICHTE ZU BEGREIFEN (...), FINDET (...) EINE UNKRITISCHE WIEDERGABE BÜRGERLICHER QUELLEN UND EINE ÜBERNAHME VON (...) ANTIKOMMUNISTISCHEN POSITIONEN STATT «

QUELLEN & ANMERKUNGEN

[1] Grebing, Helga: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, Teil II. In: Grebing, Helga [Hrsg.]: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland: Sozialismus - Katholische Soziallehre - Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Wiesbaden, 2005, Seite 384.

[2] Siehe Kreuzberger, Stefan / Hoffmann, Dierk [Hrsg.]: „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik. München, 2014.

[3] Eindrücklich dargestellt in einer Kurzdokumentation der „Autonomen Gruppen Ostberlin“ Zugriff am 29.09.2019 unter <https://www.youtube.com/watch?v=aWPXNRMzt6c>.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Brückner, Peter / Krovoza, Alfred: Staatsfeinde. Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD, Berlin 1972

jour fixe initiative berlin (Hg.): Antikommunismus. Struktur einer antiemanzipatorischen Ideologie, Berlin 2017

Korte, Jan: Instrument Antikommunismus. Der Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009

Stern, Leo: Der Antikommunismus als politische Hauptdoktrin des deutschen Imperialismus, Berlin 1963

NIE WIEDER DEUTSCHLAND!

DIE ANNEXION DER DDR, DER II. GOLFKRIEG UND DIE GEBURTSTUNDE DER SOGENANTEN ANTIDEUTSCHEN

VON NORTH EAST ANTIFASCISTS [NEA]

*Der Zusammenbruch der DDR traf die Linke, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, völlig unvorbereitet. Nicht nur die staatskommunistischen Parteien, wie die DKP, die in der DDR ihren natürlichen politischen Bezugsrahmen sahen, wurden von den Ereignissen überrollt. Auch Autonome, Friedensbewegte, Atomkraftgegner*innen, Antifaschist*innen und viele andere befanden sich in einer Art Schockstarre.*

DER KOMMUNISTISCHE BUND

Der Kommunistische Bund (nachfolgend: KB) war in der folgenden Diskussion innerhalb der westdeutschen Linken richtungsweisend, da aus seiner Spaltungsgeschichte die ersten sogenannten und selbsternannten „Antideutschen“ hervorkamen. Der Kommunistische Bund war eine ehemals am Maoismus orientierte K-Gruppe, die zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Realsozialismus jedoch schon länger eine Entwicklung hin zur „undogmatischen Linken“ gemacht hatte. Der KB stand der Zeitschrift konkret, sowie der Zeitung ak (damals *Arbeiterkampf*, heute *analyse & kritik*) nahe. Bernhard Schmid, der damals Teil des KB war, beschreibt die Positionen, die intern zur Annexion der DDR durch die BRD diskutiert worden sind, folgendermaßen:

„Die eine Position beklagte die Form, welche der Wiedervereinigungsprozess annimmt, als pure Einverleibung der DDR durch die sich vergrößernde Bundesrepublik, anstatt eine neue Verfassung für den „gemeinsamen Staat“ auszuarbeiten. Sie lehnte die gesellschaftspolitischen Ziele, die ihm gegeben werden, ab. Ein Siegeszug der Konzerne wurde konstatiert, die nun die ehemalige DDR zu einem billigen Arbeitskräftereservoir und Absatzmarkt machen und die

vorhandene Ökonomie zerschlagen wollen. (...) Dagegen bestand die andere prinzipielle Haltung darin, den Vereinigungsprozess als solchen abzulehnen und den Standpunkt zu vertreten, eine „bessere Wiedervereinigung“ sei nicht vorstellbar und/oder wünschenswert. Der Aspekt vom Kapitalismus, der sich als Sieger der Geschichte präsentiert, und dessen Protagonisten nun ungehemmt ihre wirtschaftliche Macht ausdehnen würden, wurde zwar nicht bestritten. (...) Skandalisiert wurde aber, dass gerade kein dem Kapital entgegenstehendes soziales Interesse artikuliert wurde. Als klassenübergreifender Kitt wurde im Wesentlichen die Dynamik des speziell deutschen Nationalismus betrachtet. Das Wörtchen „wieder“ im herrschenden Diskurs von der „Wiedervereinigung“ bezeichneten KritikerInnen als besonders warnenden Hinweis, da es die Intention einer Wiederherstellung der zwischen 1871 und 1945 bestehenden Verhältnisse andeute.“ [1]

Die Diskussion wurde im KB vor allem zwischen Knut Mellenthin (heute Autor bei der *Jungen Welt*) als Vertreter der ersteren „klassenkämpferischen“ Position und Jürgen Elsässer (heute Chefredakteur der AfD-nahen *Compact*, regelmäßiger Redner bei Pegida, AfD etc.), Detlef zum Winkel (heute Autor bei *telepolis*, *Jungle World*) und Matthias Küntzel (heute Autor bei *MENA-Watch*, *Achse des Guten* etc) als Vertreter der letzteren, antinationalistischen Position geführt. Diese Position wurde ausgeführt in einem von Jürgen Elsässer geschriebenen Text „Weshalb die Linke anti-deutsch sein muss“ (ak, Februar 1990, veröffentlicht unter Pseudonym als Jürgen Stuttgart), in dem die Selbstbezeichnung „antideutsch“ das erste Mal in diesem Kontext benutzt wurde.

Bei einer bundesweiten Diskussionstagung des KB im Januar 1990 eskalierte die Diskussion und der KB spaltete sich. In der Mehrheitsfraktion sammelten sich Vertreter*innen der ersteren, klassenkämpferischen Position, während sich in der Minderheitsfraktion die letztere, antinationalistische Strömung wiederfand. In-

nerhalb dieser Diskussion warf Knut Mellenthin der Minderheitsfraktion vor, dass man mit ihrer Position auch gleich auf die Bahamas auswandern könne, da sie offensichtlich jegliche Hoffnung auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Zustände im deutschsprachigen Raum aufgegeben hätten. Daran angelehnt benannte die Minderheitenfraktion, die sich abgespaltete und fortan Gruppe K hieß, ihr 1992 gegründetes, heute berühmt-berüchtigtes Zeitungsorgan *Bahamas*. [2]

„NIE WIEDER DEUTSCHLAND!“

Als Reaktion auf die sich überschlagenden Ereignisse organisierte die Radikale Linke (RL) [3] im Sinne der hier nachgezeichneten zweiten, antinationalistischen Position am 12. Mai 1990 eine Demonstration in Frankfurt am Main unter dem Motto „Nie wieder Deutschland!“ gegen die Annexion der DDR, den aufstrebenden Nationalismus und der Schreckensidee, es würde sich ein sogenanntes 4. Reich bilden; also der speziell deutsche Faschismus wieder aufleben würde. Circa 15.000 bis 20.000 Menschen aus den unterschiedlichsten Spektren der radikalen und liberalen Linken nahmen daran

teil. Die zweite und letzte Großdemo der RL fand am 3. November 1990 in Berlin statt. Die Berliner Demonstration wurde unter dem Motto „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ – angelehnt an das Gedicht „Todesfuge“ von Paul Celan – veranstaltet. Es nahmen nur noch 8.000 Menschen teil. Genau einen Monat zuvor, am neu geschaffenen „Tag der Deutschen Einheit“, hatten vor allem autonome Gruppen in Berlin zu einer Demo unter dem Motto „Halt’s Maul, Deutschland. Es reicht“ im Rahmen der „Aktionstage für den Wiederezusammenbruch“ aufgerufen, an der etwa 15.000 bis 20.000 Menschen teilnahmen. [4]

»ALS REAKTION (...) ORGANISIERTE DIE RADIKALE LINKE (RL)(...) AM 12. MAI 1990 EINE DEMONSTRATION (...) UNTER DEM MOTTO „NIE WIEDER DEUTSCHLAND!“ GEGEN DIE (...) SCHRECKENSIDEE, ES WÜRD SICH EIN SOGENANNTES 4. REICH BILDEN (...)«



DER II. GOLFKRIEG UND DIE (ANTI-)DEUTSCHE LINKE

Doch noch vor dem 3. Oktober 1990 und der offiziellen *Wiedervereinigung* wurde die ohnehin schon verunsicherte deutsche Linke, die sich auf einer hilflosen Sinnsuche befand, von weiteren Ereignissen überrollt. Die Situation im Irak eskalierte. Am 3. August stand die irakische Armee im kleinen, aber erdölreichen Kuwait. Die US-Army sammelte daraufhin Truppen in der Region und drohte dem Irak mit militärischer Intervention. Am 17. Januar begann das sechswöchige Flächenbombardement des Irak durch die USA, 150.000 Zivilist*innen starben. Im März 1991 revoltierten Kurd*innen und Schiit*innen gegen die durch die militärische Niederlage geschwächte Regierung Saddam Husseins. Entgegen vorherige Zusagen von Seiten der USA schützten und unterstützten ihre westlichen Alliierten sie nicht. Bei der brutalen Niederschlagung des Aufstands durch den Irak starben erneut 150.000 Personen, vor allem Schiit*innen und nordirakische Kurd*innen.

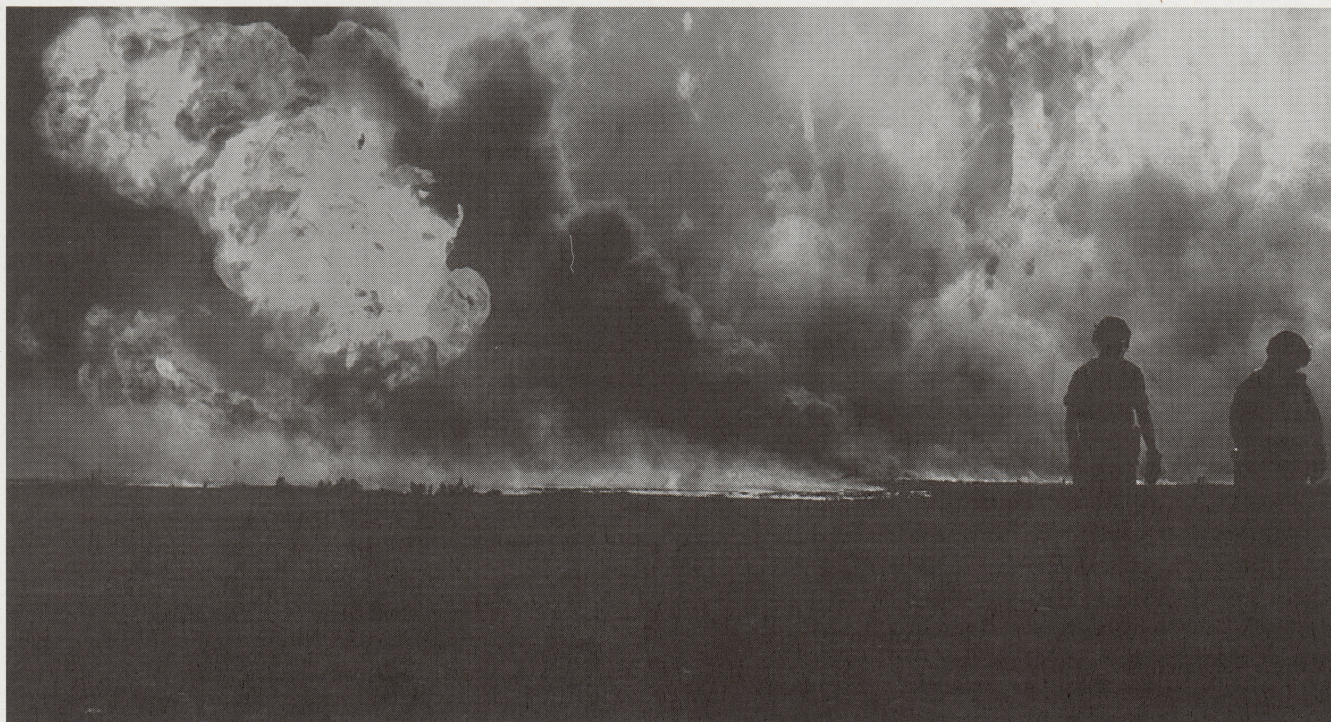
Schon in den ersten Kriegstagen hatte der Irak SCUD-Raketen (produziert vom deutschen Thyssen Konzern) gegen Saudi-Arabien und Israel abgefeuert. Um eine mögliche arabische Einheit nicht zu gefährden, konzentrierte sich der Irak mit seinen Drohungen danach vor allem auf Israel und drohte an, die Raketen das nächste Mal mit Giftgas zu bestücken. Mittlerweile ist bekannt, dass der Irak nicht die technischen und militärischen Möglichkeiten dazu gehabt hätte. Trotzdem verbrachten viele Israelis Tage und Nächte mit Gasmasken in Schutzbunkern. So wurde das Bild von „Auschwitz im Wüstensand“, das in Bezug auf Lybien 1989 etabliert wurde, reaktiviert. Bei Demonstrationen gegen die deutschen Waffenlieferungen nutzte die israelische Bevölkerung zurecht historische Bilder und Vergleiche mit dem Holocaust, vor allem hinsichtlich der Waffenlieferungen deutscher Konzerne. Sogleich gab es Forderungen auf parteipolitischer Ebene im ja *wieder-gut-werden-wollenden* Deutschland, gegen die „schwarzen Schafe in

der Waffenindustrie vorzugehen und – um das Unrecht gegenüber Israel und allen ermordeten Jüd*innen Europas wieder auszumerzen – sich mindestens stärker am Krieg zu beteiligen, oder besser gleich die Bundeswehr in Israel zu stationieren. Darum hatte freilich kein*e einzige*r israelische*r Politiker*in gebeten.

DAS 4. REICH KOMMT ÜBER BAGDAD?

„Krieg! Der Hitler von Bagdad überfällt wehrloses Volk im Morgengrauen“ titelt die *Bild* am 3. August 1990. [5] Im Feuilleton wurde Hussein zum „Wüstenhitler“ und Wolf Biermann stellte in der *Zeit* im Artikel „Damit wir uns richtig missverstehen: Ich bin für diesen Krieg“ die Fragen „Soll man einen Hitler machen lassen?“ und „Wollt ihr den totalen Frieden?“. Auch 1941 seien in den USA schließlich auch nur amerikanische Faschist*innen und Kommunist*innen gegen die Beteiligung am Krieg gegen das faschistische Deutsche Reich gewesen. [6] Schnell war klar: Wer gegen einen Krieg im Irak ist, will ein zweites Auschwitz.

Dieser Diskurs fand ähnlich auch in der neu geborenen, antideutschen Linken statt. Dabei gab es auch strategische Überlegungen: Man handelte in in größtmöglicher Abgrenzung zur alten Friedensbewegung, die schon in den frühen 80er Jahren innerhalb der Linken immer wieder aufgrund deutschnationaler und verschwörungstheoretischer Tendenzen angegriffen und scharf kritisiert wurde. [7] Die Frage des linken Antisemitismus und Antizionismus war daran mehr als anschlussfähig. Tatsächlich war diese Diskussion aber ebenso wenig neu, wie die Kritik an der alten Friedensbewegung. Der KB distanzierte sich beispielsweise schon 1988 vom „Aktionsbündnis Palästina“ und verabschiedete sich in seinem Buch „Ein unvermeidlicher Streit. Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina“ von einer marxistischen Imperialismusanalyse. Auch im autonomen Spektrum wurde diese Kritik an der Palästinasolidarität und am Antizio-



nismus mehrfach vorgebracht. So findet man zum Beispiel in der *Interim* der späten 80er Jahre immer wieder Texte, die die damals von weiten Teilen der Linken getragene Palästinasolidariät in Frage stellten und den Vorwurf erhoben, dass der Antizionismus per se eine linke Ausformung des Antisemitismus sei.

Mit der Diskussion um den neuen „Wüstenhitler“ Hussein und den speziell linken und speziell islamischen „eliminatorischen Antisemitismus“ wurde innerhalb der radikalen Linken eine neue Faschismustheorie eröffnet: Die Analyse des Faschismus entsprang nun nicht mehr der Frage nach der Krise des Kapitalismus, der Bündnistheorie oder der Agententheorie, sondern den Fragen des „Antimodernismus“ und der vermeintlich bedrohten „westlichen Zivilisation“.

»DIE ANALYSE DES FASCHISMUS ENTSPRANG NUN NICHT MEHR DER FRAGE NACH DER KRISE DES KAPITALISMUS (...), SONDERN DEN FRAGEN (...) DER VERMEINTLICH BEDROHTEN ‚WESTLICHEN ZIVILISATION‘«

sation“. Laut der Analyse stand der Islam (und damit auch alle Muslim*a) an sich dem entgegen und war damit quasi faschistisch. Daraus entstand das Konstrukt des „Islamfaschismus“.

SPALTUNG UND SCHEITERN

Im Frühsommer 1991, kurz nach dem Ende des Krieges im Irak, kam es auch in der ehemaligen KB-Minderheit Gruppe K zum erneuten Bruch während der Rückbetrachtung des Irakkriegs. Das gleiche Schicksal ereilte auch das Bündnis „Radikale Linke“, das seit dem Ende des II. Golfkrieges faktisch aufgehört hatte zu arbeiten.

1995 zersplitterte die Gruppe K dann vollends. Es gab einen Berliner Splitter, der sich auf die Veröffentlichung der *Bahamas* konzentrieren wollte. In ihrer Auflösungserklärung analysierten sie, dass „derzeit eine andere kommunistische Politik, als die der inhaltlichen Intervention nicht möglich und sinnvoll erscheint“. Einer von insgesamt zwei Hamburger Splittern gründete sich als „gruppe demontage“ neu und wandte sich einem autonomen, antinationalen und kritischen internationalistischen Spektrum zu.

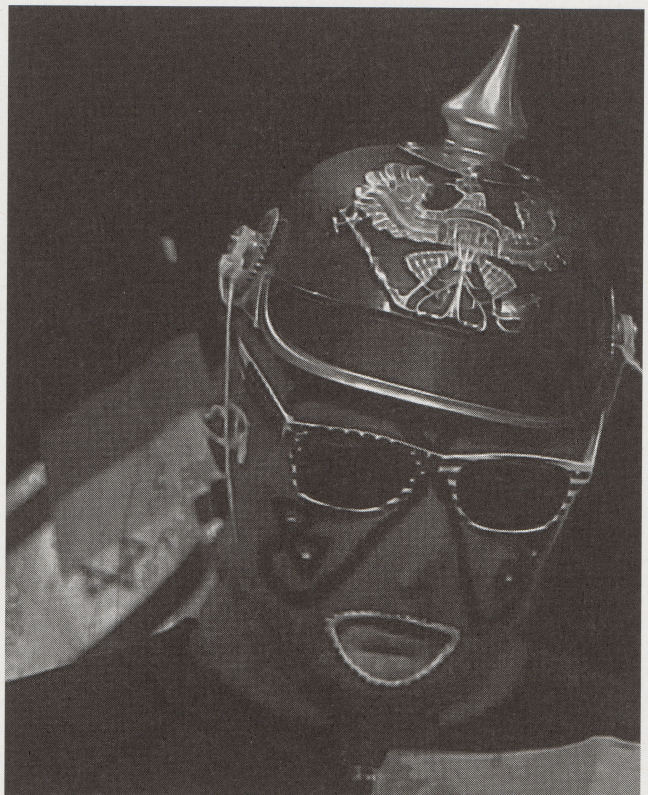
In den Jahren zwischen 1991 und 1994 schien es jedoch zunächst so, als hätten die frühen Antideutschen recht behalten: Die Jahre der *Asyldebatte*, der Pogrome und der rassistischen Morde, für die die Namen der Orte Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen immer noch sinnbildlich stehen, schienen ihre These der Faschisierung unter spezifisch deutschen Merkmalen zu bestätigen. Doch spätestens als es staatliche Ambitionen gab, den faschistischen Terror (vor allem zugunsten des Wirtschaftsstandorts Deutschland) zu begrenzen, gingen die Analysen nicht mehr auf. Die staatsoffiziellen Diskussionen um ein mögliches NPD-Verbot, der Ruf nach dem „Aufstand der Anständigen“ und die Rationalisierung der Migrationspolitik (als Ausgleich für fehlende Arbeitskräfte, z.B. im IT-Bereich) ließen die Analysen und Vorhersagen der „Antideutschen“ der frühen 90er Jahre ins Leere laufen.

NIE WIEDER FASCHISMUS! IMMER WIEDER KRIEG!

Der Ruf nach militärischer Intervention, den man während des Krieges im Irak im „antideutschen“ Milieu das erste Mal hörte, blieb dieser Strömung erhalten. Spätestens seit dem 11. September 2001, also seit den Anschlägen auf das World Trade Center, gab es eine weitere Radikalisierung des bellizistischen Diskurses innerhalb der „antideutschen“ Szene. In den 00er Jahren galt die Forderung nach einem atomaren Erstschlag auf den Iran in manchen Teilen der radikalen Linken plötzlich als progressiv, oder gar antifaschistisch. Der muslimische Mann an sich wurde zum Hauptfeind erklärt und mit rassistischen Markierungen überhäuft: unzivilisiert, sexistisch, brutal und antisemitisch. In den Analysen der „Antideutschen“ kämpften immer die gleichen westlichen Alliierten (USA, Großbritannien, Frankreich) gegen die immer gleichen Faschist*innen (bzw. Islamfaschist*innen) – für die befreite Gesellschaft der dezidiert westlichen Zivilisation. Diese rassistische und euro-chauvinistische Vorstellung äußerte sich

bei Gruppen wie der Autonomen Antifa Nord-Ost (AANO) [9] 2003 bei Aussagen wie: „Karl Marx hat sich im Fall der Vertreibung der Indianer in Nordamerika positiv geäußert. Der Drang der weißen Siedler nach Westen war notwendig, um die feudalen Strukturen aufzubrechen“ [10].

„Nie wieder Faschismus – Immer wieder Krieg!“ oder alternativ auch „Bomber Harris, do it again!“ hießen die neuen Losungen. Somit schaffte man es, drei nicht unmittelbar logisch miteinander verknüpfbare Positionen als vermeintlich einzig wahren Dreiklang der „(anti-)deutschen“ radikalen Linken zu etablieren: Gegen Deutschland zu sein, heißt Israel und jeder israelischen Regierung, mitsamt all ihren Handlungen als Lehre aus der Geschichte die bedingungslose Solidarität zu versprechen und somit (angeschlossen an die rechten Sicherheitsdiskurse nach 9/11 und der 1. und 2. Intifada) vor allem gegen Muslime, den Islam und (vermeintlich oder tatsächlich) palästinasolidarische Organisationen und Personen zu verteidigen. Darunter fallen für heutige „Antideutsche“ viele: von der klassischen Friedensbewegung über antiimperialistische und/oder revolutionäre Gruppen, bürgerliche NGOs, die *Süddeutsche Zeitung* bis hin zur UNO.



ZWISCHENFAZIT: 30 JAHRE „ABBRUCH- UNTERNEHMEN DER LINKEN“

Das selbsternannte „Abbruchunternehmen der Linken“ hatte Erfolg. Denn auch über den Wirkungskreis kleiner, sektenartiger Zirkel, wie der Bahamas hinaus konnten bellizistische und antimuslimisch-rassistische Positionen in die Breite der heutigen radikalen Linke einfließen. Vor allem in einer Szene von autonomen Antifa-Gruppen sind bestimmte Positionen (je nach Region) hegemonial, ohne dass die Gruppen so isoliert wären, wie die äußersten Rechtsausleger der „Antideutschen“. Vereinigungen, wie das bundesweite „drift-Bündnis“ und die Mobilisierungen gegen den (ohne Zweifel reaktionären) Al-Quds-Tag in Berlin, sind dafür gute Beispiele.

Es ist jedoch schon lange keine Auseinandersetzung innerhalb einer Szene oder einer Bewegung mehr: Personen, die von der latent bis offen antideutschen und pro-zionistischen Stimmung der deutschen radikalen Linken abweichen, werden immer wieder attackiert und werden (sowohl rhetorisch als auch durch die Aktionen, mit denen gegen sie vorgegangen wird) mit Faschist*innen gleichgesetzt. Diese Personen verlieren ihre Lohnarbeit (wie die Journalistin Eleonora Roldán Mendivil [11]) und werden mithilfe bürgerlicher Medien geoutet. Auch kann eine proaktive Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz nachgewiesen werden, wie beispielsweise kürzlich in Magdeburg, als hal-lensische Linke eine Veranstaltung mit Stephan Grigat (der in der Zwischenzeit zum Dozent an der Bundeswehr Universität ernannt wurde) in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Polizei durchführten. [12]

Diese Nähe zum Staat und seinen Repressionsorganen kann aber kaum mehr überraschen, denn programmatisch sind die „Antideutschen“ mit ihren Rufen nach Militärinterventionen und

**»DER MUSLIMISCHE MANN AN SICH
WURDE ZUM HAUPTFEIND ERKLÄRT UND
MIT RASSISTISCHEN MARKIERUNGEN
ÜBERHÄUFT: UNZIVILISIERT, SEXISTI-
STISCH, BRUTAL UND ANTISEMITISCH
[...]«**

der Staatsräson Israels nicht sehr weit von dem durchschnittlichen Regierungsprogramm der CDU entfernt, was die Selbstbezeichnung „antideutsch“ endgültig ad absurdum führt. Doch es gibt auch praktische und personelle Überschneidungen, denn die „Antideutschen“ haben schon lange den Marsch durch die Institutionen begonnen. In Beratungsstellen, Stiftungen und Redaktionen (vor allem der Springer-Medien, siehe Martin Niewendick/Roni87) sind sie gut vertreten.

Der Beschluss des Bundestages, die BDS-Kampagne als antisemitisch zu verurteilen, gegen den sich vor allem israelische und jüdische Wissenschaftler*innen ausgesprochen haben [13], aber auch die Kampagne für eine Ausweisung Rasmia Odeh im Frühjahr 2019 zeigen, wie stark und wie repressiv die Vernetzung dieser Institutionen zu einer Diskursverschiebung rund um den Antisemitismusbegriff und den Nah-Ost-Konflikt wirkt.

„Ich kämpfte mit der Polizei gegen Blockupy in Frankfurt. Verprügelte die Gutbürger von Stuttgart 21. Da braucht man gar nicht drüber reden, wenn die Massen sich erheben, schmeiß’ ich aus dem Flugzeug eine Brandbombe auf Dresden“, heißt es in dem Song „Anti Alles Aktion“ der Ikonen des antideutschen HipHops, der Antilopen Gang.

Auf welcher Seite sie stehen, haben die „Antideutschen“ also schon lange zugegeben.

QUELLEN & ANMERKUNGEN

Viele der Problematiken rund um die „antideutsche“ Ideologie konnten in diesem Text nicht hinreichend dargestellt werden. Für mehr Informationen empfehlen wir „Sie warn die Anti-deutschesten der deutschen Linken“, 2004 Gerard Hanloser (Hg.), »Antifa heißt Luftangriff!«: Regression einer revolutionären Bewegung, 2014 Susann Witt-Stahl, Michael Sommer (Hg.) und den Reader „Good bye, Lenin! Vom „Abbruchunternehmen der Linken“ von der Marxistischen Aktion Tübingen.

[1] Schmid, Bernhard: Deutschlandreise auf die Bahamas, in: Hanloser, Gerhard [Hrsg.]: Sie warn die Anti-deutschesten der deutschen Linken, 2004, S.26

[2] ebd.

[3] Die RL war eine vom KB dominierte Plattform, bei dem auch fundamental-oppositionelle Grüne wie Jutta Ditfurth, DKP-Mitglieder wie Georg Fülberth, kritische Autonome und linke Intellektuelle sich vereinigten. Sie formierte sich als Bündnis zwischen diesen Kräften in den 80er Jahren.

[4] Autonome L.U.P.U.S. Gruppe R/M: Doitsch-Stunde. Originalfassung mit autonomen Untertiteln. ID Verlag. In: Ingrid Strobl, Klaus Viehmann und GenossInnen autonome l.u.p.u.s.-Gruppe: Drei zu Eins. Edition ID-Archiv 1991

[5] Rude, Matthias: Nie wieder Faschismus - immer wieder Krieg!, in: Sommer, Michael / Witt-Stahl, Susann (Hrsg.): »Antifa heißt Luftangriff!«: Regression einer revolutionären Bewegung, 2014, S.103

[6] Schmid, Bernhard: Deutschlandreise auf die Bahamas

in: Hanloser, Gerhard [Hrsg.]: Sie warn die Anti-deutschesten der deutschen Linken, 2004, S.39

[7] ebd., S. 21

[8] In Bezug auf den IS oder das türkische Regime benutzen auch beispielsweise kurdische und kurdistan-solidarische Gruppen den Begriff „islamischer Faschismus“, allerdings aus einem gänzlich anderem politischen und historischen, nicht eurochauvinistischen oder rassistischen Kontext heraus.

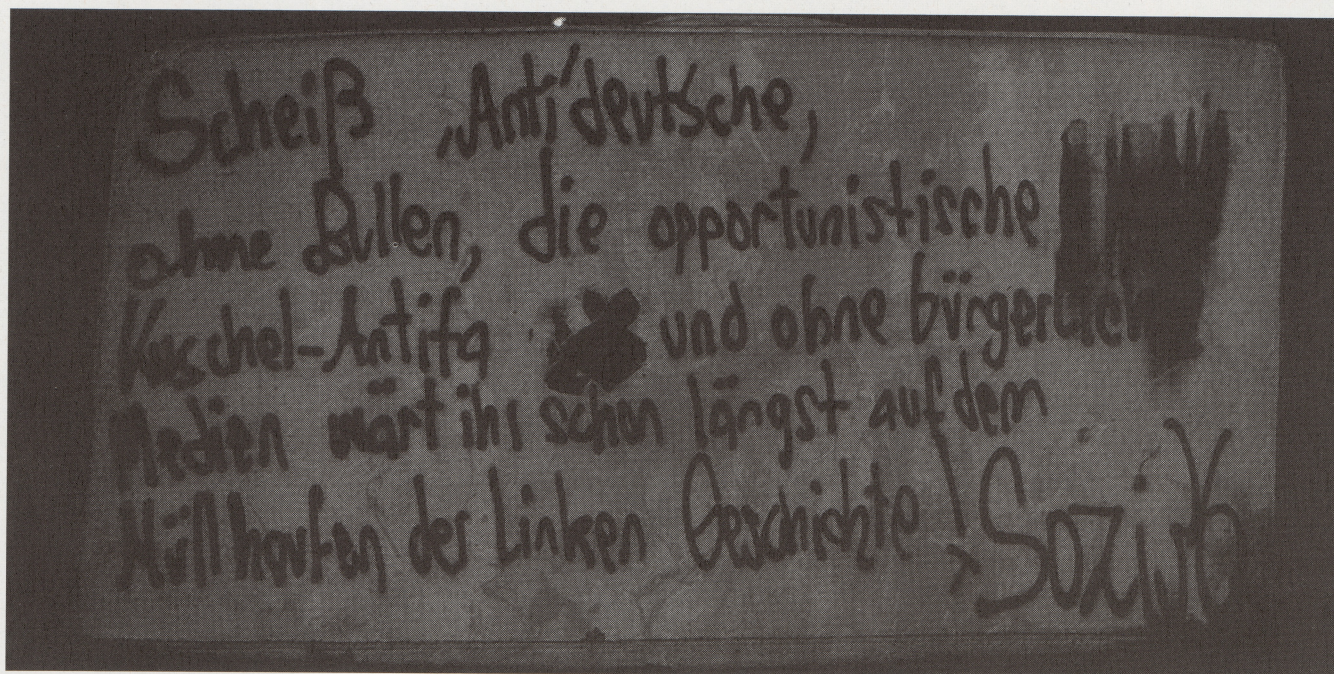
[9] An dieser Stelle ist es uns wichtig zu erwähnen: Die AANO war keine Vorläuferorganisation der NEA oder ihrer Vorläuferorganisationen.

[10] jw-Leserin, 02.02.2003: Radikale Linke und der Krieg. Eine Positionsbestimmung. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://de.indymedia.org/2003/02/40279.shtml>.

[11] Bax, Daniel, 18.01.2017: Peinliche Posse bei den Politologen, taz. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://taz.de/Meinungsfreiheit-an-Berliner-Universitaet/!5372052/>.

[12] Antifas Sachsen-Anhalt, 10.04.2019: Polizei – Weder Freund noch Helfer? Nicht für die reaktionären aus Halle! Kurzbericht aus Magdeburg. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://de.indymedia.org/node/31229>.

[13] Aufruf von 240 Jüdischen und Israelischen Wissenschaftlern an die Bundesregierung zu BDS und Antisemitismus, 3.06.2019. Zugriff am 26.09.2019 unter <https://de.scribd.com/document/412474418/Aufruf-von-240-Judischen-und-Israelischen-Wissenschaftlern-an-die-Bundesregierung-zu-BDS-und-Antisemitismus>.



DIE DEUTSCHE NATION UND DAS POGROM

HISTORISCHE KONTINUITÄTEN VON ROSTOCK BIS HEUTE

VON DER RASSISMUS TÖTET!-KAMPAGNE
(ERSTVERÖFFENTLICHUNG IN ZAG – ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT 62/2012)

An das wiedervereinigte Deutschland denken bedeutet: An das Pogrom in Rostock im August 1992 zu denken. An Rostock zu denken, bedeutet: An Mannheim, Hoyerswerda, Solingen und etliche andere feige Anschläge auf das Leben nicht-deutscher Menschen zu denken.

Da das Pogrom von Rostock von vielen Politiker_innen als Argument für die faktische Abschaffung des Asylrechts inszeniert [1] und instrumentalisiert wurde, nimmt es in der historischen Betrachtung eine exponierte Stellung ein. Zu keinem anderen Zeitpunkt der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte arbeiteten Volksmob, Neonazis, die Regierung, die Exekutive in Form der Behörden und der Polizei, die Judikative und die »vierte Gewalt im Staat«, die Medien, so konform Hand in Hand. Zu keinem anderen Zeitpunkt entfaltete das Bündnis zwischen Elite und Mob einen derartigen Wirkungsgrad, so dass eine Änderung des Grundgesetzes möglich wurde.

Rostock ist das Ergebnis politischer Weichenstellungen und zugleich der Gipfel einer nationalistischen Dynamik. Diese Dynamik ermöglichte eine Welle rassistischer Gewalt und gezielter Anschläge auf Wohnunterkünfte nicht deutscher Menschen, die Rostock sowohl repräsentiert als auch verstärkt hat. Die Zahl der rassistischen Angriffe erfuhr nach Rostock bundesweit Anfang bis Mitte September 1992 eine besonders hohe Konzentration: In einer Woche wurden mindestens 48 Übergriffe auf Migrant_innen und ihre Unterkünfte gezählt, davon fanden 15 im Westen statt. Ermutigt

– wohl auch durch das jämmerliche Bild, das Politik und Polizei bei der Rostocker Gewaltorgie boten – bedrohten rechte Gewalttäter_innen und deren Mitläufer_innen binnen sieben Tagen in mindestens 40 Fällen Ausländer_innen-Wohnheime mit Brandsätzen und Steinen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei – eine flächenbrandartige Gewaltorgie. [2]

Im November 1992 folgte ein Brandanschlag auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln. Zwei Kinder und ihre Großmutter starben, neun Menschen wurden teilweise schwer verletzt. Durch die hohe Konzentration der Gewalt in diesem Zeitabschnitt können wir gut und gerne von einem einzigen, mehrere Jahre andauernden Pogrom sprechen (vgl. Pogromdefinition in der Langversion auf zag-berlin.de).

Das Pogrom gibt es schon seit der Antike und es erfuhr in der christlichen, mittelalterlichen Gesellschaft eine regelrechte Ritualisierung. Im 20. Jahrhundert mündete die Dynamik, die mit Pogromen begann, in Konzentrationslagern. Spätestens seitdem sollte die Wiederholung von Pogromen endgültig aus den Handlungsoptionen einer modernen Zivilgesellschaft verschwunden sein. Wie ist es möglich, dass keine drei Generationen nach der Barbarei des Nationalsozialismus die Deutschen in alte Verhaltensmuster vom »Ausmerzen« verfallen? Die folgenden Ausführungen sind der Versuch, die vorhergehende Frage genauer zu beantworten und die Hypothese zu belegen, dass das



Pogrom ein zentrales Element der deutschen Geschichte ist. Bei näherer Betrachtung der deutschen Geschichte stößt man auf erschreckende Kontinuitäten. Das Pogrom ist demnach nicht nur eine urchristliche Tradition, die von der entstehenden deutschen Nation übernommen worden ist, es scheint sogar so, als habe das Pogrom als Katalysator für die Nationengründung gedient.

DIE GESCHEITERTE DEUTSCHE REVOLUTION

1817 riefen Studentenschaften während des Wartburgfests, dem Auftakt der zum Scheitern verurteilten deutschen Revolution, mit dem Ruf „Wehe über die Juden!“ zur Verbrennung von Büchern jüdischer oder semiphiler Schriftsteller_innen auf. Im August 1819 breitete sich mit den sogenannten »Hep-Hep-Unruhen« eine gewaltsame, rassistische Krawallserie von deutschen Großstädten bis Kopenhagen und Amsterdam aus. Während der Pogrome wurden Häuser und Geschäfte

geplündert und zerstört, Synagogen in Brand gesteckt und jüdische Menschen unter dem Kampfruf: „Nun auf zur Rache! Unser Kampfgeschrei sei Hepp, Hepp, Hepp! Allen Juden Tod und Verderben, ihr müsst fliehen oder sterben!“ misshandelt.

Viele Deutsche sahen im angestrebten deutschen Nationalstaat schon vor 1848 einen „Organismus“ und verbanden mit diesem biologischen Sprachbild oft Kritik an „Volksschädlingen“ und unproduktiven „Schmarotzern“. Diese Verachtung bezog sich wie auf die „Wucherer“ im Mittelalter weiterhin vor allem auf Juden_Jüdinnen. Die Mehrheit behandelte Jüdinnen und Juden als Menschen minderen Werts und Rechts und fürchteten den Verlust ihrer eigenen ständischen Privilegien.

Dies wog schwerer als die Aussicht auf mehr demokratische Partizipation. Der bürgerliche Demokratieprozess unterlag besonders im deutschsprachigen Raum ständigen Rückschlägen und war nur mit staatlichen Verordnungen durchsetzbar, die zudem traditionelle Diskriminierungen beibehielten. [3]

DIE AUFKLÄRUNG ALS VEHIKEL ANTISEMITISCHER EINSTELLUNGEN

Ideologischen Rückenwind für die Transformation des mittelalterlichen Antisemitismus in den modernen Antisemitismus lieferten die Aufklärer, die geistigen Gründungsväter der europäischen Demokratie. Namhafte deutsche Staatsphilosophen wie Kant und Hegel frönten gemeinsam mit dem Volk dem wahnhaften Antisemitismus. Der Berliner Schriftsteller Friedrich Buchholz bedauerte, dass man die Juden zu seiner Zeit nicht mehr hatte vertreiben können. Gleichwohl erörterte er, diese Möglichkeit öffentlich ausführlich. In Folge dieser rassistischen Hetze hielten die Vertreibungen weiter an. Dazu aktivierten gebildete Frühantisemiten gern »Volkes Stimme«.

„Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, dass sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie ein durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein zu erhalten wünsche. [...] Ein gütiger und gerechter Herrscher fürchtet das Fremde und Entartete, welches durch unaufhörlichen Zufluss und Beimischung die reinen und herrlichen Keime seines edlen Volkes vergiften und verderben kann. Da nun aus allen Gegenden Europas die bedrängten Juden zu dem Mittelpunkt desselben, zu Deutschland, hinströmen und es mit ihrem Schmutz und ihrer Pest zu überschwemmen drohen, da diese verderbliche Überschwemmung vorzüglich von Osten her nämlich aus Polen droht, so ergeht das unwiderrufliche Gesetz, dass unter keinem Vorwande und mit keiner Ausnahme fremde Juden je in Deutschland aufgenommen werden dürfen, und wenn sie beweisen können, dass sie Millionenschätze bringen.“

Ernst Moritz Arndt, deutscher Schriftsteller und Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, dem ersten frei gewählten Parlament für die „deutschen“ Nachfolgestaaten.

Im Verlauf der Märzrevolution 1848/49 kam es besonders in süd- und ostdeutschen Regionen und etwa 80 Städten, darunter Berlin, Köln, Prag und Wien, zu schweren antijüdischen Exzessen. Neben Zerstörung von Kreditbriefen

und Schuldenakten wurden dabei immer wieder Vernichtungsdrohungen laut, sowohl von Seiten aufständischer Bauern_Bäuerinnen wie antirevolutionärer Bürger_innen. Beide gaben den Juden_Jüdinnen für Not und Revolution die Schuld. Seit 1879 und verstärkt seit 1918 bildeten sich in Deutschland und Österreich neue politische Parteien, deren Programme zur „Lösung der Judenfrage“ die Vertreibung, teilweise sogar Ausrottung der europäischen Juden forderten. Beide deutsche „Revolutionen“, 1848 und 1989, und der Nationalsozialismus haben vor allem eins gemeinsam: Sie beziehen die deutsche Identität aus der sozialen Exklusion der „Fremden“ und „Entarteten“, die durch rassistische Propaganda des Bürgertums und organisierte Pogrome vollzogen wird.



KONTINUITÄTEN IN DER PROPAGANDARHETORIK

Die Pogrome nach Wartburg und während der sogenannten Märzrevolution und die des Nationalsozialismus weisen frappierende Übereinstimmungen zu den Pogromen nach der deutschen Wiedervereinigung auf. Soziale Konfliktherde in Verbindung mit historischen Umbrüchen begünstigen eine eliminatorische, irrationale Wut gegen alles andere. Eine vom Bürgertum initiierte nationalistische Propaganda schürt den Unmut auf den »unaufhörlichen Zufluss« durch Fremde, die „zu Deutschland hinströmen und es mit ihrem Schmutz und ihrer Pest zu überschwemmen drohen“ und nutzen ihn für ihre Machtinteressen. Drei Elemente der oben zitierten Hetzschrift aus dem 19. Jahrhundert zeigen starke Parallelen zur Propaganda der 1990er auf (für den direkten Vergleich wird die NS-Propaganda nicht einbezogen):

1) Bildsprache – Kollektivsymbole

Extrem auffallend sind die Kontinuitäten in der Bildsprache: der Terminus der „verderblichen Überschwemmung“ und des „unaufhörlichen Zuflusses“, durch ein „fremdes Volk“, das nach Deutschland „hinströme“, findet seine Fortsetzung in der Polemik der „Asylantenschwemme“. „Asylanten verstopfen alles“ war zum Beispiel der diskriminierende Wortlaut eines Titels aus dem Spiegel im Jahr 1990. Auch auf plakativer Ebene verstand es der Spiegel, Flüchtlinge als Gruppe zu homogenisieren und auf entmenschlichende Weise zu einer einzigen „Schwemme“ zu stilisieren. Auch die Boulevard- und die Lokalpresse griffen diese Bildsprache auf und halfen ebenfalls, schon Jahre vor den Pogromen, durch die Generierung alter „Volkskörper“-Denkmechanismen ein rassistisches Klima zu schüren.

2. Forderung nach biologischer Reinheit

Die Biologisierung des Nationenbegriffs zog hygienische Betrachtungen des eigenen und des „fremden Volkes“ mit sich;

so waren die Deutschen vom „herrlichen Keime“, deswegen „rein zu erhalten“ vor „remdartigen Bestandteilen“, die „giftig“ und „verderblich“, „schmutzig“ sind und „ihre Pest bringen“. „Für uns im Block sind das auf Deutsch gesagt Dreckschweine. Die scheißen und pissen um unseren Block, die liegen in jeder Ecke und bumsen auf der Wiese. Man kann hier nachts überhaupt nicht mehr das Fenster aufmachen. Das stinkt hier an allen Ecken und Enden. (...) Dagegen sind wir. Und dieser Zustand, der muss sich hier endlich mal ändern!“ so ein Lichtenhagener während des Pogroms in Rostock am 21. August 1992 unter Applaus. „(...) Aber wie die sich hier bewegen, das geht doch gegen jede deutsche Norm. Da sind wir Deutschen ganz anders. Für Sauberkeit, für Ehrlichkeit.“ Passend dazu ein anderer „ordentlicher“ Bürger. Wieder erscheint die eigene Gesellschaft und Kultur als geordnetes Lebensgefüge, jene der Migrant_innen wird unter Verwendung alter Stereotype als chaotisch beschrieben.

Auf höherer Ebene begegnen wir immer wieder einer Form der Forderung nach ethno-biologischer Reinhaltung der Deutschen, die sich in den Diskussionen um die Erhöhung der Geburtenrate als Ersatz für die Einwanderung widerspiegelt.

„Wirtschaftsasylanten“: DIHT-Chef fordert mehr Kontrolle. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans Peter Stihl, hat eine Begrenzung der Zahl von „Wirtschaftsasylanten“ gefordert. „Wir brauchen eine geregelte Zuwanderung, keinen unkontrollierten Strom von Wirtschaftsasylanten“, sagte Stihl der Bild-Zeitung. Bei „echten politischen Asylanten“ dürfe es allerdings „keine Begrenzung“ geben. Der DIHT-Präsident appellierte an alle Firmenchefs in Deutschland, mit aller Härte gegen Rechtsextreme in den Betrieben durchzugreifen. „In meiner Firma gilt: Wer am Arbeitsplatz verfassungsfeindliche Symbole zur Schau trägt oder ausländische Kollegen belästigt, fliegt sofort



raus.“ Unterdessen hat der sozialpolitische Sprecher der CSU-Bundestagsgruppe, Johannes Singhammer, von der Bundesregierung eine „aktive Bevölkerungspolitik“ zur Hebung der Geburtenrate gefordert. Nur so könne der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft begegnet und das für die Sozialsysteme bedeutsame Gleichgewicht zwischen den Generationen wiederhergestellt werden, sagte Singhammer am Dienstag in Berlin. Das Thema müsse im Bundestag ohne Tabus auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Die Zahl der Geburten muss nach Ansicht des CSU-Politikers in Deutschland langfristig wieder so weit zunehmen, dass die Zahl der Sterbefälle ausgeglichen wird.“ (Tagesspiegel, 22. August 2000)

3. Forderung nach dichten Grenzen

Der Ruf nach der totalen Abschottung, dem „unwiderruflichen Gesetz“, das danach trachtet, keinen „Vorwand“ und keine „Ausnahmen“ zuzulassen, wurde schon im 20. Jahrhundert laut. Ministerpräsident Seite (CDU) ließ 1992 anlässlich der Pogrome in Rostock wieder „Volkes Stimme“ reden: „Die Vorfälle der vergangenen Tage

machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsen Zustrom von Asylanten überfordert wird.“ Das Bedürfnis der Deutschen nach dichten Außengrenzen scheint alt zu sein und dürfte seine Entsprechung im neuen „Asylrecht“ gefunden haben. Um das Asylrecht zum Abschottungsrecht transformieren zu können, musste man das liberale, historisch einmalige und grundgesetzlich verankerte Recht auf Asyl loswerden. Es war eine humanistische Errungenschaft, die bei der Rückkehr zum Blut-und-Boden-Dünkel im Weg stand.

**»EINE DEMOKRATISCHE NATION
WOLLTEN DIE DEUTSCHEN AUS DER WIE-
GE HEBEN (...) DIE AUFSÄNDE LIEFEN
AUF RASSISTISCHE GEWALT HINAUS, DIE
DEUTSCHE REVOLUTION SCHEITERTE.«**

WIR SIND DAS VOLK?

Das große, deutsche „Wir“, die gemeinsame Identität funktioniert allem Anschein nach nur über die Abgrenzung gegen „die Anderen“. Die ersten Nationalbestrebungen entstanden unter der napoleonischen Besatzung 1792 bis 1815, also unter Fremdherrschaft. Die kulturell und im Dialekt sehr heterogene Bevölkerung fand sich im Kampf gegen die Besetzung in einer gemeinsamen antifranzösischen Definition von „deutsch“ oder „Freiheit“ wieder. Die nach dem napoleonischen Vorbild eingeführte Wehrpflicht ermöglichte der preußischen Armee den Sieg über die französischen Truppen in der entscheidenden Schlacht 1813 in Leipzig. 1848 war die Situation eine andere. Die Franzosen waren nicht mehr da. Eine demokratische Nation wollten die Deutschen aus der Wiege heben – durch eine Revolution nach französischem Vorbild. Die Aufstände liefen auf rassistische Gewalt hinaus, die deutsche Revolution scheiterte.

Sicherlich kann man hier nicht monokausal argumentieren, aber den komplexen Zusammenhang durch Fragen näher beleuchten: kann man die antijüdischen Gewaltexzesse, die die sogenannte Revolution begleiteten, als „Nationwerdung nach innen“ (Dietrich Beyrau) bezeichnen? Wo sind die Parallelen zur deutschen „Revolution“ 1989/90? Einige Parallelen sind nicht zu übersehen: Das Land stand bis zum Mauerfall ebenfalls unter Besetzung „fremder Herrschaft“ und war geteilt. Während die westlichen Alliierten ihre Hegemonie eher „moderat“ über Marshall-Pläne ausübten, standen die Ostdeutschen unter dem klar fühlbaren Diktat der Sowjetunion. Eine Situation, die den Konditionen im 19. Jahrhundert sehr ähnelt. Wieder verstärkt der Eindruck der Fremdherrschaft das Streben nach der deutschen Einheit, wirkt geradezu katalytisch auf nationale Sehnsüchte, die sich schließlich Bahn brechen. Auch die Betrachtung der Art des überregionalen, zeitgleichen Verlaufs der Pogrome belegt die Analogie zwischen den Ereignissen 1848, 1938 und 1992.



RESÜMEE

Bei drei deutschen Staatsgründungen beziehungsweise Gründungsversuchen waren extremer Nationalismus und rassistische Pogrome charakteristische Begleiterscheinungen: Bei der gescheiterten Märzrevolution 1848, bei der Gründung des NS-Regimes und bei der Wiedervereinigung. Somit nimmt das Pogrom eine zentrale Stelle in der deutschen Geschichte ein und muss gesondert aufgearbeitet werden. Das wird tunlichst vermieden, indem schon das Wort umgangen wird. Die Pogrome während der Märzrevolution sind euphemisierend und zynisch als „Hepp, Hepp-Unruhen“ in die deutsche Geschichtsschreibung eingegangen. Zynisch, weil der Schlachtruf der rassistischen Deutschen, also die Perspektive der Täter_innen schon bei der Benennung dieses Ereignisses immer wieder reproduziert wird. Euphemistisch, weil das Wort „Unruhen“ bei weitem das Ausmaß der Gewalt nicht fassen kann und deswegen krass verharmlosend ist. Genau an diese Wahl des Wortfeldes schließt die Benennung der Pogrome in den 1990ern als „Randale« und Ausschreitungen“ an. Durch die Vermeidung des Wortes fehlt der Ansatz für jegliche Aufarbeitung der Pogrome als solche und sein Gehalt an rassistischen Idiomem. Stattdessen können solche kollektiven Gewaltausbrüche unter der Bezeichnung als „Randale“ unter andere Ereignisse, die als solche bezeichnet werden, verbucht werden. [4]

»DURCH DIE VERMEIDUNG DES WORTES FEHLT DER ANSATZ FÜR JEGLICHE AUFARBEITUNG DER POGROME (...) STATTDESSEN KÖNNEN (...) GEWALTAUSBRÜCHE UNTER DER BEZEICHNUNG ALS „RANDALE“ UNTER ANDERE EREIGNISSE, DIE ALS SOLCHE BEZEICHNET WERDEN, VERBUCHT WERDEN.«

QUELLEN & ANMERKUNGEN

Dieser Artikel ist eine stark gekürzte Version. Der vollständige Artikel ist unter <http://www.trend.infoartisan.net/trd0912/t180912.html> zu finden.

[1] Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Asylbewerberheim in Flammen aufging. 2002. Edition Ost.

[2] Spiegel [Hrsg.], 07.09.1992: Eben mal abfackeln, in: Spiegel 37/1992. Zugriff am 26.09.2019 unter www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690098.html.

[3] Bein, Alex: Die Judenfrage, Band 2: Anmerkungen, Exkurse, Register. Deutsche Verlagsanstalt 1980, S. 158.

[4] So geschehen in der medialen Aufarbeitung der Pogrome in Rostock, als der rassistische Mob mit den Hafenstraße- oder Brokdorf-Aktivist_innen gleichgesetzt wurde.



DIE DDR UND DER NEUE FASCHISMUS (II)

NEOFASCHISTEN UND DER TIEFE STAAT IM: AUFBAU BRAUN

VON GERONIMO MARULANDA (RE:VOLT MAGAZINE)

Im vorangegangenen Beitrag wurde darauf hingewiesen, dass eine kritisch-solidarische Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR fehlt und deshalb Erklärungsansätze für den Rechtsruck in der Linken populär sind, die sich allzu oft mit bürgerlichen Positionen überschneiden. Doch fehlt nicht nur die solidarisch-kritische historische Aufarbeitung. Zu einem Verständnis der Virulenz des Rechtsradikalismus im Osten Deutschlands mangelt es auch an Verständnis für die Rolle des westdeutschen Staates, seiner strategischen Zielstellung als gesamtdeutscher Staat und seinem Verhältnis zum parallel laufenden neofaschistischen Aufbau. Die Frage des Verhältnisses zwischen Abwicklung des Sozialismus, Entwicklung eines gesamtdeutschen Nationalismus, Wiedereinstieg in die Weltpolitik als imperialistische Macht und faschistischem Aufbau soll nachfolgend Thema sein.

ABWICKLUNG DER DDR UND NATIONALE WIEDERGEURT

Mit der Annexion der DDR 1989 begann die umfassende Demontage des sozialistischen Staates. Zunächst wurden sämtliche staatlichen Institutionen von Personen gesäubert, die als überzeugte Kommunist*innen eingestuft wurden und de facto Berufsverbote eingeführt. [1] Die frei gewordenen Stellen besetzten zumeist *vorbildliche westdeutsche Demokrat*innen*. [2] Danach setzte die Abwicklung der DDR-Wirtschaft über die Treuhand ein. Waren bereits zuvor Viele aufgrund ihrer politischen Überzeugungen aus ihren Berufs- und Lebensbiografien

gerissen worden, folgte nun die zweite Welle der Repression. Aus den *blühenden Landschaften* entwickelten sich Binnen-Migrations-Gebiete mit kollabierender sozialer, kultureller und ökonomischer Infrastruktur. Gleichzeitig setzte eine Institutionalisierung des antikommunistischen Diskurses ein - mit dem Ziel der nachhaltigen Delegitimierung des sozialistischen Staats als *zweite deutsche Diktatur* in direkter Kontinuität zum NS-Faschismus. [3] Damit waren auf drei Ebenen - personell-strukturell, ökonomisch und ideologisch - die Weichen auf eine umfassende Delegitimierung gestellt. Einzig im politischen Raum hielt sich mit der SED-Nachfolgerpartei PDS ein gewisser Widerstand und Trotz als politischer Ausdruck gegen die, als aufoktroziert empfundene, westdeutsche Erzählung. Diese Delegitimierung war Voraussetzung für zwei Prozesse, die in den darauffolgenden Jahren forciert werden sollten:

1) Ein gesamtdeutsches, von Westdeutschland geprägtes, nationales Narrativ musste sich ausbilden, um die Legitimität der Annexion zu zementieren. Zentral für diese Homogenisierung des Nationsverständnisses war die Einsortierung der DDR in die *Verfehlungsgeschichte* Deutschlands und eine gegen diese gestellte, vermeintlich demokratische, bundesdeutsche Erzählung des *besseren Deutschlands*. Das Narrativ setzte sich zusammen als vermeintliche historische Linie einigender Momente, angefangen mit der Varusschlacht, über die *friedliche Revolution* bis zum Fußball-Sommernächten in der Kampagne „Du bist Deutschland“. [4] Dazu mussten unliebsame Stimmen unsichtbar gemacht wer-

den. In der gesamtdeutschen Geschichtsschreibung zur so genannten friedlichen Revolution, die alles war, nur keine Revolution, taucht zum Beispiel die oppositionelle DDR-Linke nicht auf. Zu ungemütlich und unvereinbar waren deren Positionen gegen eine Wiedervereinigung, für eine demokratischere DDR auf sozialistischem Fundament. [5]

2) Diese nun homogene, gesamtdeutsche nationale Erzählung schuf die Voraussetzung zur Wiederanknüpfung an großdeutsche Ideen, den erneuten Anspruch auf die Zentralmacht in Europa. Die DDR verhinderte aufgrund ihrer bloßen Existenz als zweiter legitimer deutscher Staat das Wiederaufstehen eines großdeutschen Imperialismus und Nationalismus. Mit ihrer Annexion griffen die deutschen Eliten die jahrelang trotz *Hallstein-Doktrin* [6] verwehrte und sich nun bietende Gelegenheit auf. Spätestens seit der Regierung Schröder/Fischer 1998 befindet sich Deutschland erneut auf Weltmachtkurs - nicht trotz, sondern wegen der Verantwortung von Auschwitz (Joseph Fischer). Die vermeintlich geläuterte und mit neuem nationalen Narrativ versehene Großmacht dominiert nun nach über einem Jahrzehnt Merkel-Regierung den Staatenbund EU ökonomisch, wie politisch. [7]

Zur Verankerung dieser neuen, westdeutschen ideologischen Erzählung, die auf die Zerstörung der DDR-Geschichtsschreibung als alternative Erzählung zielt [8], bedurfte es der Mobilisierung eines gesamtdeutschen Nationalismus. Die Kohl-Regierung und mit ihr der gesamte bürgerliche westdeutsche Parteienblock nahmen spätestens im Rahmen der Asylrechtsdebatte, ganz nach der Devise des ehemaligen CSU-Vorsitzenden Franz-Josef-Strauss, die Herausbildung einer starken neo-faschistischen Szene in Kauf. Strauss bestimmte das Verhältnis seiner Partei zu den Neo-Faschist*innen der NPD in einem Spiegel-Interview 1970 folgendermaßen: „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär

sind. Hinterher ist es immer möglich, sie elegant abzuservieren. Denn mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein“. [9]

DER WESTDEUTSCHE FASCHISMUS UND DIE WENDE

Der deutsche Faschismus stellt weder historisch noch aktuell eine Bewegung dar, die vollkommen abseits des bürgerlichen Staates existiert(e). Allein ideologisch richtet sich die rechtsradikale Agenda nicht gegen den deutschen Staat an sich, sondern nur gegen seine derzeitige (parlamentarisch-demokratische) Form. Was die Neo-Faschist*innen stört und worin sich ihre Kritik erschöpft, ist, dass die BRD nicht gänzlich so funktioniert, wie ihre Armee. Ergo ist es für den*die durchschnittliche*n Neofaschist*in durchaus opportun, zur selben Zeit im Dienste des Staats zu stehen, und diesen gleichzeitig ideologisch anzugreifen. Der bürgerliche Staat und bürgerliche Parteien wiederum hatten vor und auch nach der faschistischen Herrschaft ein pragmatisches und immer auch widersprüchliches Verhältnis zu den *nationalen Kräften* - insbesondere im Kontext des Kalten Kriegs.

»DER BÜRGERLICHE STAAT UND BÜRGERLICHE PARTEIEN WIEDERUM HATTEN VOR UND AUCH NACH DER FASCHISTISCHEN HERRSCHAFT EIN PRAGMATISCHES UND IMMER AUCH WIDERSPRÜCHLICHES VERHÄLTNIS ZU DEN ,NATIONALEN KRÄFTEN' (...)«

Nach 1945 ließ beispielsweise der US-amerikanische Geheimdienst CIA mit Kenntnis Konrad Adenauers den hochrangigen Ex-Nazi-



General Reinhard Gehlen den Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes (BND) aufbauen. Dieser organisierte bevorzugt mit alten Nazi-Kontakten im Petto in den darauffolgenden Jahrzehnten eine *stay behind*-Armee mit dem Namen Gladio [10], die sich überwiegend aus deutschen Neo-Faschisten rekrutierte. Solange die Rechtsradikalen in taktischer Übereinstimmung mit reaktionären politischen Interessen im Staatsapparat und den Eliten standen, ließ man sie gewähren, verdunkelte und vertuschte ihre Taten. Wenn sie über die Stränge schlugen, überzog man sie mit Organisationsverböten und zerschlug einige Strukturen, ließ andere dafür unversehrt oder tolerierte bloße Umbenennungen. An diesem Verhältnis der grundsätzlichen Staatsnähe und der taktischen Kollaboration bei Interessensüberschneidung hat sich bis heute wenig geändert, wie wir seit dem Scheitern des NPD-Verbots 2001-2003 [11], sowie der Selbstenttarnung des NSU [12] wissen - und derzeit anhand des Mordfalls Lübcke (CDU) erneut erleben [13]. Die Mehrheit der neo-faschistischen Strukturen ist von V-Leuten durchgesetzt; gleichzeitig finden sich viele

radikale Rechte in bürgerlichem Gewand in den Apparaten wieder [14].

Wenig bekannt ist dahingegen, dass bereits in den 1980er Jahren viele aufkommende neo-faschistische Gruppen und Parteien Arbeitspläne für Ostdeutschland entwickelten. Ende der 1970er mobilisierte und organisierte sich eine neue Generation von Neo-Faschist*innen abseits der traditionellen Rechten (bis dahin vorrangig repräsentiert von der NPD) in der Bundesrepublik. Zentrale Kader der neofaschistischen Bewegung in den 1980ern und 1990ern organisierten sich zuvor in der vom US-Neo-Nazi Gary Lauck 1972 gegründeten Nazi-Internationale NSDAP-AO. Dieser Organisation entsprangen so bedeutende Kader der 1980er/1990er-Rechten, wie der Österreicher Gottfried Küssel, neben Michael Kühnen, Christian Worch, Arnulf Priem, Christian Malcoci und Michael Swierczek. Die politische Agenda des westdeutschen Neo-Faschismus lässt sich auf einen aggressiven Antikommunismus, revanchistische Träume von der Wiederauferstehung des großdeutschen Reichs, Militarismus und eliminatorische Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise Antisemi-

tismus zusammenfassen. Die entsprechenden Publikationen der 1980er Jahre quellen dementsprechend über vor solchen Inhalten. Als besondere Schmach wird hier immer wieder die Besatzung durch die *imperialistischen Mächte* USA und Sowjetunion herausgehoben. Der Antisemitismus äußert sich via Holocaustleugnung, offener Entmenschlichung in Karikaturen oder aber in einer vermeintlichen Kritik an israelischer Politik, die unverhohlen gegen Jüdinnen und Juden gerichtet ist. [15]

DIE NATIONALISTISCHE FRONT

Die strasseristische [16] Nationalistische Front (NF) war eine teils aus der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), teils von FAP-Kadern gegründete NS-Kaderorganisation. Dieser Anspruch wurde gegen die rechten *Wahlparteien* (NPD/DVU) in Stellung gebracht, in Abgrenzung zu einem bewegungsnahen Konzept. In der von der NF herausgegebenen Zeitung *Nachrichten aus der Szene* (2/88) skizziert diese im Strategieartikel „Langsam aber gewaltig“ folgende, für die radikale Rechte neuen, Komponenten ihrer Organisierung: „Aber eine Wahlpartei ohne Kader erreicht das Ziel ebenso wenig, wie ein Heer ohne Kommandostruktur scheitern muß. Der Kader braucht die große Zahl von Multiplikatoren, die das politische Wollen in breiten Bevölkerungskreisen bekanntmachen (...) Dazu benötigen wir (...) effektive Verteilerstrukturen, straff organisierte und disziplinierte Basisgruppen, nationalistische Zentren, Kader (...) Nur der organisierte Wille bedeutet Macht!“ [17] Die NF entfaltete als eine der ersten westdeutschen neo-faschistischen Gruppen eine Art von Gegenmacht-Konzept mit hegemonietheoretischen Bezügen – damals noch ohne Rekurse auf den kommunistischen Theoretiker Antonio Gramsci. [18] Hinzu kommen dokumentierte Kontakte der Organisation und besonders ihres Führers Andreas Pohl zu ostdeutschen Hooligans und Skinheads zwischen 1983 und 1985 in Ostberlin. [19] 1987 schrieb Pohl selbst in einer



Kolumne der NF-nahen *Klartext* (5/2 Nr.17) von seinen vergangenen Besuchen: „Schon seit Jahren besteht zwischen SKINS und Fußballfans von Hertha BSC und Union Ost Berlin ein festes Bündnis der Freundschaft, das sich leider, bedingt durch die Mordmauer, nur in Besuchen unsererseits ausdrückt“ [20]. Die Kontakte liefen also maßgeblich über Westberlin. Bespielt wurden dabei sowohl der BFC Dynamo, als auch Union Ost-Berlin. Die Kontakte bestanden weiterhin, trotz DDR-Einreiseverbot für Pohl ab 1985. Bedenkt man, dass die Entstehung einer rechtslastigen Skinhead- und Hooligankultur auf das Jahr 1982/83 datiert wird, fällt also die Organisierung dieser Subkultur in so genannte Fascho-Gruppen [21] zusammen mit der Präsenz westdeutscher Nazi-Kader des NF.

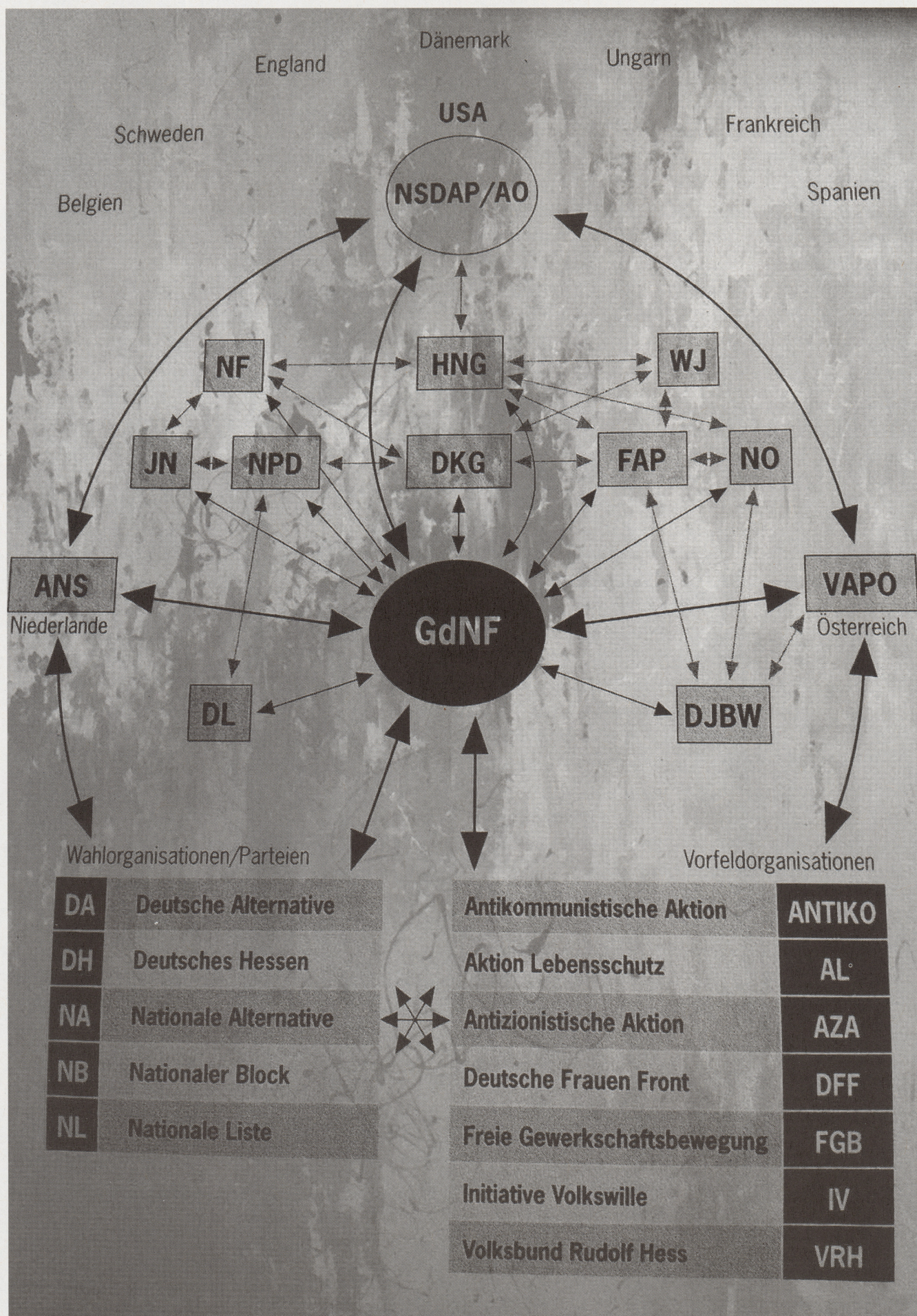
DIE GDNF: EINE NEUE NSDAP

Die bedeutsamere Organisierung war jedoch die westdeutsche Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdnF) und die ihr angeschlossenen Organisationen, unter anderem die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA, verboten 1983), später die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP, verboten 1995). Die Kadergruppe um den Führer Michael Kühnen bestand unter anderem aus dem bis heute aktiven Neofaschisten Christian Worch (heute: die Rechte), dem österreichischen Neo-Faschisten Gottfried Küssel und dem ostdeutschen neuheidnischen Rocker Arnulf Priem. Diese Führungsgruppe, die sich explizit auf Adolf Hitler und die NSDAP bezog, gab im Zuge der Wende einen „Aufbauplan Ost“ heraus, der über mehrere Etappen realisiert wurde. Die Organisation und ihre Vorfeldstrukturen war nachweislich ab 1989, bereits zur Zeit der Montagsdemonstrationen, im Gebiet der ehemaligen DDR (*Mitteldeutschland* im Nazi-Sprech) aktiv [22]. Mit der Deutschen Alternative (DA) verfügte man als weitere Vorfeldstruktur über einen Arm im Osten, der als eine Art *Umbrella*-Organisation auch Mitglieder und Sympathisant*innen von NPD (im Osten 1990: Mitteldeutsche Nationaldemokraten - MND) und der rechtsradi-

kalen Republikaner (REP) sammelte. Mit der Wiking-Jugend (WJ) gab es schließlich sogar einen Kinder- und Jugendverband, der lange Zeit unter Einfluss der GdnF stand.

Grundsätzlich wusste die GdnF geschickt das im Zuge der Wende entstehende und Anfang der 1990er Jahre offensichtlich werdende staatliche Vakuum zu nutzen. Was in der DDR beispielsweise durch die FDJ geboten wurde, erfüllten nun zunehmend an die GdnF angelehnte Jugendgangs. Die Gruppierung erkannte auch als eine der ersten neo-faschistischen Organisationen das Potential der rechtsradikalen ostdeutschen Skinhead- und Fußballszene [23] und ihres radikalen Kerns, der so genannten Fascho-Gruppen. Dieser erfolgreiche Jugendaufbau der GdnF verlief in drei Etappen: (1) 1989 - 1991 organisierte die GdnF die rechtsradikalen Führer der ostdeutschen Hooligan- und Skinheadszone in den städtischen Zentren. Hier ist zum Beispiel die aus der neofaschistischen Hooligantruppe Lichtenberger Front entstandene Nationale Alternative (NA) als Bündnispartner zu nennen. Diese verfügte bereits über ein besetztes Haus in der Berliner Weitlingstraße 122 [24], das in den folgenden Jahren zum Ausgangspunkt von Organisation und militanter Aktion werden sollte. (2)

»DER ÜBERGANG (...) VON EINER SEHR (...) UNORGANISIERTEN RECHTSLASTIGEN SKINHEAD- UND HOOLIGAN-SUBKULTUR ZU EINER KONSPIRATIVEN, STRATEGISCH ARBEITENDEN STRUKTUR (...) WAR (...) ANGELEITET (...) DURCH WESTDEUTSCHE NEO-FASCHISTISCHE KADER«



Die Ausbildung von braunen Ringen um die Großstädte, den Aufbau von Strukturen gezielt in ostdeutschen Kleinstädten, zum Beispiel über rechtsradikale Subkultur-Läden. Schwerpunktregionen waren das Umland von Berlin (Königs-Wusterhausen, Potsdam, Oranienburg), Cottbus (Guben, Hoyerswerda), Chemnitz, Erfurt (Weimar, Arnstadt) und Halle/Leipzig (3) Ab 1991 das verschärfte öffentliche Agieren, darunter massenweise gewalttätige Übergriffe und Aufmärsche bis hin zu den Pogromen in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992).

AN EINEM STRANG IM AUFBAU IN ‚MITTELDEUTSCHLAND‘

Beide Gruppierungen organisierten bereits vor 1989 die sich aus der Skinhead-Subkultur im Osten ausbildende neo-faschistische Subkultur. Nun muss an dieser Stelle die Unterscheidung getroffen werden, dass der Nährboden für die NF-Agitation und Organisation aus der DDR-Gesellschaft selbst entsprang und diese zusammenläuft mit einer Hegemoniekrise der SED über die Jugend und Jugendkultur. Genauso, wie sich Anfang der 1980er eben eine rechtslastige Skinhead- und Hooligankultur ausbildete, entwickelte sich auch eine eher linke Punk- und Hippiebewegung. Beide Alternativbewegungen bekämpften sich vor der Wende und durch die Wendejahre hindurch bis aufs Messer [25], fanden sich paradoxerweise aber zur selben Zeit auf den Montagsdemonstrationen wieder (freilich nicht ohne Gewalt). Der Übergang aber von einer sehr diffusen, unorganisierten rechtslastigen Skinhead- und Hooligan-Subkultur zu einer konspirativen, strategisch arbeitenden Struktur, eben den Fascho-Gruppen, war offensichtlich angeleitet und/oder beeinflusst durch westdeutsche neo-faschistische Kader des NF. Diese Strukturen bildeten sich 1986 aus und begannen eine Infiltrationspolitik in NVA, FDJ und VoPo-Einheiten. Diese wurde begünstigt durch die Tatsache, dass nicht wenige der jungen Neo-Faschist*innen aus Familien von DDR-

Funktionär*innen kamen, weshalb sie schärferer Repression zumeist entgingen. Das Problem wurde offiziell lange Zeit entpolitisiert und geleugnet. Hier liegt eines der großen Versäumnisse und tatsächliches Versagen des DDR-Staats-Antifaschismus offen zu Tage. [26] So war das Entstehen des Bodens, auf dem die *braune Saat* Mitte der 1980er Jahre gedeihen sollte, verschiedenen Faktoren geschuldet:

(1) Der harschen Repression der DDR-Führung gegen die entstehenden Jugendsubkulturen und Kultur im Allgemeinen, was nicht wenige Jugendliche gegen den Staat aufbrachte, antikommunistisch ausrichtete und empfänglich für neofaschistisches Gedankengut machte.

(2) Die in verschiedenen Teilen der DDR-Gesellschaft, genau wie in der BRD, weiterlebenden Kontinuitäten des NS-Faschismus, zum Beispiel in der NDPD, in der SED selbst, in Familienbiografien, wie auch (im Vergleich zur BRD aber deutlich geringeren) Kontinuitäten in den bewaffneten Organen.

(3) Das Unterbleiben breiter Aufklärungskampagnen und öffentlicher Thematisierung dieses ab 1981 immer deutlicher werdenden Problems durch die politischen Institutionen. Darauf aufbauend das Fehlen institutionalisierter Initiativen der Bevölkerung gegen derartige Entwicklungen, als beispielhaft ganz praktisch sichtbares Defizit sozialistischer Demokratie in der DDR.

(4) Schließlich zeigte hier ein rein auf die Verbindung von Faschismus und Herrschaftsinteressen reduzierter, ökonomistischer Faschismusbegriff, so notwendig und wichtig er für eine revolutionäre Linke auch heute noch sein muss, seine Grenzen auf, indem er blind wurde gegenüber ideologischen, wie auch sozialpsychologischen (zum Beispiel biografischen) Voraussetzungen faschistischer Bewegungen. Diese verschwinden schließlich nicht einfach mit dem Aufbau des Sozialismus, sondern setzen sich vielmehr als Widersprüche fort.

Die westdeutschen Faschist*innen erkannten diese Fehler, ebenso wie die westdeutschen Eliten, und nutzten die Schwäche des sozialistischen Systems auf verschiedene Weise. Während es den westdeutschen Eliten um eine Wiedervereinigung unter westlichem Führungsanspruch ging, forderten die Neo-Nazis um Kühnen gleich das alte Reichsgebiet und erweiterten folglich ihr Aktionsgebiet auf *Mitteldeutschland*. Im Kern traf sich der westdeutsche Revanchismus beider politischer Tendenzen objektiv, bei subjektiv unterschiedlicher Programmatik im Antikommunismus, bei dem Wunsch nach Rückkehr zur Weltmacht, nach dem Untergang des 40 Jahre anhaltenden *sozialistischen Blockierers*. So wurden sämtliche radikal rechten Parteien noch zur Zeit der Montagsdemonstrationen aktiv und fordern einmütig mit den Plänen der westdeutschen Eliten *die Einheit*.

DECKUNGSGLEICHHEIT DER INTERESSEN

Unabhängig von der (subjektiven) Rolle verschiedener Teile des Staatsapparats bestand der (objektive) Nutzen der rechtsradikalen Aktivität für die westdeutschen Eliten in den Jahren zwischen 1986 und 1994 ganz klar in der folgenden Reihenfolge:

- (1) der revanchistischen Forcierung des Untergangs der DDR, sowie der Etablierung antikomunistischer, nationalistischer Diskurse, dann
- (2) im Aufbau eines gesamtdeutschen nationalen Narratives, plus chauvinistischem Nationalismus gegen das Zwei-Staaten-Narrativ der DDR als Voraussetzung für neue *Verantwortung in der Welt* und
- (3) der Durchsetzung des Asylkompromisses und damit des ersten massiven Angriffs auf Grundrechte nach der so genannten *Wende*.

Deutlich wird diese seit Beginn taktische,

sich vor allem an bestimmten ordnungs- und migrationspolitischen, strategischen Zielen der westdeutschen Eliten festmachende Beziehung vor allem in den 1990er Jahren. Während das nunmehr gesamtdeutsche Kapital über seine bürgerlichen Parteien den Asyldiskurs in geistiger Brandstiftung münden lässt, wird die radikale Rechte in Pogromen und Gewalt aktiv. Natürlich verlaufen die Wechselbeziehungen von radikaler Rechter und wiedererstarktem deutschen Imperialismus widersprüchlich. Zuweilen agieren die liberaleren Teile des Staatsapparats repressiv gegenüber rechten Aktivitäten. Zuweilen wird aber auch aktiv weggeschaut, wenn Pogrome geschehen [27], Gewalttaten werden verharmlost, Ermittlungen behindert. So kommt es schon in den 1990er Jahren dazu, dass rechtsradikale Umtriebe von Teilen des Apparats schlicht ignoriert werden, andererseits



besonders radikale Strukturen mit Verboten und Repression überzogen werden. [28] Die durchaus anders gearteten Ziele der faschistischen Bewegung verschränkten und verschränken sich eben genau dort in den vergangenen 20 Jahren, wo über die Verstärkung eines gesamtdeutschen Nationalismus unter Inkaufnahme von Ausländer*innenfeindlichkeit, Gewalt und Pogrom Schläge gegen die weiterwirkende ideologische und politische Kontinuität von 40 Jahren Sozialismus gesetzt werden können. Dass in diesem Prozess Widersprüche in den Blöcken auftraten und bis heute auftreten, die zuweilen repressiv (staatlicherseits) oder terroristisch (durch rechtsradikale Gruppen und Personen) ausschlagen, ist evident. Schließlich handelt es sich bei faschistischen Bewegungen und dem bürgerlichen Staat trotz ihrer gemeinsamen Verschränkungen um keine monolithischen, nach einheitlichem Willen gelenkten Strukturen. Die Rolle des Staatsapparats und die Agenden des herrschenden politischen Blocks verlaufen keinesfalls eindimensional im Sinne eines politischen Gesamt-Plans, der von allerlei Institutionen exekutiert wird. Vielmehr ist nach der Selbstenttarnung des NSU-Komplexes ein Netzwerk von Staat und politischen Interessensgruppen klar zu verorten, welches in verschiedenen staatlichen und proto-staatlichen Organen eine rechtsoffene Agenda aktiviert und fördert, die jeweils unterschiedlich stark in den jeweiligen Institutionen umgesetzt wird. [29]

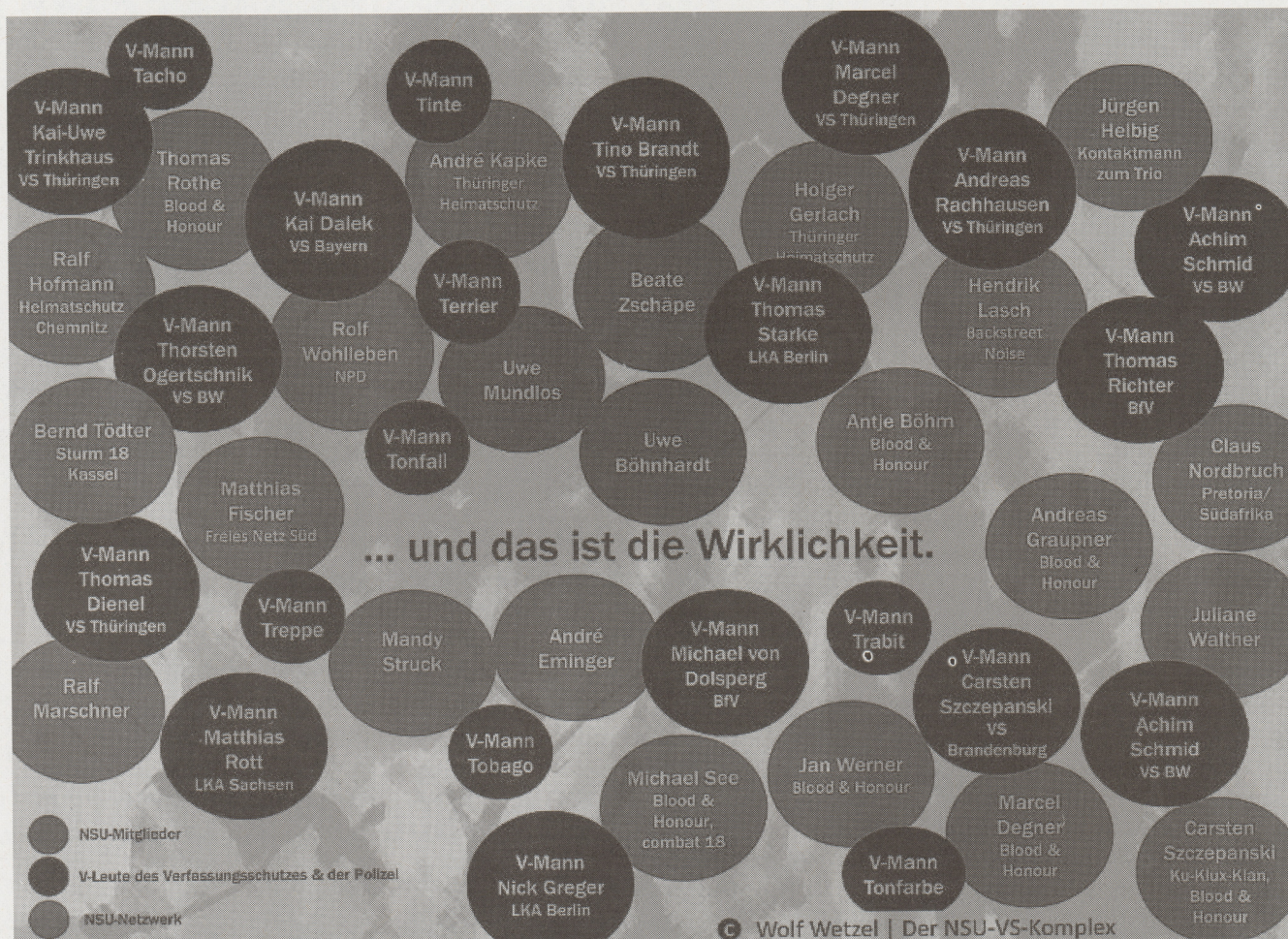
AUFBAU: BRAUN MIT DEM VERFASSUNGSSCHUTZ

Durch die NSU-Prozesse ist inzwischen noch unvollständiges Material zugänglich, das früher verschwörungstheoretisch anmutende Annahmen inzwischen als aktenkundige Realität ausweist. So kann nach der Auswertung der Einsatzgebiete der wenigen im NSU-Prozess bekannt gewordenen Kader und bereits zuvor bekannt gewordener V-Männer folgendes festgehalten werden:

1) Interessanterweise war insbesondere die NF mit V-Agenten durchsetzt. Bekannt ist der NF-Kader Norbert Schnelle, der auf der Gehaltsliste des VS Nordrhein-Westfalen stand und mit seinem Spitzellohn die NF mitfinanzierte. Ein weiterer aufgefolgelter V-Mann im NF ist Bernd Schmitt, seinerzeit am Aufbau rechtsterroristischer Verbände beteiligt, die den Mordanschlag von Solingen [30] verübten. Der niedersächsische VS wiederum setzte den rechtsradikalen Skinhead Michael Wobbe (Deckname: Artland, später: Rehkopf) im NF ein, der dort die Rolle des *Sicherheitschefs* übernahm. Dieser fungierte als Reisekader ab 1992 dokumentiert schwerpunktmäßig in Ostdeutschland. Wobbe verriet sich selbst, indem er sich gegenüber dem BKA als V-Mann zu erkennen gab. [31] Und nicht nur der VS war in der explizit *klandestinen* NF aktiv. Auch der Bundeswehr-Nachrichtendienst MAD platzierte 1989 den Fallschirmjäger Michael P. Der Soldat lieferte militärisches Know How und Material, wurde aber bereits 1990 abgezogen und erhielt 2002 in den USA Asyl. [32] Schlussendlich ist der durch den NSU-Prozess bekannt gewordene Thomas Richter (alias Corelli) zu nennen, der ebenfalls in der NF aktiv war, bevor er nach Verbot der Organisation bei Blood & Honour eingesetzt wurde.

Wir fassen zusammen:

Eine vom VS bis in die Führung infiltrierte, vermeintlich *klandestine* Kaderorganisation unterhält seit 1983 dokumentiert Kontakt zu Skinheadgruppen in der DDR. Zur gleichen Zeit bilden sich aus dieser Subkultur heraus erste *klandestine*, faschistische Gruppen, vermutlich mit angeleitet durch das NF. Diese neu aufgebauten Gruppen begleiten unter anderem inhaltlich und gewalttätig die Montagsdemonstrationen 1989/90 und werden nach der Annexion der DDR Ausgangspunkt von insbesondere von der GdnF und der NF selbst bespielten militanten rechtsradikalen *braunen Ringen* um ostdeutsche Großstädte. Diese wiederum begleiten Pogrome und begehen in den 1990ern nahezu täglich Übergriffe.



2) Der NSU-Prozess deckt nun weiteres auf. So wurden im Zuge des Prozesses die Namen weiterer V-Männer öffentlich, die schwerpunktmäßig mit der militanten Basis des NSU, dem Thüringer Heimatschutz (THS) und folglich mit Blood & Honour/Combat 18 (nachfolgend: B&H/C18) verbunden waren und die in den 1990er bis in die frühen 2000er Jahren eingesetzt wurden. B&H/C18 wiederum war stets der subkulturelle Arm der NSDAP/AO und somit verbunden mit der GdnF. Unumstrittene Führungsfigur von Blood & Honour/Combat 18 ist heute Thorsten Heise, ein ehemaliger Kader der FAP (ergo GdnF).

In den GdnF/NSU/C18-Komplex fallen demnach folgende VS-Aktivitäten und Agenten, die anhand vierer exemplarischer Figuren für vier Schwerpunktregionen des braunen Aufbaus, plus einer Person mit überregionaler Bedeutung vorgestellt werden:

- **Thomas Richter** (alias Corelli / Einsatzgebiet Halle): Noch einmal Corelli. Nachdem dieser V-Mann schon sein Intermezzo in der NF hatte, wurde er nach Verbot der NF in das B&H Netzwerk versetzt. Hier gab er mit VS-Finanzierung die Zeitung *Nationaler Beobachter* heraus und betrieb verschiedene Webseiten. Weiterhin baute er den Nationalen Widerstand Halle (NWH) auf. Insgesamt soll er mehrere hunderttausend Euro dafür erhalten haben. [33]

- **Thomas Dienel** (alias Küche / Einsatzgebiet Erfurt): Inzwischen untergetauchter Gründer und Führer der Deutsch-Nationalen Partei (DNP) in Thüringen, die mit der GdnF verbunden war. Auch Dienel war medial aktiv und gab die neonazistische Zeitung *Mitteldeutsche Stimme* heraus. Diese sei laut Dienel komplett vom VS finanziert worden. [34]

- **Carsten Szczepanski** (alias Piatto / Einsatzgebiet Berlin/Potsdam): Der aus Berlin stammende Szczepanski zog nach der Wende nach

Königs-Wusterhausen in Brandenburg. Seit 1991 war er V-Mann und baute in den Folgejahren eine B&H/C18-nahe Szene auf. Er erhielt laut VS bis zu 50.000 Mark Prämien, mit denen Szczepanski einen an B&H/C18 angeschlossenen Versandhandel und eine C18-Zeitung mit dem Namen *United Skins* herausgab, sowie Konzerte, zum Beispiel in Chemnitz, finanzierte. Die Angabe der Höhe der VS-Zuwendungen ist laut Anwältinnen der NSU-Opfer zu niedrig angegeben und unglaubwürdig. [35]

- **Toni Stadler** (alias Bartok /Einsatzgebiet Guben/Cottbus): Stadler betreibt in Guben den rechtsradikalen Szene-Laden Top One und ist vernetzt mit dem Fanzine *Volkswille*. Weiterhin ist er als ehemaliger Soldat der Bundeswehr in Reservistenkreisen vernetzt. Laut VS arbeitete Stadler lediglich zwischen 2000 und 2002 für den Dienst. Wahrscheinlicher ist, dass Stadler schon lange vorher Kontakte hatte. So gibt er selbst über die Kooperation mit dem VS an, er hätte den Rechtsrock-Handel „niemals in so großem Stil aufgezogen, wenn die Potsdamer mir nicht Straffreiheit zugesagt hätten“. [36]

- **Stefan Lange** (alias Pinocchio/ Einsatzgebiet Berlin/bundesweit): Stefan Lange war einer der ranghohen Führer des seit 2000 verbotenen B&H/C18-Netzwerks. Laut VS, der zunächst versucht hatte, die V-Mann Tätigkeit von Lange unter den Tisch fallen zu lassen, soll dieser erst seit 2002 für den Dienst gearbeitet haben. Journalist*innen bezweifeln dies und nehmen an, dass Lange ebenfalls in den 1990ern angeworben wurde. [37]

Wir fassen zusammen:

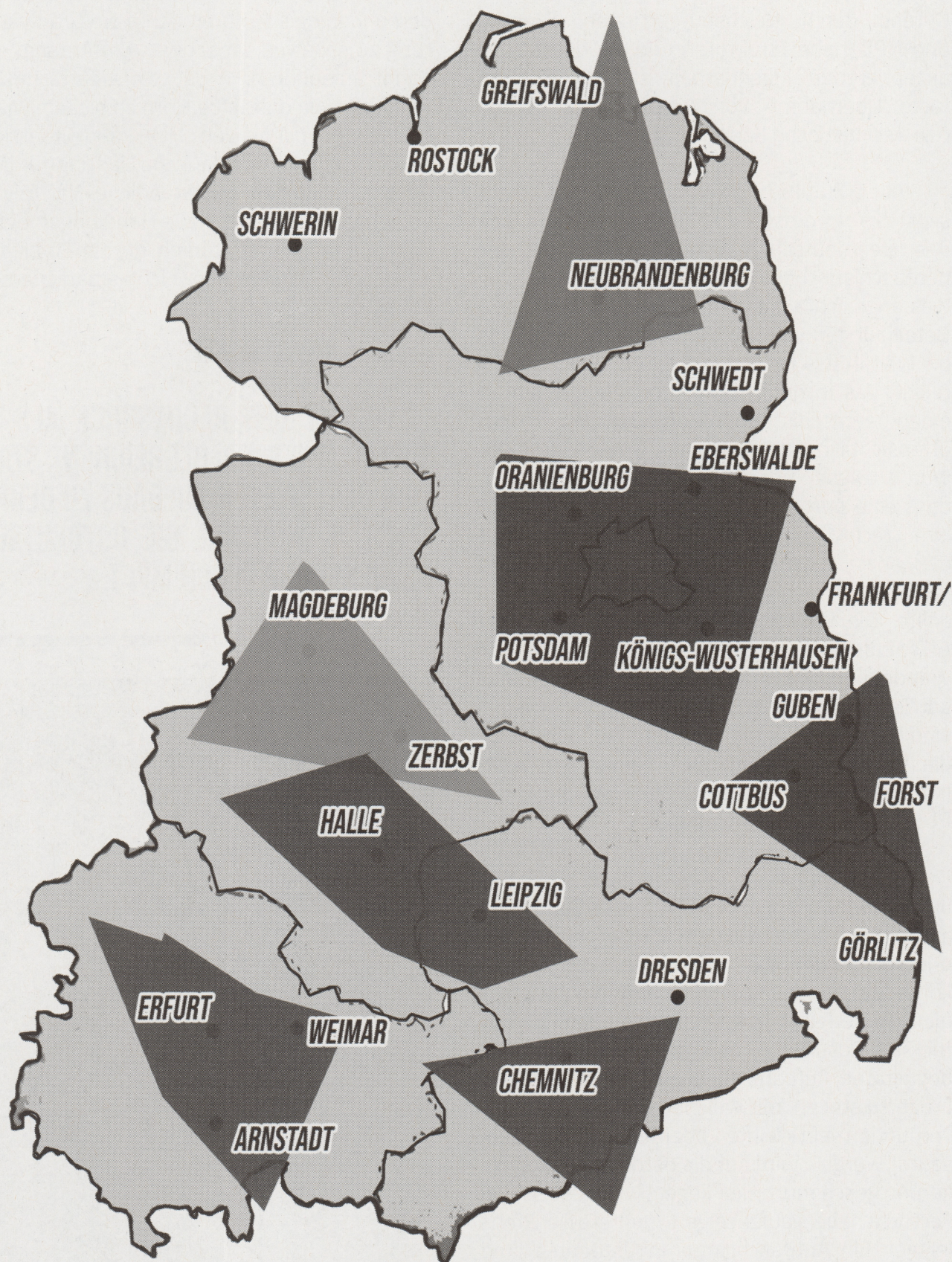
Der VS rekrutiert in den 1990er Jahren im gesamten ostdeutschen Gebiet und insbesondere in den von Neo-Faschist*innen als Schwerpunktzonen deklarierten Gebieten V-Männer. Diese sind in aller Regel keine kleinen Fische, sondern federführend an Strukturentwicklung oder sogar am Aufbau ganzer regionaler Szenen beteiligt und bevorzugt in medialen beziehungsweise institutionellen Schlüsselpositionen tätig (Versandhandel, Medien, lokale Treffpunkte). Die Tätigkeit dieser Personen baut auf dem Struk-

turaufbau der GdnF und NF Ende der 1980er und Anfang der 1990er auf.

»DER VS REKRUTIERT IN DEN 1990ER JAHREN (...) IN DEN VON NEO-FASCHIST*INNEN ALS SCHWERPUNKTZONEN DEKLARIERTEN GEBIETEN V-MÄNNER (...) DIESE SIND IN ALLER REGEL KEINE KLEINEN FISCH, SONDERN FEDERFÜHREND (...) AM AUFBAU GANZER REGIONALER SZENEN BETEILIGT.«

FAZIT: MÖGLICHE ANTWORTEN

Das Problem des Neo-Faschismus in Ostdeutschland ist nicht von den Annexions- und den daran anschließenden neuen deutschen Großmachtplänen seit 1990 zu trennen, sondern geht mit diesen strategischen Zielsetzungen einher. Hier laufen verschiedene Enden zusammen. Es bricht für eine ganze Bevölkerung die biografische Lebenswelt und gewohnte Sozialstruktur zusammen. Hinzu kommen Verarmung und der Kollaps ganzer Infrastrukturen in Ostdeutschland. Der westdeutsche Neo-Faschismus ergreift im Geleit des VS zu den Montagsdemonstrationen seine Chance und greift dabei auf ein bereits bestelltes Feld organisierter ostdeutscher neo-faschistischer Gruppen zurück. Die radikale Rechte gewinnt in den Montagsdemonstrationen durch massive Gewalt die Hegemonie, die Annexion der DDR wird durchgeführt. Anschließend wirbt der VS-Apparat, der ohnehin bereits in NF und GdnF aktiv ist, zentrale Personen in Schwerpunktregionen an und finanziert deren Publikationen und Szenetreffpunkte. Von diesen Schwerpunktregionen gehen der NSU sowie andere Mord- und Totschlags-Kameradschaftsgruppen aus. Weitere Punkte, die



AUFBAU:BRAUN - BRAUNE RINGE

hinzukommen, sind die Kolonisierung des Ostens durch Reichsbürger*innen, Prepper und NPD-nahe Strukturen und die desaströse akzeptierende Jugendarbeit, die für eine de facto Übernahme von Jugendzentren durch neo-faschistische Kader sorgte.

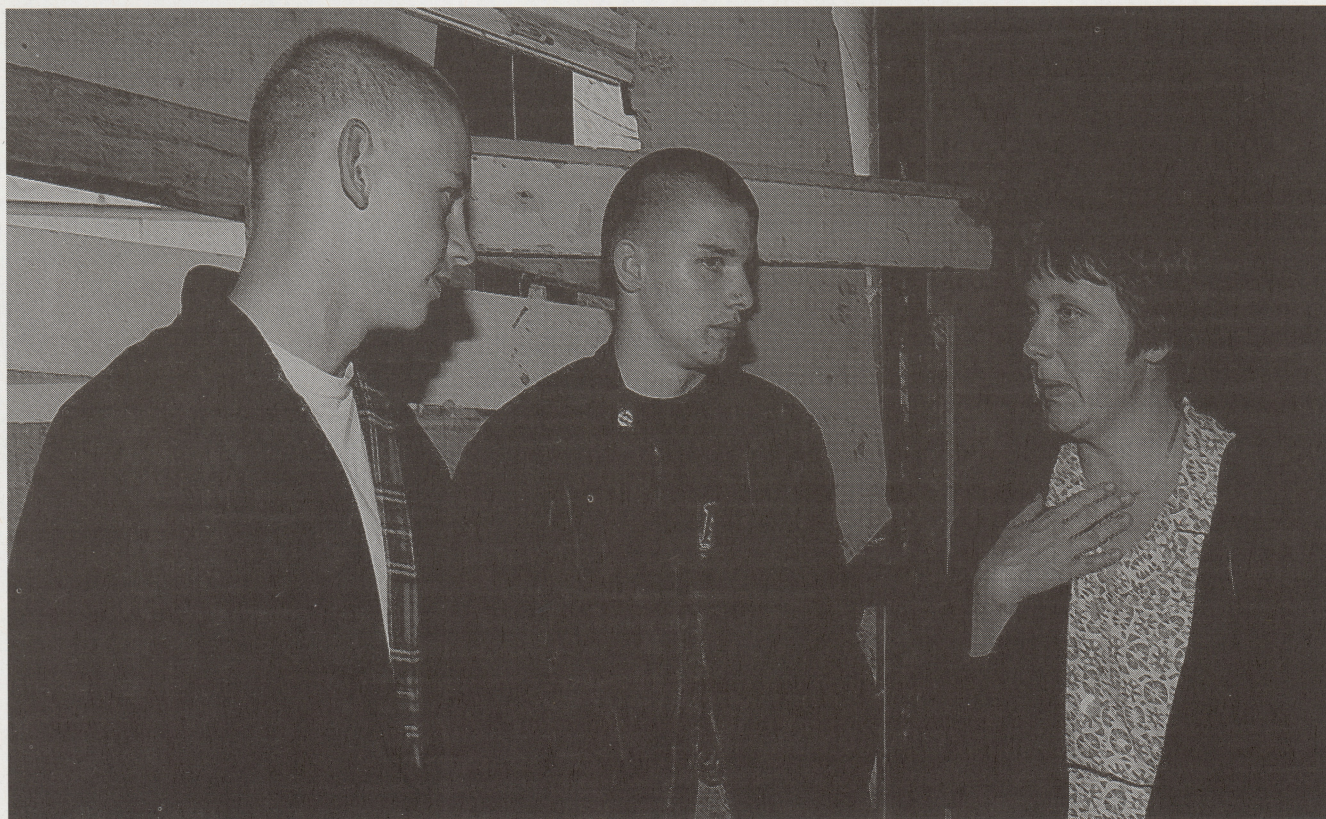
Alles Zufälle? Mitnichten. Hier verdichtet sich das Interesse der reaktionärsten Teile des westdeutschen Staatsapparats mit der neofaschistischen Bewegung. Das Mindeste, was angesichts dieser offen zu Tage liegenden Beteiligungen vermutet werden kann, ist, dass bis weit in das Innenministerium ein Netzwerk reicht, das in den 1990er und 2000er Jahren einen neofaschistischen Aufbau deckte, in dem offensichtlich ein politischer Nutzen gesehen wurde. Dieser bestand relativ deutlich darin, dass eine *patriotische Jugend*, beziehungsweise eine rechte Hegemonie, in Ostdeutschland die sozialistische Hegemonie ablöste und möglichst nachhaltig unschädlich machen sollte. Die Wahlerfolge der neofaschistischen AfD sind nun tatsächlich eine „Vollendung der Wende“ und zwar in der Hinsicht, dass nicht nur ganze Landstriche inzwischen braun kolonisiert sind und terrorisiert werden, sondern sich diese rechte Hegemonie inzwischen auch parlamentarisch niederschlägt und die SED/PDS/LINKE nun auch dort ablöst.

Angesichts dieser Entwicklung erscheint es unklar, warum die antifaschistische Bewegung immer noch nichts aus dem NSU lernen möchte und von ostdeutschen Sozialcharakteren oder konservierten Volksgemeinschaften schwadroniert (siehe Teil I des Artikels). Statt den Rechtsruck als Resultat eines erfolgreichen, staatlich begleiteten Aufbaus zu begreifen und sich die Frage zu stellen, mit welchen Interessen dieser verbunden sein könnte – oder was von links versäumt wurde – wird auf die ostdeutsche Bevölkerung geschimpft. Hier liegen, wie diese Artikel versucht haben, aufzuzeigen, mehrere Denkfehler vor. Ein Antifaschismus in Ostdeutschland darf nicht gegen die Bevölkerung, deren Biografien und Leistungen argumentieren. Gleichzeitig darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ein bestimmter Prozentsatz bereits an die ge-

wachsenen neofaschistischen Strukturen und deren Ideologie verloren ist. Diese Gradwanderung zu schaffen, ist schwer. Ein Anfang wäre, damit aufzuhören, in puncto Debatte um den Rechtsruck in das selbe Horn zu blasen, wie die herrschenden Parteien. Hier kann Staatskritik und eine kritisch-solidarische Haltung zur DDR-Geschichte gegen das staatliche Narrativ zur so genannten Wende neue Handlungsmöglichkeiten und Diskurse stärken, die der Etablierung einer antifaschistischen, nicht-staatlichen Linken nutzen.

»STATT DEN RECHTSRUCK ALS RESULTAT EINES ERFOLGREICHEN, STAATLICH BEGLEITETEN AUFBAUS ZU BEGREIFEN (...) WIRD AUF DIE OSTDEUTSCHE BEVÖLKERUNG GESCHIMPFT.«





QUELLEN & ANMERKUNGEN

[1] Rote Hilfe ev. [Hrsg.]: Siegerjustiz – Verfolgung und Delegitimierung eines sozialistischen Versuchs seit 1990. Rote Hilfe Zeitung 42. Jg., 04/2016.

[2] Zum Beispiel Helmut Roewer, unter dessen Ägide der Thüringer VS eine ganze Horde V-Männer um den NSU ein ganzes Jahrzehnt finanzierte. Der V-Mann und Sexualstraftäter Tino Brandt gab gar an, dass der VS Thüringen einen Großteil des von ihm entwickelten rassistischen Spiels Pogromly (von: Monopoly) erstanden hat. Roewer hatte außerdem Gelder für bis heute unbekannte Quellen veruntreut.

[3] Bundesstiftung Aufarbeitung [Hrsg]: Errichtungsgesetz. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/errichtungsgesetz-1081.html>.

[4] Archiv der Kampagnenhomepage. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://web.archive.org/web/20071218071638/http://www.presseportal.de/story.htx?nr=736253&firmaid=59579>

[5] Machwas, Nestor, 01.10.2018: Antifa, Vereinigte Linke und die innerlinke Opposition in der DDR. Ein Interview mit Dietmar Wolf. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://revoltmag.org/articles/antifa-vereinigte-linke-und-die-innerlinke-opposition-der-ddr/>

[6] Zwischen 1955 bis 1969 außenpolitische Doktrin der BRD. Sie besagte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten als „unfreundlicher

Akt“ gegenüber der Bundesrepublik betrachtet werden müsse und reklamierte damit einen Alleinvertretungsanspruch.

[7] Zur Vorgeschichte des Projekts EU im Rahmen deutscher imperialistischer Europapolitik zum Beispiel bei Wehr, Andreas, 19.11.2016: Geschichte und Wirklichkeit der EU. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.andreas-wehr.eu/geschichte-und-wirklichkeit-der-eu.html>.

[8] Die DDR-Geschichtsschreibung war der marxistischen Klassentheorie verpflichtet. Laut dem Historischen Materialismus ist Geschichte ein dialektisch verlaufender Prozess von Klassenkämpfen. Es gilt demnach zwischen herrschaftsförmiger, bürgerlicher Geschichtsschreibung und materialistischer Geschichtsschreibung zu unterscheiden. Der Versuch des Aufbaus eines *neuen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands* musste sich logischerweise gegen die imperialistische Tradition Deutschlands wenden und neue Bezüge herstellen.

[9] Der Spiegel (12/1970) [Hrsg], 16.03.1970: Etwas dagegenhalten. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45197600.html>.

[10] Pinkert, Reiko, 09.03.2009: Nato-Geheimarmeen – Terror im Namen der Demokratie. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/nato-geheimarmeen-%E2%80%93-Terror-im-Namen-der-Demokratie>.

[11] Das Scheitern des ersten Anlaufs wurde mit einer „fehlenden Staatsferne“ begründet, das heißt es war unklar, inwieweit die NPD durch das Wirken des VS überhaupt so arbeitet und auftritt, wie sie es tut. Die Judikative der BRD hat damit im Prinzip zugegeben, dass NPD und VS über V-Mann-Einsätze in großen Teilen ununterscheidbar geworden sind.

[12] Neben den in diesem Artikel präsentierten Fakten log der VS im NSU-Prozess nachweislich, verdunkelte Informationen und verweigerte wiederholt die Auskunft. Ganze Akten wurden in der so genannten Aktion Konfetti vernichtet. Ausführliche Dokumentation liefert Wolf Wetzel und NSU-Watch: <https://www.nsu-watch.info> / <https://wolfwetzel.wordpress.com/>

[13] C18 und Thorsten Heise sind seit Jahren straffrei unterwegs. Ihr Umfeld ist durchsetzt mit V-Männern und ununterscheidbar von den Diensten. Eine ausführliche Recherche zu B&H/C18 und dem Täterumfeld bieten EXIF-Recherchegruppen: „Die Kernfrage muss deshalb lauten: Wieso hat der Verfassungsschutz ein Interesse daran, dass diese Organisation weiter existiert? Die Antwort darauf kann nur lauten: Weil er – und andere Geheimdienste und evtl. auch Polizeibehörden – es (sic!) mit Spitzeln durchsetzt haben“. Exif-Recherche [Hrsg.], 16.07.2018: «Combat 18» Reunion. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://exif-recherche.org/?p=4399>.

[14] Siehe Hans-Georg Maaßen, CDU-Politiker, der zwischen 2012 und 2018 die Verdunklung und Strafvereitelung in puncto NSU organisierte. Er ist in seiner politischen Agenda vom völkischen Flügel der AfD ununterscheidbar.

[15] Aus den 1980er Jahren legen verschiedene Publikationen Zeugnis darüber ab. Unter anderem: Klartext (JN/NF), Nachrichten aus der Szene (NF), Deutscher Beobachter (Nationale Offensive), Revolte (NF) und viele mehr.

[16] Der Strasserismus ist eine Strömung im deutschen Neo-Faschismus, die sich auf so genannte nationalrevolutionäre Theorien der NSDAP-Mitglieder Otto und Georg Strasser beziehen.

[17] Siehe Nationalistische Front (NF) [Hrsg.]: Langsam aber gewaltig! – zur Taktik und Strategie der Nationalistischen Front (NF), in: Nachrichten aus der Szene (2/88).

[18] Die rechtsradikale Rezeption des italienischen Kommunisten wurde erstmals durch den neofaschistischen französischen Intellektuellen Alain de Benoist vorgenommen. Sie ist in der heutigen Neuen Rechten hegemonial.

[19] Siehe Klartext (5/2 Nr.17).

[20] Antifaschistisches Autorenkollektiv Berlin [Hrsg.]: Drahtzieher im braunen Netz: Der Wiederaufbau der NSDAP. Edition ID-Archiv 1992

[21] ebd.

[22] ebd.

[23] Michael Kühnen gab bereits zu ANS-Zeiten Weisung, sich verstärkt in den Stadien und Fanszenen zu betätigen. Der Spiegel [Hrsg.], 31.10.1983: Weg zum Fan, in: Der Spiegel (44/1983). Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024296.html>.

[24] Wolf, Dietmar, 14.02.2017: Das Neo-Nazi-Haus Weitlingstraße 122 in Berlin-Lichtenberg. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.antifa-nazis-ddr.de/berliner-hausbesetzerinnen-geschichte-das-neo-nazi-haus-weitlingstrasse-122-in-berlin-lichtenberg/>.

[25] Faschisten in der DDR und antifaschistischer Widerstand [Hrsg.], 14.02.2005: Der Naziüberfall auf die Zionskirche. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.antifa-nazis-ddr.de/der-naziueberfall-auf-die-zionskirche/>.

[26] Faschistische Gewalt wurde in den allermeisten Fällen entpolitisiert und juristisch unter dem Begriff *Rowdytum* verfolgt.

[27] Siehe das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen. Siobhán Cleary / Mark Saunders, Großbritannien 1993. The Truth lies in Rostock – Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.youtube.com/watch?v=5P21AFG6SPE>.

[28] Sämtliche im Artikel genannten Organisationen waren früher oder später von Repression betroffen. Die meisten konnten sich jedoch durch Umbenennungen und Umstrukturierungen immer wieder weiter betätigen. Insbesondere die Kader der GdnF sind bis heute aktiv. Das Blood & Honour-Netzwerk besteht beispielsweise als Combat 18 bis heute legal weiter.

[29] Hier wirkte das Netzwerk in der Polizei, dem Verfassungsschutz und der Sozialen Arbeit. Der Schaden, den die so genannte akzeptierende Sozialarbeit als staatlich gepushte Praxis in diesem Kontext anrichtete, ist dokumentiert in: Rother, Richard: Rechtsextremistische Tendenzen unter ostdeutschen Jugendlichen. 1994: „Die Jugendklubs in Ostdeutschland wurden für rechte Jugendliche und Skinheads geöffnet (...). Zunächst hatte dies den Effekt, daß junge Leute mit linken oder pazifistischen Politikvorstellungen (...) durch zum Teil brutale Gewalt verdrängt wurden. Später wurden sogar normale und unpolitische Jugendliche aus einzelnen Klubs (in Schwedt oder Weimar etwa) ausgeschlossen, in denen dann rechtsextremistische Kameradschaften im engsten Kreise durchführen konnten“ (Rother, Richard 1994, S.21 ff.).

[30] Der Spiegel [Hrsg.], 30.05.1994: „Das wäre eine Bombe“, in: Der Spiegel (22/1994). Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684942.html>.

[31] Zugriff am 24.09.2019 unter https://www.der-rechte-rand.de/wp-content/uploads/drr_150.pdf.

[32] Schröder, Burkhard, 19.08.2000: Ehemaliger V-Mann des MAD in der Neonazi-Szene veröffentlicht Dokumente des Geheimdienstes im Internet. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.heise.de/tp/features/Ehemaliger-V-Mann-des-MAD-in-der-Neonazi-Szene-veroeffentlicht-Dokumente-des-Geheimdienstes-im-3450615.html>.

[33] Dossier über Thomas Richter bei NSU-Watch [Hrsg.]. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.nsu-watch.info/tag/thomas-richter-corelli/>.

[34] Förster, Andreas, 08.04.2013: Mindestens 24 Spitzel

im NSU-Umfeld. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.nsu-watch.info/2013/04/mindestens-24-spitzel-im-nsu-umfeld/>.

[35] Dossier über Carsten Szczepanski bei NSU-Watch [Hrsg.]. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.nsu-watch.info/tag/piatto-carsten-szczepanski/>.

[36] Dossier über Toni Stadler bei NSU-Watch BRB [Hrsg.], 01.07.2016. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://brandenburg.nsu-watch.info/dossier-toni-stadler/>.

[37] Dossier über Stefan Lange bei NSU-Watch [Hrsg.]. Zugriff am 24.09.2019 unter <https://www.nsu-watch.info/tag/stefan-lange-pinocchio/>.

*Expliziter Dank geht an Wolf Wetzel und die NSU-Watch-Aktivist*innen für ihre unermütlche Aufklärungsarbeit und die Bereitstellung von Quellen. Der Artikel wurde vor den Enthüllungen um die Nordkreuz-Verbindungen und dem rechtsterroristischen Anschlag von Halle verfasst. Der Text ist dem Gedenken an alle Opfer neofaschistischer Gewalt und rechten Terrors gewidmet - Geronimo Marulanda, 17.10.2019.*





BERLIN / NOVEMBER 2019